

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 M. monatlich, 1,10 M. vierteljährlich, 3,30 M. halbjährlich, 6,60 M. jährlich. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat, 1,10 M. pro Quartal, 3,30 M. pro Semester, 6,60 M. pro Jahr. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheilene Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stellungen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 16. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Klerikaler Volksbetrug.

Wir haben wiederholt die verräterische Haltung gekennzeichnet, die das Zentrum in der Frage der Wahlreform einnimmt.

Der Freisinn ist genötigt, seine Unterstützung der reaktionären Blockpolitik dadurch zu beschönigen, daß er sich mit dem Nimbus umgibt, eine Verbesserung des preussischen Wahlrechts durchgesetzt zu haben. Bülow scheint dem auch geneigt zu sein, dem Freisinn eine Konzession auf diesem Gebiete zu machen. Selbstverständlich nicht dadurch, daß er das Reichstagswahlrecht für Preußen einführt, sondern ein Kompromißwahlrecht auf der Grundlage des Pluralwahlrechts und der ständischen Vertretung, das die „Germania“ selbst noch vor wenigen Tagen als „Dreiklassenwahlrecht“ gebrandmarkt hat. Wie wenig nun auch die Mehrheit des Freisinn gewillt sein mag, bei der von ihm erhobenen Forderung des Reichstagswahlrechts zu beharren, so steht doch fest, daß zurzeit die Frage der preussischen Wahlreform aufgerollt ist und daß die ehrlichen Anhänger des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in allen Parteien alle Kraft aufbieten müßten, endlich an die Stelle der verrotteten Dreiklassenwahlrechts das Reichstagswahlrecht auch in Preußen durchzusetzen. Das wäre auch durchaus möglich, wenn das Zentrum gleich der Sozialdemokratie bemüht wäre, den Freisinn bei seinem Wahlrechtsbegehren derart zu unterstützen, daß er von der Forderung des Reichstagswahlrechts nicht zurücktreten könnte, ohne bei den Massen allen Kredit zu verlieren.

Das Zentrum hat wiederholt die Frage gestellt, was es denn tun könne, um den Widerstand der zurzeit im Landtag vorhandenen wahlrechtsfeindlichen Mehrheit zu brechen. Wir haben dem Zentrum ebenso oft klare Antwort gegeben. Wir haben gezeigt, daß es im Reichstag einen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen durchdrücken könne, und daß es dann, da ja mehr als 2/3 aller Wähler dem Freisinn, dem Zentrum und der Sozialdemokratie angehören, auch bei einem um das Reichstagswahlrecht entzündenden Wahlkampf in Preußen eine wesentlich andere Zusammensetzung des Landtags zustande bringen könne. Auch eine gewaltige Volksbewegung der wahlrechtsfreundlichen Parteien werde nicht ohne stärksten Eindruck auf die Regierung bleiben.

Aber das Zentrum kümmert sich nicht um solche Darlegungen. Es erklärt höhnisch, daß es sich seine Taktik von niemand vorschreiben lasse und seine Haltung so einrichten werde, wie es ihm gut dünke. Mit anderen Worten: das Zentrum denkt nicht an die Erlämpfung des Reichstagswahlrechts, obwohl es selbst erst im Januar im Landtag den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts eingebracht hatte!

Und mehr noch, in demselben Augenblick, wo das Zentrum seine eigenen angeblichen demokratischen Forderungen zu verzerren anfängt, läßt es durch Herrn Spahn nicht nur feierlich ankündigen, daß das Zentrum bereit ist, mit dem Freisinn um die Wette alle Militär- und Flottenforderungen zu bewilligen, sondern Herr Spahn bringt der Regierung sogar neue Ausgaben für Meer und Flotte in Höhe von jährlich 65 Millionen auf dem Präsentierteller entgegen! Auch früher schon hat ja das Zentrum dem Militarismus und Marinismus die weitgehendsten Konzessionen gemacht; aber die Regierung zu so kolossalen Mehrforderungen direkt anzureizen, ist doch ein „patriotisches“ Verdienst des Zentrums, das sich diese Partei erst im Jahre 1907 erworben hat!

Die Mauerung des Zentrums zum Konfurrenten des Flottenvereins hat sich zwar langsam, aber mit konsequenter Steigerung vollzogen. Es gab allerdings einmal eine Zeit, wo das Zentrum durch seine Führer dem Militarismus, der „Deutschland in ein Heerlager verwandelt“, den Krieg erklärte. In einem Artikel der „Königlichen Volkszeitung“ vom 11. Juni 1870 wurde gefordert: „Ermäßigung der finanziellen Belastung des Landes, insbesondere durch Verminderung der Ausgaben für Militärwesen.“ In dem Wahlaufsatz der Zentrumsfraktion des Reichstages vom Dezember 1876 hieß es: „Beschränkung der Reichsausgaben, die vor allem beim Heerwesen durch angemessene Verkürzung der Dienstzeit und Verminderung der Präsenzstärke im Frieden zu erreichen ist.“ Auch in den Wahlaufsätzen der Zentrumsfraktion vom Jahre 1878 und 1881 lehrt diese Forderung der Verminderung der militärischen Lasten wieder. Damals hielt auch das Zentrum im Gegensatz zu seiner neuerlichen Haltung die Frage der Abrüstung keineswegs für eine „akademische Doktorfrage“, wie Herr v. Hertling im Mai d. J. Meinete doch in der Militärdebatte am 1. März 1880 Peter Reichensperger: „Ich bin der Meinung, daß wir das Recht und die Macht haben, den Fuß zu setzen auf die Quelle des Übels, an dem ganz Europa krank, ich bin der Meinung, daß wir das Recht und die Pflicht und die Macht haben, das Wort zu sprechen, das allgemeine Abrüstung heißt.“ Auch zwei Jahre später wiederholte Reichensperger diese Forderung, die bereits im Jahre 1875 von dem gleichfalls

hochangesehenen Zentrumsführer v. Schorlemer-Nist erhoben worden war.

In den späteren Jahren, als das Zentrum mehr und mehr zur Regierungspartei geworden war, schwächten sich seine Proteste gegen den Militarismus immer mehr ab. Es verlangte jetzt nicht mehr eine Verminderung der Ausgaben für den Militarismus, sondern nur „weise Sparsamkeit“ — siehe die Wahlaufsätze der Zentrumsfraktion von 1898 und 1903.

Diese Bekehrung des Zentrums zum Militarismus fand ihren Ausdruck auch in den Abstimmungen der Zentrumsfraktion. Das Zentrum hat gegen die Militärvorlagen von 1874, 1880 und 1887 gestimmt. Im Jahre 1890 aber stimmte der größere Teil des Zentrums bereits für die damalige Militärvorlage. Im Jahre 1893 stimmte es noch einmal in seiner Mehrheit gegen die Militärvorlage; von da ab aber bewilligte das Zentrum alle Ausgaben für Meer und Flotte, die von der Regierung gefordert wurden. Und im Jahre 1907 apporitierte es gar der Regierung neue Militär- und Flottenvorlagen! Man sieht, in der Belastung des Volkes mit militärischen Ausgaben hat sich das Zentrum ständig vorwärts entwickelt; gleichzeitig aber ist es in der Vertretung der Volksrechte immer reaktionärer geworden! Während früher seine Parole lautete: Für Volksrechte und gegen Militarismus, ist seine heutige Parole: Für den unerlöseten Militarismus und gegen die Volksrechte!

Im Jahre 1867 kandidierte der katholische Stadtpfarrer Thissen in Köln. Das für ihn eintretende „Wahlkomitee“ für eine vollstündliche Wahl, das die klerikalen Größen Kölns umfaßte, empfahl damals seinen Kandidaten folgendermaßen:

„Herr Thissen kennt die schlimmen Seiten des Dreiklassenwahlrechts, unseres öffentlichen, indirekten Dreiklassenwahlrechts zu gut, und ist zu sehr für eine wirkliche und wahre Vertretung des ganzen Volkes, als daß er nicht entschieden für das allgemeine, direkte Wahlrecht, für geheime Stimmabgabe sein sollte. Allein er wird auch dahin trachten, daß dasselbe für alle Wahlen im Staats- und Gemeindeleben eingeführt werde.“

Im Jahre 1873 brachte dann das Zentrum unter Führung Windthorst seinen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Preußen ein. Seitdem freilich rührte sich das Zentrum nicht mehr, um den entrechteten Massen die ihm gebührenden Rechte zu erkämpfen. Immerhin hielt es das Zentrum doch für angebracht, auch später sich gelegentlich noch die demokratische Maske vorzubinden. So gab bei der Wahl zum preussischen Abgeordnetenhaus im Jahre 1898 die Zentrumsfraktion in Köln zugunsten ihrer Kandidaten Trimborn und Fuchs ein Flugblatt heraus, in dem es hieß:

„Entscheidende Männer brauchen wir auch, um endlich eine gründliche Aenderung des Wahlsystems zu erreichen. Die alten Mängel des Dreiklassenwahlrechts sind durch die wirtschaftliche Entwicklung und durch die Wirkung der Steuererträge ins Unerträgliche gewachsen.“

Nun hat ja auch im Januar dieses Jahres, veranlaßt durch die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen und das Vorgehen des Freisinn, auch das Zentrum wieder seinen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen eingebracht, was es aber nicht hindert, jetzt, wo es gilt, Farbe zu bekennen, die schamlichste Verrätertatkritik zu üben. Die Erklärung für dies sonst unbegreifliche Verhalten ist allerdings nicht schwer: es gibt, wie wir sogleich beweisen werden, im Zentrum einflussreichste Kreise, die von der Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen absolut nichts wissen wollen. So erklärte am 23. Januar 1904 der Zentrumsabgeordnete Bachem im preussischen Abgeordnetenhaus:

„Es kann niemand daran denken, ohne weiteres das Reichstagswahlrecht an die Stelle des Dreiklassenwahlrechts zu setzen. Das Reichstagswahlrecht kann nicht als ideal anerkannt werden. Es bringt Mängel und Mißbräuche mit sich, von denen man nicht wünschen kann, daß sie in das neue preussische Wahlrecht hineinkommen.“

In ähnlichem Sinne sprach sich am 30. Juni 1905 der einflussreiche Zentrumsführer Gröber in der württembergischen Ständekammer gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht aus. Er erklärte:

„Viel besser als die Erste Kammer eignet sich die Zweite Kammer für eine berufsmäßige Vertretung, um die Mängel des allgemeinen Wahlrechts auszugleichen.“

Viel deutlicher noch erklärte sich der schlesische Zentrumsabgeordnete Graf Strachwitz am 24. August in der „Deutschen Tageszeitung“. Dieser Zentrumsabgeordnete urteilte über das Reichstagswahlrecht folgendermaßen:

„Bezüglich des Reichstagswahlrechts möchte ich jedoch, entgegen sehr häufigen Lobpreisungen in Zentrumsblättern, ganz offen aussprechen, daß sehr viele Leute in der Zentrumsparthei mit mir der Ansicht sind, daß an und für sich die Eigenschaftsworte „allgemein gleich“ einen großen Mangel an diesem Wahlrecht bezeichnen.“

Auch der Zentrumsabgeordnete Graf Spee sah sich nebst einer Anzahl anderer ultramontaner Dreiklassenhausvertreter nicht veranlaßt, den Zentrumsantrag auf Einführung des Dreiklassenwahlrechts anfangs dieses Jahres zu unterschreiben. Darüber zur Rede gestellt, erließ

er in der ultramontanen „Rheinischen Volksstimme“ folgende Erklärung:

„Man hat mir vorgeworfen, daß ich den Antrag der Zentrumsfraktion auf Abänderung des Landtagswahlrechts nicht mit unterzeichnet habe. Ich stelle fest, daß mit mir eine Anzahl Zentrumsabgeordnete denselben Standpunkt in dieser Frage einnehmen und den Antrag nicht mit unterzeichnet haben, wie Graf Vallestrom, Geheimrat König, Graf Praszma, Prinz Arenberg, Albers, Weder, Deder, Euler, Ostrop, Pingen, Mintelen, Rügenberg, Strachwitz, Stromberg, Underberg, Wattenberg, Graf Wolf-Metternich.“

Ich bemerke, daß ich die Mängel des Landtagswahlrechts unumwunden anerkenne und für eine sachgemäße Abänderung bin. Was ich jedoch nicht wünsche, ist, daß das System des Reichstagswahlrechts ohne weiteres auf das Landtagswahlrecht übertragen werde.“

Diesen dokumentarischen Beweisen der Gegnerschaft des Reichstagswahlrechts gerade in den wegen ihres Besitzes führenden Zentrumskreisen liegen sich noch eine Reihe weiterer Beweise hinzufügen. Aber wir glauben, auch bereits mit diesen Zitaten nachgewiesen zu haben, daß erhebliche und einflussreiche Teile des Zentrums entschiedenste Gegner des Reichstagswahlrechts für Preußen sind. Die Weigerung des Zentrums, sich an dem Wahlrechtskampf zu beteiligen, ist also nicht der Ausfluß irgend einer besonders „klugen“ Taktik des Zentrums, sondern nur der Beweis für den Einfluß derjenigen Kreise, die von der Einführung des Reichstagswahlrechts ebenso wenig wissen wollen, wie die reaktionärsten konservativen Junker!

Das Zentrum hat bisher durch seine Haltung bewiesen, daß es entschlossen ist, nach der Devise zu handeln: Keine Volksrechte, aber neue Volksbelastung durch Militarismus und Marinismus. Und von diesem Standpunkte wird das Zentrum nicht eher abzubringen sein, bevor den proletarischen Wählermassen des Zentrums durch die Sozialdemokratie die Augen über den wahren Charakter der angeblichen „Volkspartei“ geöffnet werden. Für diese Aufklärung zu sorgen, ist eine der vornehmsten Aufgaben der sozialdemokratischen Wahlrechtsagitation.

Zur Charakteristik der preussischen Justizverwaltung.

Vom Genossen Rechtsanwalt Otto Landsberg in Magdeburg erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Ende Mai d. J. rief mir mein Arzt, im Interesse meiner Gesundheit meine Berufstätigkeit sofort auf mehrere Wochen zu unterbrechen und einen waldreichen Ort aufzusuchen. Ich übe die Rechtsanwaltspraxis in Gemeinschaft mit einem Kollegen aus; doch ist diese zu umfangreich, als daß einer von uns sie außerhalb der Gerichtstagen allein versehen könnte. Deshalb hielt ich nach einem Vertreter Umschau und ermittelte einen Referendar S., der sich mir zur Verfügung stellte. Ich reichte den Antrag, mir Herrn S. zum Vertreter zu bestellen, dem Oberlandesgerichts-Präsidenten in Raumburg a. S. ein.

Es ist mir bisher kein Fall bekannt geworden, in welchem das Gesuch eines Anwalts um Bestellung eines Vertreters abgelehnt worden wäre. Ich erhielt von dem Oberlandesgerichts-Präsidenten den Bescheid, meinem Antrag könne nicht stattgegeben werden, zumal ich den Grund meiner Abwesenheit von Magdeburg nicht angegeben hätte. Darauf teilte ich dem Oberlandesgerichts-Präsidenten den Grund meines Gesuches mit und überreichte ihm zugleich eine ärztliche Bescheinigung, die meine Angaben bestätigte. Nunmehr erhielt ich folgenden Bescheid des Oberlandesgerichts-Präsidenten:

„Ihrem erneuten Gesuch vom 20. d. Mts. (Mai) vermag ich nicht zu entsprechen, da die Justizverwaltung keine hinreichende Veranlassung hat, Ihnen einen Stellvertreter in den Rechtsanwaltspraxis zu bestellen, umso mehr, als Ihre Vertretung durch Ihren Geschäftsgenossen Herrn Dr. S. bewirkt werden kann. Uebrigens hat Herr Referendar S. die Uebernahme der Vertretung abgelehnt.“

Dieser Bescheid ist vom 30. Mai datiert. Derselbe Post, mit der er bei mir einging, brachte mir folgendes Schreiben des Referendars S. vom 1. Juni:

„Belegentlich einer Audienz bei dem Herrn Oberlandesgerichts-Präsidenten in einer anderen Angelegenheit eröffnete mir derselbe, daß Ihre Vertretung durch mich nicht genehmigt werden würde. Offenbar ist der Herr Präsident der Meinung, daß Herr Rechtsanwalt S. als Ihr Sozjus Sie vertreten könne. Ich muß deshalb bedauern, Ihre Vertretung nicht übernehmen zu können. Aber selbst für den Fall, daß Sie nochmals wegen der Vertretung ein Gesuch an den Herrn Präsidenten richten sollten, muß ich zu meinem größten Bedauern bitten, von meiner Person Abstand zu nehmen. Mit Rücksicht darauf, daß ich meiner Militärpflicht noch nicht genügt habe, daß ich zurzeit noch Beamter bin und später Notar zu werden beabsichtige, ist mir die Uebernahme der Vertretung nicht möglich, weil sich dieses mit dem politischen Standpunkt, den Sie offen bekennen, nicht vereinbaren läßt. Ich habe von diesem Umstande erst in den letzten Tagen Kenntnis bekommen.“

Am 30. Mai mußte merkwürdigerweise der Oberlandesgerichts-Präsident bereits, daß S. entgegen seiner früheren Zusage meine Vertretung ablehne, was S. mir erst am 1. Juni mitgeteilt hat. Die Umstände des Falles zeigten mir deutlich, daß der Oberlandesgerichts-Präsident mir aus politischen Gründen den Vertreter versagte. Ich beschwerte mich deshalb über den Bescheid

bei dem Justizminister und sagte in der Beschwerdebefrist nach Wiederlegung des mir mitgeteilten Verfügungsgrundes?

Dem Herrn Oberlandesgerichts-Präsidenten hat meiner Ueberzeugung nach lebhaft der Wunsch, daß ich eine ihm nicht genehme politische Gesinnung betätige, zur Zurückweisung meines Besuches bestimmt.

Der Besuch des Justizministers, der mir auf meine Beschwerde zugegangen ist, lautet:

„Die in Ihrer Beschwerde erörterte Angelegenheit sehe ich als erledigt an, da der Referendar S. in W. bereits vor Erlass des Beschlusses vom 30. Mai d. J. dem Herrn Oberlandesgerichts-Präsidenten in Raumburg a. S. angezeigt hat, daß er die Uebernahme Ihrer Vertretung ablehne.“

Der Justizminister stellt also nicht in Abrede, daß der Oberlandesgerichts-Präsident in Raumburg sich bei der Behandlung meines Besuches von politischen Motiven hat leiten lassen.

Ich veröffentliche die Dokumente des Falles in der Annahme, daß ich damit dem Kulturhistoriker künftiger Zeiten einen Gefallen erweise. Einen Kommentar glaube ich mir ersparen zu können. Magdeburg, den 14. August 1907.

Landsberg, Rechtsanwalt.

Die Streikunruhen in Belfast.

London, 13. August. (Fig. Ver.)

Depeschen aus Belfast bringen Nachrichten über ernste Zusammenstöße zwischen Polizei, Militär und Volksmassen, die als Folge des Streiks und Lockouts zu betrachten sind. Die Zusammenstöße sind eher Zeichen des Jugendalters der Arbeiterorganisationen als irgendwelcher tiefen revolutionären Gesinnung.

Die Arbeiter vom Norden Irlands (Ulster), wo Belfast liegt, sind noch unerfahren in der Leitung von organisierten gewerblichen Konflikten. Ulster ist protestantisch, während die übrigen drei Landschaften Irlands katholisch sind. Ulster ist auch unionistisch, das heißt für die Aufrechterhaltung der Union zwischen Großbritannien und Irland. Bis vor wenigen Jahren waren die Schiedsrichtern in Irland religiösen und nationalen Charakters. Ulster kämpfte gegen den Katholizismus und gegen Homosexualität. Jetzt ist dies anders geworden. In Irland vollzieht sich eine Klassen- und religiöse Teilung auf Grund wirtschaftlicher Interessen. Die Farmer des Nordens vereinigen sich mit den katholischen Bauern; die Arbeiter des Nordens organisieren sich nach den Grundfragen der modernen Arbeiterbewegung. Wie es gewöhnlich mit jungen und schwachen Arbeiterorganisationen der Fall ist, erwarten sie von ihren Gewerkschaften viel mehr, als sie ihnen geben können. Hinzu kommt noch, daß die Bevölkerung des Ulsters kampfbüchtig ist, da sie als die britische Garnison in Irland betrachtet wurde.

Zu Anfang Juli brach in Belfast ein ganz unbedeutender gewerblicher Konflikt aus, an dem nur 150 Docker und Kohlenfuhrleute beteiligt waren. Der Streik führte zu einem Lockout und bald fanden etwa 10.000 Arbeiter im Kampfe. Einige hundert frische Konstabler sympathisierten mit den Streikenden, wodurch es zu einer Polizeirevue und zu einer starken Konzentration von Militär kam. Die Bevölkerung von Ulster ist sehr hartnäckig und weder die Unternehmer noch die Arbeiter wollen nachgeben. Die Arbeiter verlangen die Anerkennung ihrer Gewerkschaft und eine Lohnsteigerung, die Unternehmer wollen aber die Arbeiterorganisation nicht anerkennen. Da der Konflikt hauptsächlich die Docker und die Kohlenfuhrleute betrifft, so sind auch andere Arbeiterschichten in Mitleidenschaft gezogen, da mehrere Fabriken wegen Kohlenmangels den Betrieb einstellen. Deshalb die Erbitterung und die Zusammenstöße. Die Eingriffe der Polizei führten schließlich zu einem Massenangriff der anderen Arbeiterschichten auf Polizei und Militär.

Heute abend fahren die Arbeiterabgeordneten Peter Curran und Chadleton nach Belfast, sowie der Führer der Liverpooler Docker James Sexton, um die Bevölkerung zu beruhigen.

Marokko.

In und um Casablanca ist es vorläufig ruhig geworden — die Sorge über die Entwicklung der Dinge im Lande dauert unermüdet fort.

Der Pariser „Petit Parisien“ bringt aus dritter Hand eine unbeglaubigte Meldung, wonach Fürst Bülow sich neulich in Swinemünde lange mit Herrn Tzwojstky über die französisch-deutschen Beziehungen und die Marokko-Frage unterhalten habe. Fürst Bülow soll dabei dem russischen Minister erklärt haben, daß, wenn auch zurzeit eine Abänderung der Algeciras-Akte, deren Dauer übrigens begrenzt ist, nicht ins Auge gefaßt werden könnte, doch nichts im Wege stünde, daß die Politik Deutschlands in der marokkanischen Angelegenheit in einem für Frankreich günstigeren Sinne orientiert würde.

Die Nachricht ist, wie gesagt, durchaus unbeglaubigt und klingt etwas phantastisch. Womit wir nicht sagen wollen, daß der deutschen Regierung eine solche Schwankung nicht zuzutragen wäre, die die Unsinnigkeit und Gefährlichkeit ihrer Marokkopolitik von 1905/06 ins hellste Licht stellen würde.

Die Meldungen des Tages lauten:

Tanger, 15. August. Meldung der „Agence Havas“: Eine Meldung des Admirals Villibert besagt, daß sich an der Lage von Casablanca nichts geändert habe, dagegen in Mazagan eine Verbesserung eingetreten sei. Nach brieflichen Nachrichten aus Casablanca vom 12. d. M. ist nach dem 10. kein weiterer allgemeiner Angriff erfolgt. Es lämen immer noch zahlreiche Juden aus dem Innern dort an, die von geplanten Unternehmungen der Stämme gegen die Stadt berichteten. General Drube habe die Rotablen der Stadt zu sich kommen lassen und ihnen erklärt, daß die Sicherheit der Stadt gewährleistet sei. — In Rabat herrscht Ruhe. In Fez haben Beratungen der ausländischen Konsuln beim Minister des Auswärtigen über Maßnahmen zur Begegnung der schwierigen Lage stattgefunden.

Paris, 15. August. Admiral Villibert telegraphierte am 13. d. M. abends, daß die Ruhe in Saffi gesichert erscheine. Die Anwesenheit der Kreuzer „Admiral Ruben“ und „Condé“ vor Mazagan habe die Ruhe wiederhergestellt und die Europäer öffneten ihre Häfen wieder. Die Lage in Rabat sei sehr befriedigend. Die Kreuzer „Forbin“, „Galilée“, „Cassini“ und zwei Torpedobootsgeräthor würden sich ablösen, um die Verbindung zwischen den Häfen und die Ueberwachung der Küste zu sichern.

Tanger, 15. August. Nachrichten aus Fez zufolge besteht dort ebenfalls große Gefahr für die Europäer. Die in Casablanca fortgesetzten Kämpfe machen die Stimmung sehr nervös, obwohl offenbar keine direkte Gefahr vorhanden ist. Sollte jedoch das diplomatische Korps die Absicht ausfahren, Truppen zum Schutze der Stadt landen zu lassen, so würde dies nach Ansicht anständiger Europäer einer gefährlichen Provokation gleichkommen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. August 1907.

„Gute“, „beste“ und „angenehmste“ Beziehungen.

In Wilhelmshöhe, wo sich am Mittwoch Eduard VII. und Wilhelm II. begegneten, wurden nach der höflich offiziellen Silberrunde folgende **Trinkprüche** getauscht:

Wilhelm II.:

„Ich bitte Euer Majestät, der Kaiserin und Meinen wärmsten Dank entgegenzunehmen zu wollen für den freundlichen Besuch, den Euer Majestät uns beiden gemacht haben. Ich erblide in diesem Besuch den Ausdruck der verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Gefühle, die Euer Majestät hegen für die Kaiserin, für Mich und Mein Haus, Gefühle, die begründet sind in den alten Beziehungen zwischen Unseren Häusern von langer Zeit her, als wir gemeinsames Leid trugen an den Sorgen Meiner lieben Eltern und an der Waise der großen Königin, Meiner Großmutter. Zu gleicher Zeit aber erblide ich in Euer Majestät Besuch den Ausdruck guter Beziehungen zwischen Unseren beiden Völkern. Auf der Fahrt zum Schloß konnten Euer Majestät in den Lagen der Bürger von Kiel und ihrer Kinder und später bei Unserer Rundfahrt durch die schönen Maren und stillen Wälder in den Gefächern aller dieser, welche die Ehre und Freude gehabt haben, Euer Majestät zu sehen, das Gefühl dankbarer Ehrerbietung für diesen Besuch lesen. Ich bitte Euer Majestät um die Erlaubnis, Mein Glas zu erheben auf das Wohl Euer Majestät, Euer Majestät erhabenen Gemahlin der Königin, des gesamten Großbritannischen Königshauses und Euer Majestät Volkes.“

Eduard VII.:

„Ich bitte Euer Majestät von ganzem Herzen Meinen besten Dank auszusprechen zu dürfen für die so gütigen und freundlichen Worte. Euer Majestät können versichert sein, daß es Mir eine große Freude bereitet hat, zu diesem leider nur so sehr kurzen Besuch hierher zu kommen. Euer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin kann ich nicht genügend danken für den herzlichsten Empfang, der Mir geworden ist, für den Empfang von Seiten der Krone Euer Majestät und von dem Volke, wie es uns in den Straßen begegnet ist. Euer Majestät wissen, daß es Mein größter Wunsch ist, daß zwischen Unseren beiden Völkern nur die besten und angenehmsten Beziehungen bestehen. Ich freue Mich sehr, daß Euer Majestät Mich bald in England besuchen werden. Ich bin sehr davon überzeugt, nicht nur Meine Familie, sondern das ganze englische Volk werden Eure Majestäten mit der größten Freude empfangen. Ich erhebe Mein Glas auf das Wohl Euer Majestäten.“

Schade nur, daß diese „guten“, „besten“ und „angenehmsten“ Beziehungen des angenehmen metallischen Weigelschmacks unausgesetzter Panzerstichtüchtungen nicht entbehren!

Wie auch in den höchsten Regionen der Wind wehen mag, ob es stürmt oder ob der Zephyr säuselt: weitergerichtet wird auf alle Fälle!

Sollten, da die Politik der gekrönten Häupter so kläglich verlagert, nicht endlich die Völker selbst das politische Steuerruder mit entschlossener, kräftiger Hand ergreifen?!

Rechter und linker Flügel des Blocks.

Wie vorausgesehen war, ist die agrar-konservative Presse über die staatsmännische Rede des ebenso „klugen“ als „weitschauenden und klaren“ Politikers Spahn in Rheinbach hoch entzückt; denn sie bereitet ihr eine günstige Gelegenheit, der Regierung zu Gemüte zu führen, daß sie bei der Durchführung ihrer flotten- und kolonialpolitischen Pläne keineswegs unbedingt auf die Freisinnigen angewiesen sei, also wieder auch nicht in der preussischen Wahlrechtsfrage größere Zugeständnisse zu machen brauche und andererseits den Freisinnigen unter Hinweis auf die Vereinnahmung des Zentrums zur Selbstprostitution vorzuhalten, daß sie eigentlich ganz entbehrlich seien und sich deshalb in ihren Ansprüchen bescheiden müßten. So schreibt beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung“:

„Er hat zwar vorsichtigerweise niemals gesagt, daß er und seine Partei dafür stimmen würden, aber wer die Notwendigkeit so klar erkannt und so überzeugend dargelegt hat, der muß schließlich den Forderungen zustimmen. Dr. Spahn hat aber damit noch ein anderes erreicht. Er hat bei der Regierung und besonders bei dem Reichskanzler den Eindruck erweckt, daß das Zentrum trotz seiner veränderten Stellung zur Reichsregierung sich nicht abhalten lassen werde, berechnete Forderungen sachlich zu prüfen und zu bewilligen. Damit hat er dem linken Flügel des Blocks keinen besonderen Gefallen getan; denn er hat damit bewiesen oder doch angedeutet, daß die Regierung auf die Unterstützung dieses linken Flügels nicht unbedingt angewiesen ist. Die liberale Presse spottet deshalb weidlich über den Zentrumsführer, der sich angeblich bei der Regierung wieder habe in angenehme Erinnerung bringen wollen.“

„Dah mit diesem Hinweis dem Reichskanzler in gewissem Sinne und bis zu einem gewissen Grade ein Gefallen getan wird, ist richtig; aber das war nicht der Zweck der Uebung. Wenn die freisinnigen Parteien noch politisch denken und urteilen können, dann werden sie die Spahn'sche Rede zum Anlaß einer Revision ihres Standpunktes nehmen müssen. Sie werden nicht umhin können, ein wenig bescheidener zu sein, und sie werden darauf verzichten müssen, Zugeständnisse zu fordern, auf die sie bei ihrer verhältnismäßigen Bedeutungslosigkeit keinen Anspruch haben. Der Reichskanzler darf aber die tröstliche Hoffnung hegen, daß er auch dann, wenn der Block infolge der Ungeberdigkeit des linken Flügels in die Wägen gehen sollte, nicht zwischen zwei Stühlen sitzen würde. Wenn man die Wirkung der Spahn'schen Rede in einem etwas herben Volkswort zusammenfassen darf, so kann man sagen, er habe dem Freisinn sehr in die Suppe gespuht.“

Etwas anders sagt die „Konserv. Korresp.“ die Sache auf. Sie wendet sich an den Reichskanzler oder eigentlich über diesen hinweg an den Kaiser, um indirekt den äußersten linken Flügel des Blocks als Feind der preussischen Monarchie und seine Forderungen in bezug auf die preussische Landtagswahl als eine Gefährdung der altpreussischen Ueberlieferungen zu denunzieren. In einem „Die Liberalisierung Preussens“ überschriebenen Artikel verkündet sie:

Es ist immer das Verlangen der Linken gewesen, die konservativen Grundlagen, auf denen die preussische Monarchie aufgebaut ist, und die sie beschützt haben, die Einigung Deutschlands herbeizuführen, zu erschüttern. Diesmal aber glaubt die Linke, dem Ziele näher zu sein als jemals, da sie meint, der leitende Staatsmann im Reiche und in Preußen sei in vollkommener Abhängigkeit von dem für die Wehrrechtsbildung im Reichstage angeblühenden unentbehrlichen Freisinn. Der Linken dünkt es, sie könne dem Fürsten Bülow die schärfsten Bedingungen vorschreiben, Bedingungen, durch die ein für allemal die Macht des Liberalismus im Reiche wie namentlich in Preußen festgelegt werden soll, weil der Fürst ihrer Gnade oder Ungnade überliefert sei.

Wir glauben nicht, daß irgend ein Kanzler des Deutschen Reiches eine derart abhängige Stellung von einer noch dazu recht schmalen parlamentarischen Partei werde einnehmen wollen. ... Es ist ganz unerbittlich, wenn jetzt wieder verlangt wird, Preußen solle liberalisiert werden, weil das bisherige System sich überlebt habe.

An den konservativen Grundlagen des preussischen Staates rütteln, heißt an der preussischen Monarchie rütteln. Wären diese Grundlagen überlebt, so würde Preußen nimmermehr sich zum mächtigsten und führenden Staate Deutschlands emporzuschwingen haben.

So intrigiert der rechte Flügel des Blocks gegen den linken. Eine famose Einheit, dieser konservativ-national-liberal-freisinnige Parteiloß! —

Der Triumph der Drückeberger.

Die „Befreiung“, das Organ des hanseatischen Freisinn, das vom Reichstagswahlrecht für Preußen ebenso wenig wissen will, wie Herr Hermann vom allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für Bremen, jubelt: „Es war Zeit, daß Personen und Mächte, die nun einmal von der Allmacht zu nichts so völlig ungeeignet geschaffen sind wie zu Führern in der politischen Strategie, ein gründliches Fall zugewiesen wurde, als sie tollfähr mit einem „alles oder nichts“ in die preussische Wahlrechtsfrage hineinspringen wollten. Es wird anerkannt, daß von den freisinnigen Blättern die „Befreiung“ den ersten Mahnruf erlassen hat. Zu unserer Freude sind wir nicht allein geblieben. Wie wir bereits mitgeteilt haben, sind gewichtige Zeugen auf unsere Seite getreten. Man kann bereits sagen, daß der Versuch, in der Wahlrechtsfrage die Freisinnigen auf eine falsche Fährte zu führen, ebenso abgeschlagen ist, wie das tollpattige Unternehmen, den gestürzten Poyadomsky als Hort einer liberalen Sozialpolitik an das Schiff der Freisinnigen zu vertauen.“

Die „Befreiung“ hat allen Grund zu jubeln. Die Naumann und Genossenschaftsgenossen scheinen fattisch an die Wand gedrückt zu sein, während die Konzessionszulages- und Befürworter des Vierklassenwahlrechts-Kompromisses triumphieren!

Wie der Freisinn an Stelle des Grafen Pasadowitsch den ebenso agrarischen aber sozialpolitisch ungleich rüchständigeren Bethmann-Hollweg gebracht hat, so hat er bereits an Stelle des Reichstagswahlrechtes das Vierklassen-Wahlrecht gebracht!

Der Freisinn marschiert unter der Führung der hanseatischen Pflasterer mit fliegenden Fahnen in den politischen und sozialpolitischen Sumpf!

Wie sich in Polizeiköpfen die Welt malt.

Ein freundlicher Zufall hat der „Volkswacht“ zu Breslau einen geheimen Bericht des Breslauer Polizeipräsidenten an den Ersten Staatsanwalt zu Breslau zugebracht, den Herr Dr. Wienko nach der am Morgen des 1. Mai vorigen Jahres aufgelösten Livoliversammlung noch am Mittag desselben Tages geandt hat und in dessen Verfolg Genosse Albert dann am Abend des gleichen Tages unter der Beschuldigung der Aufreizung zum Klassenhaß in Untersuchungshaft genommen wurde. Dieser Bericht befindet sich bei den geheimen Beakten der Staatsanwaltschaft zu dem Livoliprozess. In ihm heißt es:

„Es tritt immer öfter zutage, daß die eigentlichen Urheber der gegenwärtigen Arbeiterunruhen, die die Grundlügen des Staates und der öffentlichen Ordnung in bedenklicher Weise zu erschüttern beginnen, die sozialdemokratischen Agitatoren sind, denen es ausschließlich um ihre parteipolitischen Interessen zu tun ist.“

Hier in Breslau werden, wie die Fälle Pöbe und Mühs beweisen, diese systematische Verhörung der Massen in erster Linie die sozialdemokratischen Redakteure der „Volkswacht“, deren erlogene Berichte über die Vorfälle des 19. April und aufreizende Artikel alles bisher auf diesem Gebiete Beobachtete in den Schatten stellen.

Diesen schamlosen Ueherungen der Presse stellt sich würdig an die in dem anliegenden Bericht wiedergegebene Rede des Redakteurs Albert, in welcher von Bewahrung der Ruhe direkt abgemahnt und ausdrücklich auf die Gewalttaten der Jahre 1848/49 und auf die Verbrechen der russischen Revolution, die noch frisch im Gedächtnis stehen, als nachzunehmende Vorgänge hingewiesen wird.

Wenn gegen derartige Agitatoren nicht mit der vollen Strenge des Strafgesetzes eingeschritten wird, dürften sich alsbald, speziell hier in Breslau, Zustände etablieren, deren die Polizeibehörde kaum noch Herr werden könnte.“

Trotzen bemerkt die Breslauer „Volkswacht“ zu dieser Mühs polizeilichen Scharfsinn und polizeilicher Scharfmacherei:

„Wir stellen nur fest, daß der Polizeipräsident Dr. Wienko wegen der erlogenen Berichte über die Vorfälle des 19. April“ gegen die „Volkswacht“ keinen Strafantrag gestellt hat, und daß Genosse Albert, trotzdem er nach Herrn Wienko „von Bewahrung der Ruhe direkt abgemahnt“ und „ausdrücklich auf die Gewalttaten der Jahre 48/49 und die Verbrechen der russischen Revolution als nachzunehmende Vorgänge hingewiesen“ hat, von der Strafkammer von der Anklage der Aufreizung zum Klassenhaß freigesprochen worden ist.“

Preussischer Staatshaushaltsetat für 1908.

Im preussischen Staatsministerium scheint man es für nötig zu halten, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß der nächste Etat nicht nur recht beträchtliche Mehrforderungen enthalten, sondern dem preussischen Landtag auch später zugehen wird als in früheren Jahren. Die „Welt. Polit. Nachrichten“ veröffentlichen folgende offizielle Notiz:

„Es ist bekannt, daß im Etat für 1908 verschiedene bedeutende Neuforderungen in die Erscheinung treten werden. Um ihre Höhe anzudeuten, braucht nur an zwei, an die Aufbesserung der Beamtengehälter und an die Folgen des Schulunterhaltungsgesetzes erinnert zu werden. Verschiedene Kosten, die durch die Ausführung des letzteren Gesetzes hervorgerufen werden, sind bereits auf den Etat für das laufende Jahr übernommen, der Rest der infolge des Gesetzes notwendigen Neuforderungen fällt aber auch noch ganz beträchtlich ins Gewicht. Auch das neue Richterbesoldungsgesetz wird noch Rückwirkungen auf den nächstjährigen Etat ausüben u. d. a. m. Die Deckungsfrage, die ja bei jeder Etatsaufstellung die unangenehmste ist, wird sich deshalb diesmal in Preußen ebenso, wie im Reiche, noch schwieriger gestalten, als es schon bisher der Fall war. Dementsprechend wird natürlich auch der Sparsamkeitsgedächtpunkt auf anderen Gebieten, auf denen die Notwendigkeit von Mehrausgaben nicht so stark vorhanden ist, noch mehr Veranschlagung finden müssen. Kurz es wird für den preussischen Staatshaushaltsetat auf 1908 eine Genauigkeit in der Prüfung der Ausgaben eintreten, wie sie wohl kaum überboten werden kann. Wurde schon in früheren Jahren der Etat selten lange vor Weihnachten fertig gestellt, so wird man im laufenden Jahre diesen Zeitpunkt sicher herankommen sehen, ehe mit der Etatdrucklegung begonnen werden kann. Sollte also auch der preussische Landtag diesmal früher als sonst zusammenberufen werden, so würde ihm der Etat für 1908 voraussichtlich doch erst wie gewöhnlich in der ersten Hälfte des Januars unterbreitet werden können.“

Flottenstärke.

Die deutsche Kriegsstärke hat sich, wenn gleich sie natürlich den Anforderungen der Zeit und Konferten noch bei weitem nicht genügt, im letzten Jahrzehnt recht schön entwickelt. Ihre Flottenstärke hat sich seit 1897 mehr als verdoppelt. Sie betrug nämlich 1897 33.408 Mann, 1901 51.171 Mann, 1904 38.400 Mann, 1907 46.951 Mann und wird im nächsten Jahre sichtlich 50.000 Mann übersteigen — nach den Ansichten der Zentrumsführer, wie Herr Dr. Spahn in Rheinbach erzählte, allerdings noch immer viel zu wenig!

Die „christliche Internationale“.

In Zürich tagt gegenwärtig der vierte internationale Kongress christlicher Textilarbeiter-Organis-

Faktionen. Nach dem vom internationalen Sekretär Guising (Enschede, Holland) im Verbandsblatt der christlichen Textilarbeiter Deutschlands veröffentlichten Bericht gehören der internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterverbände 403 Ortsgruppen mit 56.177 Mitglieder an, davon kommen 36.904 auf Deutschland, 4700 auf Holland, 4000 auf Belgien, die übrigen verteilen sich auf Frankreich, Dänemark usw.

Von Seiten der internationalen Vereinigung der Textilarbeiter ist der Versuch gemacht worden, auch die übrigen christlichen Gewerkschaften für den internationalen Gedanken zu gewinnen. So hat man sich um das Zustandekommen eines internationalen christlichen Arbeiterkongresses bemüht; an fast sämtliche christliche und konfessionelle Arbeiterführer sind dieserhalb Fragebogen geschickt worden, aber nur einige dieser Fragebogen sind, und dazu noch unvollkommen beantwortet, zurückgekommen. Auch mit der Veranstaltung eines internationalen Kongresses christlicher Gewerkschaften hat man sich beschäftigt. Im Jahre 1906 hatten fünf Länder mit 68 Verbänden und 206.675 Mitgliedern für die Abhaltung eines solchen Kongresses ausgesprochen. Der Zweck dieses Kongresses soll, wie es im Bericht des internationalen Sekretärs heißt, die Gründung einer internationalen Vereinigung christlicher Gewerkschaften sein, um so der roten Internationalen eine christliche Internationale entgegenzusetzen. Aus Holland kamen jedoch, infolge des Eingreifens der Bischöfe in die dortige christliche Gewerkschaftsbewegung, Bedenken, und so ist es denn bisher bei der Arbeit geblieben; doch soll der Plan der christlichen Internationalen weiter verfolgt werden.

Der Volksverein für das katholische Deutschland

zählte nach der sechsten vom Vorstand veröffentlichten Aufstellung am 31. März 1906 an Mitgliedern 524.666, was gegen den gleichen Termin im Vorjahre eine Zunahme von 40.437 = 8,4 Proz. bedeutet. Von der Gesamtmitgliedszahl entfällt die weitaus größte Hälfte auf die beiden Provinzen des Westens: Rheinland 177.217, Westfalen 121.502. Sonst kommen in Betracht Elsaß-Lothringen mit 82.527, Bürttemberg 30.100, Baden 27.547, Hessen-Rhein 25.180, Bayern 24.796, Hannover 24.297. Im Osten ist nur Schlesien mit 25.816 Mitgliedern vertreten, die übrigen Länder und preussischen Provinzen zählen 7000 und darunter; Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Pommern haben zusammen nur rund 1200 Mitglieder. 10,3 Proz. aller katholischen Männer über 21 Jahre gehören in Deutschland dem Volksverein an, in Rheinland sind es 17,6, in Westfalen 30,1 Proz. Im übrigen hat der Volksverein bereits für das erste Halbjahr 1907 eine weitere Zunahme zu verzeichnen, die größer ist als die Zunahme des ganzen vorigen Jahres. Kamentlich für die beiden Westprovinzen hat das Zentrum sich im Volksverein eine Organisation geschaffen, der gegenüber die Sozialdemokratie einen überaus schweren Stand hat.

Serbis-Manöver.

In verschiedenen Gegenden haben sich die ländlichen Großgrundbesitzer an die Generalkommandos der Armee und an die höheren Verwaltungsbehörden mit dem Ersuchen gewandt, wegen der Verpflanzung der diesjährigen Ernte die Herbstübungen der Truppen hinauszuschieben, und, wie in Anbetracht des engen Zusammenhanges zwischen der Armee und Großgrundbesitz selbstverständlich ist, haben die Generalkommandos diesem Wünsche die Gewährung nicht verweigert. So sind z. B. die Herbstübungen des ersten Armeekorps um sieben Tage hinausgeschoben und die Feldartilleriebrigade soll mit der Bahn ins Gelände befördert werden, so daß die Einquartierungslast etwas geringer wird. Ferner ist auf die Verstellung des medlenburgischen Ministeriums seitens des Generalkommandos des 9. Armeekorps erwidert worden, daß die Geländebübungen der 17. Feldartilleriebrigade ausfallen und die Geländebübungen der 18. Feldartilleriebrigade unter jeglicher Vermeidung von Harschäden und Störung landwirtschaftlichen Betriebes abgehalten werden sollen. Eine Antwort des Generalkommandos des 8. Armeekorps, betreffend die Truppenübungen der 6. Division, welche übrigens erst im September in Medlenburg stattfinden, ist noch nicht eingegangen.

Die russisch-japanische Konvention.

Petersburg, 14. August. Die Konvention, die von Rußland und Japan am 30. Juli d. J. in Petersburg unterzeichnet worden ist, hat folgenden Wortlaut:
Die Regierung Sr. Majestät des Herrschers aller Rußen sowie die Regierung Sr. Majestät des Kaisers von Japan haben, befehl von dem Wunsche, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen Rußland und Japan glücklicherweise wieder hergestellt worden sind, zu befestigen und für die Zukunft jede Veranlassung zu Rippenhandlungen in den Beziehungen der beiden Kaiserreiche zu entfernen, die folgenden Vereinbarungen getroffen:
Artikel 1. Jeder der beiden hohen Vertragschließenden verpflichtet sich, die gegenwärtige territoriale Integrität des anderen zu achten, ebenso wie auch alle Rechte, welche für den einen oder anderen Kontrahenten aus den Verträgen, Uebereinkommen und Abkommen entspringen, die zwischen den Vertragschließenden und China in Kraft stehen, und von denen Abschriften zwischen den Vertragschließenden ausgetauscht sind, soweit diese Rechte nicht mit dem Prinzip der Gleichberechtigung unvereinbar sind, welches in dem in Portsmouth am 6. September 1905 unterzeichneten Vertrage sowie in den besonderen zwischen Japan und Rußland geschlossenen Konventionen aufgestellt ist.
Artikel 2. Die beiden hohen Vertragschließenden erkennen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Kaiserreiches China sowie das Prinzip der Gleichberechtigung hinsichtlich des Handels und der Industrie aller Nationen in dem genannten Kaiserreiche an und verpflichten sich, für die Aufrechterhaltung und Verteidigung des status quo und die Wahrung dieses Prinzips mit allen friedlichen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, einzutreten. Gezeichnet: Isiwolski, Kotonow.

Schweiz.

Bürger zweiter Klasse.

Auch die demokratische Schweiz hat nun ihren Fall Schüssele. Am 30. Juni wurde anlässlich der Gemeinderatswahlen als Vertreter der sozialdemokratischen Partei der Weichenwärtler Sandart in den Großen Stadtrat von Zürich gewählt. Kurz vor der Wahl, als eine Aenderung der Kandidatenliste nicht mehr möglich war, wurde ihm von der Kreisdirektion der Bundesbahnen auf dem Dienstwege mitgeteilt, daß ihm die Annahme einer auf ihn fallenden Wahl nicht gestattet werden könne. Zehn Tage nach der Wahl gelangte er dann in den Besitz eines Protokollbeschlusses der Kreisdirektion, durch welchen er über die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahme unterrichtet wurde. Daraus erfährt man, daß dem Genossen Sandart das ihm von der Kantonsverfassung gewährleistete passive Wahlrecht bestritten wird, mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Weichenwärtlerdienstes, die es dringend wünschenswert erscheinen lassen, daß ein Weichenwärtler außer an seinen gesetzlichen Ausübungstagen nicht auch sonst noch wöchentlich ein- oder zweimal durch einen mit der Eigenart des Dienstes auf dem betreffenden Posten nicht in gleichem Maße vertrauten Ersatzmann abgelöst, vielmehr der Dienst auf einem bestimmten Posten auch möglichst regelmäßig von dem nämlichen Angestellten besorgt werde. — Man sollte glauben, daß eine Eisenbahnerverwaltung im Interesse der Verkehrssicherheit nur mit dem Posten eines Weichenwärtlers vollständig vertraute Gesalbene verwendet. Nur wenn man annimmt, daß dieser Pflicht nicht vollständig genügt wird, kann man in der Begründung der gegen den Genossen

Sandart gerichteten Maßnahme etwas anderes als eine bloße faule Ausrede, und in der Maßnahme selbst etwas anderes als eine Maßregelung wegen der politischen Gesinnung des Genossen Sandart erblicken. Der Protokollbeschluss enthält aber zudem eine Uebersetzung, die es schlechterdings unmöglich macht, auf Seiten der Kreisdirektion etwas anderes als politische Motive anzunehmen. Genosse Sandart hätte nämlich als Mitglied des Großen Staatsrates nicht wöchentlich ein- bis zweimal in die Lage, seinem Berufe nicht obliegen zu können. Der Stadtrat hält im Jahre durchschnittlich etwa 23 Sitzungen ab und Genosse Sandart hat abwechselungsweise auch Spätdienst, so daß er nicht für alle Sitzungen auf seinem Posten als Weichenwärtler ersetzt werden dürfte. — Natürlich wird es vorläufig dabei sein Bewenden haben, daß eine ganze Berufsgruppe unserer Bundesbahnen nur noch des aktiven Wahlrechts teilhaftig sein kann, denn es ist nicht daran zu denken, daß die Generaldirektion der Bundesbahnen anders entscheiden würde als die Kreisdirektion. — Die Ersatzwahl ist auf den 8. September angesetzt. —

Dänemark.

Wider die Herrschaft der Kirche in der Volksschule.

In der vorigen Woche fand in Kopenhagen ein großer Schulkongress statt, an dem ungefähr 2500 Lehrer und Lehrerinnen Dänemarks teilnahmen. Zu den Unkosten hatte der dänische Reichstag 10.000 Kronen bewilligt. Es wurde über verschiedene wichtige Fragen des Schul- und Erziehungswesens verhandelt. Das Wichtigste ist, daß der Kongress mit allen gegen eine Stimme eine Resolution annahm, in der Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und Einführung einer pädagogisch sachverständigen Aufsicht, sowie einer von Vertretern der Bevölkerung auszubildenden Kontrolle der Schulen verlangt wird.

Weiter wurde über das Verhältnis zwischen Kirche und Schule und besonders über den Religionsunterricht gesprochen. Kinder tabuläre Lehrer sprachen sich dafür aus, daß wenigstens jeder Zwang zur Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht beseitigt werde, und ebenso für die Lehrer jeder Zwang, Religionsunterricht zu erteilen. Radikaler gestimmte Lehrer wünschten dagegen, daß der Religionsunterricht selbst aus der Schule verschwinde.

Lebhaft wurde auch über die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer diskutiert, die aus dem Lande besonders verbesserungsbedürftig sind. „Wir Lehrer wollen keine Pariaklasse sein, sondern so gut besoldet werden wie andere Beamte,“ sagte der Oberlehrer Rosmussen, der den einleitenden Vortrag hielt. „Sollen wir streiken?“ (Stürmische „Ja, ja!“). „Nein, ich meine nicht, daß wir streiken sollen, aber beharrlich und mit Festigkeit unsere Forderungen stellen.“ — Die Frage des Streiks wurde denn auch nicht weiter berührt. Man nahm eine Resolution an, worin eine durchgreifende Gehaltsreform verlangt wird.

Die gesetzgebenden Körperschaften Dänemarks werden nicht umhin können, sich ernsthaft mit den aus dem Kongress erörterten Fragen zu befassen. Sie haben mit einer gut und stark organisierten Lehrerschaft zu rechnen, die einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübt.

Amerika.

Das neue Arbeiterschutzgesetz in New York.

Die Notwendigkeit des größeren Schutzes der Industriearbeiterschaft in den Betrieben hat ein neues Arbeiterschutzgesetz in der letzten Session des New Yorker Staatsparlamentes zum Ausdruck kommen lassen. Es sieht eine Reorganisation des New Yorker Arbeitssamies vor und räumt mit der Konfusion auf, die durch das Gesetz von Jahre 1901 betreffend die Errichtung eines Bureaus für Arbeiterstatistik, einer Fabrikinspektion und eines Schieds- und Vermittlungsamtes entstand. Das neue Gesetz vermehrt die Zahl der Beamten bedeutend; das Amt wird mit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Oktober 60 Beamte zählen, an deren Spitze der Commissioner of Labor steht. Das Gesetz ermächtigt ferner den Minister der öffentlichen Arbeiten, dem Department of Labor die Dampfmaschineninspektoren zuzuteilen. Da nun deren Arbeit für die Schiffahrt in den Wintermonaten ruht, gewinnt das Labor-Department für diese Zeit die wertvolle Arbeitskraft zweier technischen Sachverständigen, die dann im Dienste der Gewerbe- und Fabrikinspektion arbeiten werden. Einer von den Beamten der letzteren Kategorie wird sich vornehmlich der Inspektion der Tunnelbauten und des Tiefbaues widmen, die jetzt in New York eine solche Ausdehnung annehmen, daß sie die ganze Bergbauindustrie im Staate an Bedeutung zu überflügeln scheinen. Sie sind es auch, die vornehmlich an der hohen Sterblichkeitsrate und den vielen Unfällen schuld sind.

Das Gesetz sieht ferner die strengere Dampfsektorinspektion namentlich bei Lokomotivlokschiffen vor, die in die Hände einer Kommission gelegt ist, welche auch zugleich die Befugnis hat, die ihr für den Schutz der betreffenden Arbeiter als zweckmäßigste erscheinenden Verbesserungen anzuordnen und den Transport-, Gas- und Elektrizitätsgesellschaften zur Befolgung aufzugeben. Das Gesetz bestimmt ferner, daß die Plattformen von Straßenbahnen im Winter geschlossen werden, um die Wagenführer gegen die Unbilden der rauhen Witterung zu schützen und sieht weiter eine prompt funktionierende Ventilation namentlich der Werkräume vor, in denen überhitzende und gesundheitschädliche Dämpfe, Gase und Dämpfe entstehen. Für Formereien und Siebereien fordert das Gesetz Gelegenheiten und Vorrichtungen zum Trocknen der Kleider der Formier- und Sieber, sowie Wasagelegenheit für sie.

Das Gesetz, das mit dem 1. Oktober in Kraft tritt — seine Annahme erfolgte am 16. Juni —, unterscheidet vier Gruppen von Arbeitern, die einen besonderen Schutz bezüglich der Arbeitszeit genießen: 21 Jahre alte und ältere Frauen, jüngere Frauen, 16 bis 21 Jahre alt, junge Männer, 16 bis 18 Jahre alt, und Knaben und Mädchen, 14 bis 16 Jahre alt. Kinder unter 14 Jahren sind von der Fabrikarbeit überhaupt ausgeschlossen. Für Männer über 18 Jahre gibt es im allgemeinen keine Beschränkung der Arbeitszeit. Die Maximalarbeitszeit für Kinder (14 bis 16 Jahre) wird von 9 auf 8 Stunden pro Tag herabgesetzt, und zwar mit der Bestimmung, daß sie am Tage zwischen 8 Uhr morgens und 5 Uhr nachmittags liegen muß. Die Zugehörigen der anderen drei Gruppen dürfen bis zu 60 Stunden in der Woche beschäftigt werden, und zwar mit einigen Ausnahmen bis zu 10 Stunden pro Tag. Dabei dürfen junge Frauen nicht nach 9 Uhr abends, junge Männer nicht in der Zeit von 12 bis 4 Uhr nachts beschäftigt werden. Die über 21 Jahre alten Frauen sind gemäß einer Gerichtsentscheidung bedauerlicherweise an keine bestimmte Tageszeit gebunden. Die Praxis vieler Unternehmer, die Arbeiter zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Stellen zu beschäftigen und damit die Arbeitszeitbeschränkung zu umgehen, ist durch besondere Bestimmungen verboten.

Die Beschränkung der Arbeitszeit ist durch die Gesetzgebung auf erwachsene Männer ausgedehnt worden in solchen Fällen, wo konstitutionelle Vorbehalte das gestatten, z. B. bei Eisenbahnen, wo es die öffentliche Sicherheit dringend erheischt. So haben die Eisenbahn-Telegraphisten und andere Beschäftigte, die Eisenbahnmeldungen übermitteln, den Achtstundentag, während des Eisenbahnpersonals nicht länger als 16 Stunden hintereinander im Dienste sein darf. Eine neue Schicht darf erst wieder beginnen, nachdem das Personal 8 Stunden ausgeruht hat. Die Anwendung des Zehnstundentages auf die Angestellten bei Straßenbahnen ist durch das Gesetz auf die Städte mit einer Bevölkerung mit wenigstens 50.000 Einwohnern ausgedehnt worden (früher nur bei denen mit mindestens 100.000).

Alle diese Bestimmungen sowie noch manche andere machen sich auf dem Papier ganz schön. Öffentlich werden sie auch so gut durchgeführt, wie das Labor-Department anscheinend möchte... (New York Labor Bulletin Nr. 33, Juni 1907).

Soziales.

Nährwert und Preis der Nahrungsmittel stehen keineswegs immer in richtigem Verhältnis zu einander. Wer mit knappen Mitteln eine Familie satt zu machen hat, wird gut tun, folgendes zu beachten:

Der Einkauf von magerem Fleisch ist unvorteilhaft, selbst wenn dieses etwas billiger ist, wie Fleisch von gemästeten Tieren. Denn mageres Fleisch enthält 70 bis 80 Proz. Wasser. Mit dem steigenden Fettgehalt sinkt der prozentuale Wassergehalt des Fleisches bis auf 40 bis 45 Proz. Der 1 Pfund fettreiches Fleisch kauft, kauft 1/2 Pfund Wasser mit; der 1 Pfund fettes Fleisch kauft, kauft nur 1/2 Pfund Wasser mit. Folgende Tabelle, die einem kürzlich erschienenen Buch des Nahrungsmittelchemikers Dr. B. Bremer über „Nährwert und Geldwert unserer Nahrung“ entnommen ist, mag das noch genauer veranschaulichen.

Mint-(Ochsen)fleisch	Fettgehalt		Wassergehalt	
	1-2 Proz.	76 u. mehr Proz.	1-2 Proz.	76 u. mehr Proz.
mager	5-6	72-78		
mittel	24	55		
fett	0,8	70		
Rohfleisch	7-8	72		
mager	5-6	75-76		
fett	29	61		
Hammelfleisch	7	73		
mager	7	73		
fett	37	47		

Wenn das Geld also nicht langt zu einem ausreichenden Stück Fleisch guter Qualität — und leider ist das ja im Arbeiterhaushalt die Regel — dann ist es immer noch vorteilhafter ein kleineres Stück Fleisch von fettem als ein größeres von magerem Vieh zu kaufen.

Was das nächstwichtigste Nahrungsmittel, das Brot, anlangt, so beachte man die durch zahlreiche Versuche erklärte Tatsache, daß die in der Schale des Getreidekorns enthaltene Holzfaser für den Menschen unverdaulich ist und empfindlichen Magen- und Darmkanal Beschwerden macht. Alle größeren Brotlosten enthalten verhältnismäßig viel solcher Schalenrückstände (Kleie). Den Einfluß der Zusammenziehung des Brotes auf seine Verdaulichkeit illustriert nachfolgende Tabelle. Es waren verdaulich:

bei feinerem Weizenmehl	vom Eiweißgehalt		vom Fett		von den Kohlenhydraten	
	81,1 Proz.	70,4 Proz.	60,4	98,0	97,0	97,0
größerem	75,0	60,4				
Grahammehl (aus ganzen Korn)	72,0	54,2		92,0		
Hoggenmehl (feineres Granmehl)	72,9	50,0		95,0		
Kornmehl	68,1	50,0		98,0		
Pumpernickel (weiß)	60,2	50,0		90,0		
Schwarzbrötchen	75,0	49,3		94,0		

mit Zusatz v. Magermilch gebaden 80,0 50,0 97,0
„Die Zahlen beweisen“ — bemerkt Dr. Bremer dazu — „daß Brot aus feineren Mehlen für die Ernährung des Menschen weit dienlicher ist als gröberes Brot, welches niemals so hoch ausgenutzt werden kann.“ — Wer kräftige Verdauungsorgane hat und seine sitzende Lebensweise führt, für den gilt das freilich nicht. Der nutzt auch grobes Brot gut und ohne Beschwerden aus; er mag es also, wenn er es des „kräftigen“ Geschmacks wegen vorzieht, genießen. Es hängt ganz von der Größe des Preisunterschiedes ab, ob er dabei billiger fährt. Bei geringem Preisunterschied sind die feineren Brotsorten jedenfalls die relativ billigeren.

Noch ein Wort zu den flüssigen Nahrungsmitteln. Bier, Wein, Branntwein enthalten nur minimale Mengen von Nahrungstoffen. Es sind Genussmittel, keine Nahrungsmittel. Das bishere Nahrung wird in ihnen sehr teuer verkauft. Ganz das gleiche gilt für Kaffee und Tee. Wer seiner Familie ein relativ billiges, weik nahrhaftes und gesundes Frühstück verschaffen will, der stelle morgens eine Tasse in Milch gekochten Kakao auf den Tisch. Milch ist immer noch ein relativ sehr billiges Nahrungsmittel (100 Nährwerteinheiten kosten in Vollmilch 9 bis 10 Pf., in Magermilch 7 bis 8 Pf., gegen 15 bis 30 Pf. in Fleisch). Hinsichtlich des Kakaopulvers aber hat der Heidelberger Physiologe Professor R. Neumann durch viele Experimente nachgewiesen, daß die weniger effizienten, also billigeren Sorten vom Magen am besten ausgenutzt werden. Nur dürfen sie nicht viel Schalenanteile resp. Holzfasern enthalten. Man kaufe also die weniger effizienten Marken einer soliden Fabrik.

Die verweigerte Geldannahme. In Kreisen der Handlungsgehilfen herrscht der weitverbreitete Irrtum, daß, sofern man bei Differenzen mit dem Prinzipal einen Teil des beanpruchten Gehalts annimmt, man sich seiner weiteren Rechte damit begibt. Die in diesem Irrtum befindlichen verweigern daher die Annahme des ihnen per Post zugehenden Betrages, zumal wenn die Firma den Vermerk „zum Ausgleich“ hinzufügt. Der Angestellte kann aber auch in diesem Falle das Geld ohne Einbüßung seiner Rechte annehmen, da die einseitige Erklärung des Prinzipals für ihn nicht rechtsverbindlich ist. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichtes kamen allein drei solcher Fälle zur Verhandlung. Der Vorsitzende wies die Angestellten darauf hin, daß sie Geld, das ihnen von der Firma zugeht, auf alle Fälle annehmen sollen. Aus der Nichtannahme kann ihnen sogar unter Umständen ein Schaden erwachsen, denn im Falle des Konkurses der Firma kann der Angestellte den verweigerten Betrag nicht mehr als Forderung geltend machen.

Die Rechtsfreunde.

Aus dem Bureau der „Vereinigung der Rechtsfreunde“ geht und eine als „Erklärung“ bezeichnete Reklame zu. Wir glauben nicht, daß die Herren wirklich so naiv sind, und ersthaft die Veröffentlichung der Empfehlung ihres Instituts zugunsten. Nebenbei erwähnen sie, es sei ihnen nicht bekannt gewesen, daß der verletzte Arbeiter ein armer Teufel war. Sonderbar! Die „Rechtsfreunde“ suchen wohl Millionen bei Leuten, die mit dem Armeinscheit zu ihnen kommen! Wenn die Rechtsfreunde etwas zu Berichtigten haben, dann mögen sie kommen.

Hut Teufel die Arbeiter! Die „liberale“ „Augsburger Abendzeitung“ enthält in ihrer Nr. 193 eine Forderung an die Eisenbahnverwaltung, wonach in beladungen Wagen für bessere Leute und für Arbeiter eingestellt werden sollen, denn es ist gerade nicht angenehm, namentlich mit Kindern den Zug auf- und abspringen zu müssen, bis man endlich mit lauberen Kleidern bei den meistens mit Schmutz überzogenen Arbeitern Platz findet und deren oft noch schmutziger Unterhaltung mit anhören muß.
Vor den Wahlen hätte sich das liberale Blatt gehütet, eine solche Gemeinheit sich zu leisten!

Aus Industrie und Handel.

Schuldenwirtschaft. Die Schulden folgender Städte sind im Zeitraum von 1906 bis 1903 wie folgt gewachsen:
Düsseldorf von 29 Millionen auf 69 Millionen Mark
Köln 43 109
Berlin 278 423
Dresden 51 76
Frankfurt 65 183
Hannover 50 67
Die Schuldenlast der sechs aufgeführten Städte zusammen stieg von 611 Millionen Mark auf 926 Millionen Mark. Die Pump-

Wirklichkeit der Kommunen im letzten Jahre hat sehr viel zu der prekären Lage des Geldmarktes beigetragen.

Konkurse. Zahlungsschwierigkeiten bei dem Warenhause Pfingst haben zur Eröffnung des Konkurses geführt. Es sollen circa 600 Gläubiger vorhanden sein. Zu diesen gehört auch die Deutsche Bank mit einer Summe von 500 000 M., wofür allerdings eine Kautionshypothek eingetragen ist. — Die Berliner Schuhfabrik G. m. b. H. hat ihren Gläubigern 1/2 Million Passiven vorgelegt. Es soll ein Vergleich zu 33 1/2 Proz. vorge schlagen werden.

Kampf gegen Konsumvereine. Der Verband der Fabrikanten von Markenartikeln hat gegen die Konsumvereine durch Boykott einen Kampf begonnen. Der Verband schreibt bestimmte Verkaufspreise vor, angeblich, um dadurch zu verhindern, daß mit den Artikeln Schmutzkonkurrenz getrieben wird. Die Konsumvereine stehen auf dem Standpunkt, daß tatsächlich nur angestrebt werde, die Preise herabzusetzen, und lehnen es ab, sich den Bestimmungen des Verbandes zu fügen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ bemerkt zu der Angelegenheit:

Die Differenzen begannen in Frankfurt a. M., wo die Großdetailisten, die zahlreiche Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt haben, statt Markenartikel zu geben, bei Markenartikeln den Rabatt gleich abzogen. Von dem Konsumverein aber wurde gefordert, daß er, da er am Jahresabschluss Rückvergütung verteilt, den festgesetzten Preis der Markenartikel einhalten müsse. Die Großdetailisten wurden dadurch in die Lage gesetzt, die Markenartikel 1 bis 2 Pf. oder mehr nominell billiger zu verkaufen als der Konsumverein. Das wirkte dem Konsumverein gegenüber als eine schwere Benachteiligung, indem dadurch das laufende Publikum auf den Gedanken gebracht wurde, der Konsumverein sei weniger leistungsfähig als jene Großdetailisten. Darum konnte auch der Konsumverein, um seiner Existenz willen, die Forderung einer Einhaltung des Mindestverkaufspreises nicht erfüllen. Er war gezwungen, nominell zu demselben Preise zu verkaufen wie die Großdetailisten. Darauf wurde dem Konsumverein von dem Markenschutzverband der Warenbesitzer gesperrt.

Die Konsumvereine werden sich bemühen, für die gesperrten Artikel andere gleichwertige Ware einzuführen.

Der englische Außenhandel im Juli 1907. Die aufsteigende Bewegung des englischen Außenhandels vollzieht sich ohne Unterbrechung. Sowohl Einfuhr wie Ausfuhr wiesen im vergangenen Monat erhebliche Zunahmen auf, besonders aber die Ausfuhr, die eine der höchsten Niveaus erreichte. Die Einfuhr betrug 82 218 908, die Ausfuhr 10 452 331 Pfd. Sterl.; gegen den Parallellmonat des Jahres 1906 zeigt die Einfuhr ein Plus von 3 005 505, die Ausfuhr ein Plus von 7 009 369 Pfd. Sterl. Der größte Teil der Exportzunahme entfällt auf Fabrikwaren. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres betrug die Einfuhr 380 562 214, die Ausfuhr 246 769 800 Pfd. Sterl.; verglichen mit der gleichen Periode des Jahres 1906 zeigt die Einfuhr eine Zunahme von 31 428 379 (oder 9 Proz.), die Ausfuhr eine Zunahme von 32 733 323 Pfd. Sterl. (oder 15,2 Proz.).

Der Preis der New Yorker Börse. Die „New Yorker Handelszeitung“ schreibt: Wenn einer der New Yorker Börsenspiegler unlängst für 71 500 Dollar verkauft wurde, d. h. zu dem niedrigsten Preise seit dem Frühjahr 1905, so drückt sich eben in diesem Preise die am Fondsmarkt herrschende Tendenz aus. Als die Hausbewegung des Winters 1905/06 den Höhepunkt erreicht hatte, wurde für eine Mitgliedschaft der Reformpreis von 95 000 Dollar gezahlt. Noch im April 1907 wurde ein Sitz für 79 500 Dollar verkauft. Von den sieben Sigen, welche im Laufe dieses Jahres den Inhaber wechselten, erzielte einer im Januar einen Preis von 80 000 Dollar. Im vorigen Jahre wurden im ganzen 16 Sige verkauft, wovon zwei (im August und September) je 95 000 Dollar erzielten, während der niedrigste Preis (78 000 Dollar) im Juli gezahlt wurde. Im Dezember 1905 stieg der Preis eines Siges von 85 000 auf 95 000 Dollar. Zurzeit zählt die New Yorker Fondsbörse rund 1100 Mitglieder.

Diskontierung. Die Bank von England hat ihren Diskont von 4 auf 4 1/2 Proz. erhöht.

Gewerkschaftliches.

Die Standesehre der Unternehmer.

Vor einiger Zeit versandte der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten ein Rundschreiben an die Unternehmer der Baubranche, in dem diese aufgefordert wurden, den von ihnen mit den Arbeitern abgeschlossenen Tarif sofort zu brechen, sobald die dringendsten und notwendigsten Arbeiten vollendet sind. Dieser Wortbruch wurde als ein Aufbruch der Standesehre hingestellt.

Eine merkwürdige Auffassung von „Standesehre“! Aber diese Auffassung wird anscheinend nicht nur in Unternehmerkreisen geteilt; auch der Verwaltungsausschuß des Unternehmertums, der sich aus den diversen Staats- und Kommunalbehörden zusammensetzt, denkt über Ehre offenbar ganz anders, als die Arbeiterschaft zu denken pflegt. Daher die vielen Konflikte, die sich aus solchen zwischen Arbeitern und Unternehmern rasch immer in die zwischen Arbeitern und Behörden umzuwandeln pflegen. Arbeitern die Treue zu brechen, ist für das Unternehmertum und damit für die Güter des kapitalistischen Staates immer ein Verdienst; zu ihnen zu stehen, ein Verbrechen!

Vor einiger Zeit kämpften die Bäcker Berlins und der Umgegend um menschenwürdige Zustände in ihrem Gewerbe. Die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges verlangten sie von den Unternehmern und hin und wieder einmal einen freien Tag:

Ein wenig Leben von der großen Sonne nur,
Ein wenig Licht!
Sonst schaffen wir nicht!

Die übrige Arbeiterschaft trat an die Seite der Bäcker und mied die Bäckermeister, meidet sie heute noch, welche den Bäckern nicht geben wollten, was in anderen Berufen längst durchgeführt ist. Damit die Arbeiter aber jene Bäckermeister herankommen mögen, welche ihren Gesellen im Streben um Verbesserung ihrer Lebensbedingungen entgegengekommen waren, wurden von der Verbandsleitung an diese Plakate ausgeben, die ihnen bestätigten, daß sie die Forderungen der Gesellen bewilligt haben.

Gegen diese Zeugnisse anständiger Gesinnung hub schnell ein heiliger Krieg der Behörden an. Mittelalterliche Prehparagrafen wurden gegen sie ausgegraben und die mittelalterliche Institution der Innung wurde schnell galvanisiert, die klappernden Gebeine gegen moderne Ideen zu regen. Die Rixdorfer Innung unter anderem verhängte gegen Bäckermeister, welche die Bewilligung der Gesellenforderungen durch Aushang anzeigten, Geldstrafen, und der Magistrat von Rixdorf, der von einem Bäckermeister dagegen angerufen wurde, trat der Innung bei. Und das Wunderbarste an der Sache: Mit der Unternehmerehre war's vertheidigt, daß ein anständiger Bäckermeister die Welt nicht wissen lassen darf, er habe menschlicherweise die geringen Forderungen der Gesellen bewilligt.

Die Innung verteidigt sich so:
„Sie erachte es mit der Standesehre eines Innungsmitgliedes nicht für vereinbar, daß dieses dem Gehälfenverband in seiner anerkannt unzulässigen (!) Forderung auf Aushang des Plakates unterstütze.“

Und der Rixdorfer Magistrat entscheide!

Es ist jedem Mitgliede einer Innung unbenommen, seinen Gehälfen in Lohnfragen usw. nach Belieben entgegenzukommen; aber es ist nicht standesgemäß, wenn es dieses Entgegenkommen in einer von der Gehälfenschaft gewählten Form unter Bloßstellung der abweichend verfahrenen Innungsgeossen kundbar macht.“

Die „Bloßstellung der abweichend verfahrenen Innungsgeossen“ ist ein Phantasieprodukt des Rixdorfer Magistrats, das ihm ermöglichen soll, der innungsmeisterlichen Auffassung von „Standesehre“ beizutreten.

Aus dem Wortlaut des Plakates läßt sich nämlich die Absicht einer solchen „Bloßstellung“ nicht rechtfertigen. Und der bloße Aushang der Mitteilung, daß ein Bäckermeister seinen Gesellen die Forderungen bewilligt habe, kann doch auch nach Logik des Rixdorfer Magistrats an andere Bäckermeister nicht „bloßstellen“, denn er sagt selbst:

Es ist jedem Mitgliede einer Innung unbenommen, seinen Gehälfen in Lohnfragen usw. nach Belieben entgegenzukommen usw.“

Aber die Sache ist die: Die „Standesehre“ der Bäckermeister erfordert es, ihre Gesellen nach wie vor in der patriarchalischen Abhängigkeit des Kost- und Logiswesens zu erhalten, und die „Standesehre“ der Bäckermeister gestattet ihnen nicht, den Gesellen einen freien Tag zu geben, an dem sie auch Menschen sein dürfen. Und dieser Art von „Standesehre“ vermag der Rixdorfer Magistrat keine andere Auffassung entgegenzustellen. Er findet es nicht ehrenvoll, für die um ihr Menschentum kämpfenden Bäckergeossen einzutreten; darum unterläßt er dies, und darum verurteilt er mit der Innung die Bäckermeister, die es dennoch taten!

Eine merkwürdige Auffassung von Standesehre; aber eine für die Interessenten wenigstens recht nützliche!

Berlin und Umgegend.

Lohnkämpfe der Berliner Holzarbeiter im Jahre 1906.

Für einen großen Teil der Verbandsmitglieder bestand bis zum Schluß des Jahres 1906 das Vertragsverhältnis, um dessen Erneuerung und Verbesserung in den ersten Monaten des Jahres 1907 erfolgreich gekämpft wurde. Diejenigen Branchen, für die kein Vertragsverhältnis bestand, suchten ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Einzelstreiks zu verbessern. Ueber die Zahl und Ergebnisse derselben gibt der soeben erschienenen Jahresbericht der Berliner Holzstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes Auskunft. Es wurden durchgeführt: 120 Angriffsstreiks in 382 Betrieben mit 3229 Beteiligten. Von diesen Streiks hatten vollen Erfolg 88 in 319 Betrieben mit 2346 Beteiligten, teilweisen Erfolg 7 in 19 Betrieben mit 308 Beteiligten, keinen Erfolg 24 in 85 Betrieben mit 525 Beteiligten. Abwehrstreiks wurden 65 geführt in 65 Betrieben mit 1152 Beteiligten. Vollen Erfolg hatten 39 in 39 Betrieben mit 654 Beteiligten, teilweisen Erfolg 2 in 2 Betrieben mit 21 Beteiligten, keinen Erfolg 23 in 23 Betrieben mit 447 Beteiligten. Im ganzen gab es 186 Streiks mit 8059 Beteiligten. Davon hatten 127 mit 3000 Beteiligten vollen Erfolg, 9 mit 324 Beteiligten teilweisen Erfolg, 47 mit 972 Beteiligten keinen Erfolg, 2 waren beim Jahreschluß noch nicht beendet. Wegen der Waisfeier wurden in 80 Betrieben 1678 Arbeiter ausgesperrt. Außer den hier aufgeführten Streiks fanden 191 Lohnbewegungen ohne Streik in 902 Betrieben mit 12 189 Beteiligten statt. Ferner erhielten 9 Branchen mit 1716 Arbeitern in 159 Betrieben ihre Forderungen ohne Streik bewilligt. — Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen ist, mit denen des Jahres 1905 verglichen, von 229 auf 377 und die Zahl der Beteiligten von 5884 auf 12 189 gestiegen. — Die Kosten der Streiks im Jahre 1906 beliefen sich einschließlich der Ausgaben für Inserate, Geldstrafen, Gerichtskosten usw. auf 185 016 M.; die Waisausperrung erforderte eine Ausgabe von 12 629 M.

Aus den Betrachtungen, die der Bericht an die Ergebnisse der Streiks und Lohnbewegungen knüpft, sei folgendes angeführt: Nach der Zahl und der Beteiligung der Streikenden sind die erfolglosen Streiks am kostspieligsten gewesen, denn sie erforderten die Summe von rund 80 000 M. Es kommen demnach auf jedes einzelne streikende Verbandsmitglied bei den erfolglosen Streiks 48,50 M., bei den erfolglosen 74,35 M., bei der Waisausperrung 8,54 M. — Der Verlauf der Streiks ist nach der Zahl derselben berechnet, im Vergleich zum Vorjahre wenig befriedigend. Von 185 Streiks waren 47 erfolglos, während im Jahre 1905 von 108 Streiks nur 15 verloren gingen. Betrachtet man aber die Zahl der an den Streiks beteiligten Verbandsmitglieder und Personen, so ergibt sich ein wesentlich günstigeres Bild.

Die tatsächlichen Erfolge der Lohnbewegungen und Streiks waren folgende: 2641 Personen erhielten Verkürzungen der Arbeitszeit von 1 1/2 bis 2 Stunden wöchentlich. 5544 Personen erhielten Erhöhungen der Löhne und Akkordpreise von durchschnittlich 1,90 M. pro Woche. Außerdem wurde noch eine Anzahl anderer Forderungen durchgeführt, wie Lohnsicherung bei neuen Akkordarbeiten, Einführung der Lohnarbeit, Anerkennung eines Mindestlohnes usw. Die Errungenschaften sind in Wirklichkeit noch größer, als aus den Zahlen des Berichts zu sehen ist, da nicht in jedem Falle die errungenen Verbesserungen zahlenmäßig festgestellt werden konnten. — Die von der Sachverständigenkommission erledigten Differenzen, die auch manche Verbesserungen für die betreffenden Arbeiter brachten, sind in den vorstehenden Nachweisungen nicht berücksichtigt.

Im großen und ganzen kann der Verband, wie sich aus den Einzeldarstellungen des Berichts ergibt, mit den Erfolgen seiner Tätigkeit im Jahre 1906 zufrieden sein.

Achtung! Heizungsmonitore!

In München haben die Heizungsmonitore bei verschiedenen Firmen, wegen Nichtanerkennung des Tarifs, die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen die Kollegen, bei etwaigen Arbeitsangeboten nach München sich zuvor auf unserm Bureau zu erkundigen. München ist bis auf weiteres für Heizungsmonitore gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Arbeiter! Die Sperte über die Bauten der Firma Schade, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 59; Böhmischestr. 8; Schudomastraße 48 und Donaustr. 17—18, ist aufgehoben, da Herr Schade den Tarif unterschriftlich anerkannt hat. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Keine Differenzen bei der Firma Calm u. Ahlfeld in Bernburg. Die Bernburger Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes hat unter Zugziehung des Gewerkschaftssekretärs festgestellt, daß bei Calm u. Ahlfeld Differenzen nicht bestehen und daß daher kein Anlaß vorliegt, die genannte Firma für gesperrt zu erklären. Deutscher Holzarbeiterverband, Bernburg.

Zur Bauarbeiterausperrung in Krefeld. Die Aussperrung wurde, wie bekannt, von den Unternehmern vorgenommen, weil die Arbeiter einen Tarif, in welchem 10stündige Arbeitszeit und 45 resp. 55 Pf. Stundenlohn vorgesehen war, nicht anerkennen wollten. Von Seiten der Arbeiter wurde eine 9 1/2stündige Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn für Maurer und 50 Pf. für Bauhilfsarbeiter gefordert. Ein Teil der Arbeitgeber hat die

Forderungen der Arbeiter anerkannt und wird an den betreffenden Bauten weiter gearbeitet. Außerdem ist ein großer Teil der Aussperrten nach dem Austritt abgereist und dort in Arbeit getreten. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes in Krefeld hat nun die Unternehmer im Industriegebiet aufgefordert, die Aussperrten zu entlassen, doch sind nur einige dieser Aufforderung gefolgt, es fanden sich aber sofort wieder Bauherren, welche die Entlassungen einstellten. Mit dem Fingerring hat der Unternehmerverband jetzt das Abkommen getroffen, daß den Outsidern kein Material mehr geliefert werden darf, wenn letztere nicht von den Tarifabmachungen mit den Arbeitern zurücktreten. Durch diese Maßnahmen vermeinen die Unternehmer die Arbeiter müde zu machen, sie verrechnen sich, denn sie ziehen den Kampf nur ungerne in die Länge, weil die Streikenden in das Industriegebiet abreisen.

Und willst Du nicht mein Bruder sein,
So schlag' ich Dir den Schädel ein!

Wir empfehlen der Schafmacherpresse zum Abdruck unter dieser bei ihr ja recht beliebten Epigramme die nachfolgende Notiz aus der „Radzeitung für Schneider“:

Die bürgerliche Presse verbreitete gelegentlich des Streiks unserer Kollegen in Mannheim-Ludwigshafen eine terroristische Schauerrede von streikenden Schneidergeossen. In der Nacht vom 11. auf den 12. Mai fand in der Straße zwischen P 1 und Q 1 eine schwere Schlägerei statt. Die streikenden Schneider Wolf Keller und Joh. Kuzinski, sowie deren Begleiter, der Spengler Kähler, wurden von den Streikbrechergeossen Anton Köhler aus Hagenau, Karl Adler aus Reumkirchen und Johannes Jüdelhard aus Böhl, welche bei Georg Hild in Ludwigschafen beschäftigt waren, schwer mißhandelt, wobei Köhler mit einem Messer auf den Kähler einstach, Jüdelhard mit einem Stock und Adler mit einem Dörsenmesser dreinschlug. Wie nicht anders zu erwarten, wurden die Streikenden als Missetäter verhaftet; die Untersuchung zeigte jedoch ein anderes Bild, das die Schafmacherei und ihre Presse jedenfalls recht unangenehm berühren wird. Es stellte sich nämlich heraus, daß der Oberstabsarzt, Mitglied des Arbeitgeberverbandes, Schneidermeister Georg Hild von Ludwigschafen, der eigentliche Verursacher der blutigen Schlägerei gewesen ist. Dieser „friedliebende“ Meister vom ehrsamem Schneiderhandwerk, dem die Arbeiterorganisation ein Dorn im Auge ist, und der bei jeder Gelegenheit über den von den organisierten Arbeitern verübten Terrorismus jammerte, forderte seine Getreuen auf, den Streikenden Keller zu ver schlagen, er zahlte auch einige Liter Bier. Er gab dem Streikbrecher Adler einen Dörsenmesser, womit dieser auf die Streikenden einschlugen sollte. Mit Rücksicht auf die schweren Verletzungen erkaunte das Schöffengericht Mannheim gegen den Meisterfeld Köhler auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Adler und Jüdelhard erhielten je sechs Wochen Gefängnis. Hild wurde zu 100 Mark Geldstrafe, eventuell 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Herren Arbeitswilligen wie auch ihr Anführer Hild sind für ihre Missetaten auflösend milde verurteilt worden. Streikende, die sich weit geringere Vergehen zuschulden kommen ließen, sind schon bedeutend härter bestraft worden. Besonders Hild ist glimpflich davongelommen; und sind ähnliche Fälle bekannt, wo Gefängnisstrafen ausgesprochen wurden, allerdings waren es nicht Meister, sondern gewöhnliche Arbeiter. Der Fall ist wieder einmal ein klassisches Beispiel dafür, wo in Wirklichkeit die Terroristen zu suchen sind.

Aussperrungs-Androhung.

Der Arbeitgeberverband Oberstein beschloß, alle organisierten Arbeiter zu entlassen, falls die 94 Arbeiter der Metallwarenfabrik von Gebrüder Schmidt die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Kanada.

Der Telegraphistenstreik in Amerika.

Die Commercial-Telegraphers-Union erließ eine Bekanntmachung an die Präsidenten der Handelskammern, Börsen und anderer kommerziellen Körperschaften in den Vereinigten Staaten von Kanada, daß innerhalb 24 Stunden der Ausstand sich auf alle Zweige des kommerziellen Telegraphenverkehrs erstrecken werde. Die Bekanntmachung soll den Körperschaften Gelegenheit geben, die Geschäfte soweit wie möglich vorher zu ordnen.

Präsident Roosevelt wird sich in den Ausstand der Telegraphisten nicht einmischen. Die Regierung ist der Ansicht, daß ihre Tätigkeit und ihre Autorität mit den Bemühungen des Ministerialkommissars für Arbeiterangelegenheiten, die Streitigkeit beizulegen, die Grenze erreichen.

Textilarbeiterstreik.

Ottawa, 15. August. 2000 bei der Montreal Cotton Company in Valleyfield beschäftigte Personen sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Flüchtlinge.

Tanger, 15. August. (Melbung des Reuterschen Bureau.) Von R a z a g a n ist ein französischer Dampfer mit 300 Flüchtlingen, meist Europäern, hier eingetroffen. Als das Schiff Razagan verließ, herrschte dort nach Angabe der Flüchtlinge noch große Unruhe, obwohl kein Angriff erfolgt war. Gerüchtweise verlautet, daß auch noch andere Stämme dicht an Razagan herangekommen und Geld verlangt haben mit der Drohung, im Belegungsfall die Stadt anzugreifen. Sie sollen 7000 Dollars erhalten haben.

Rissn, 15. August. (B. T. B.) Die „Königliche Zeitung“ erhält ein Telegramm aus Tanger, in dem es unter anderem heißt, daß im ganzen nur etwa 20 Europäer in Razagan zurückgeblieben sind, darunter sechs deutsche Kaufleute und der deutsche Postbeamte. Die im Innern gelegene Hauptstadt des südlichen Marokko, Marrakesch, haben die Deutschen in der Nacht zum Sonntag sämtlich verlassen. Der Vertreter des Sultans hat ihnen eine starke Begleitmannschaft gestellt. Sie beabsichtigen, in Saffi die Kräfte zu erreichen.

Entgleister Eisenbahnzug.

Gül Szereda (Ungarn), 15. August. (B. T. B.) Ein von Ghimés kommender Zug entgleiste auf offener Strecke. Die Lokomotive und mehrere Wagen sind zertrümmert. Eine Person wurde getötet, drei andere wurden schwer, mehrere leicht verletzt.

Streikbeendigung.

Belfast, 15. August. (B. T. B.) Der Ausstand ist beendet.

Bäterschens Lieblingsstruppen.

Mylawitz, 15. August. (B. T. B.) Kosaken schossen wenige Schritte von der deutschen Grenze auf einen fliehenden Schmutzler. Den von der Kugel Betroffenen schlugen sie hierauf mit dem Gewehrkolben buchstäblich tot.

Krieg im Frieden.

Pinskow (Gouvernement Nijze), 15. August. (B. T. B.) Während der praktischen Übungen einer Saperabteilung ereignete sich eine zu frühzeitige Prokymintromonexplosion. Es wurden hierbei ein Unteroffizier getötet und vier Gemeine verwundet. Paul Singer & Co., Berlin SW. P 1022 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der französische Parteitag.

Rauch, 13. August. (Fig. Ver.)

Vormittags-Sitzung.

Die Diskussion über den

Militarismus

wird fortgesetzt.

Jaurès verteidigt die Resolution von Limoges, die ihm die revolutionäre wie die reformatorische Aktion des Proletariats auszudrücken scheint. Hervé hat das Verdienst, Ideen, die sicher nicht erst von ihm gefunden sind, zur Diskussion gebracht zu haben. Es ist notwendig auszusprechen, was der Sozialismus gegenüber der Schmach des Krieges tun kann. Die Resolution der Jonne ist gefährlich für die Partei. Aber wenn unsere Gegner verlangen, Hervé öffentlich zu desavouieren, so leisten wir dieser Prestige nicht Folge. Und wenn wir ihn in die Administrationskommission wiedewählen, so darum, weil wir im Organismus der Partei das Proportionalssystem durchzuführen und alle Richtungen vertreten wissen wollen. Hervé ist aber in Wirklichkeit gar nicht der, als den man ihn in der bürgerlichen Presse darstellt. Seine bekannte Ausrufung über die „Pahne von Bagram“ hat er in Entrüstung über die Entehrung der nationalen Fahne durch den eroberungsfüchtigen Imperialismus getan. Es ist auch nicht richtig, daß man bei nationalen Konflikten nie weiß, auf welcher Seite das Recht ist. Beim schwedisch-norwegischen Konflikt hat das Proletariat beider Länder dies sehr gut gewußt und demgemäß gehandelt. Was soll das Proletariat in einem solchen Falle tun? Entspricht das internationale Schiedsgericht nicht seinen Interessen? Ich mache mir über die Haager Konferenz keine Illusionen, aber ich sehe doch in ihr das Zeichen einer bedeutungsvollen Wandlung, den Einfluß sozialistischer Ideen. Die Resolution für den Stuttgarter Kongreß setzt ein internationales Parlament und das Schiedsgericht gleichfalls ins Auge. Wenn nun ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland droht und Frankreich akzeptiert das Schiedsgericht, Deutschland aber nicht, was will Hervé dann tun? Ich bin überzeugt, daß dann auch die Unterzeichner der Resolution der Jonne es als ihre sozialistische und revolutionäre Pflicht erkennen werden, zu marschieren. Sie haben das Recht der politischen Revolution — das Recht der Revolution — das Recht der Sozialrevolutionäre — gegen eine Intervention des monarchischen Deutschlands schützen wollen. Wollen Sie für Frankreich nicht das gleiche tun? Wenn Sie Frankreich durch den Sozialismus national entkräften wollen, arbeiten Sie auch gegen die deutsche Revolution. Hervé spricht selbst vom bürgerlichen Patriotismus, also es gibt auch einen anderen. Warum definiert er ihn nicht? Wenn man Frankreich, noch ehe es sozialistisch geworden ist, angreift, eben um zu verhindern, daß es sozialistisch werde, sollen wir untätig zusehen? Der Sozialismus hat nicht die Aufgabe, das Vaterland zu vernichten, sondern die, es zu sozialisieren. Die Bergarbeiter lassen die Grube, wo sie ausgebeutet werden, selbst in der Zeit eines Streiks nicht verlassen — denn sie haben eine Hypothek auf sie.

Wenn aber eine so unklare und verwerfliche Theorie wie die Hervésche solche Erfolge hat, beweist das, daß sie dem Friedensbedürfnis der Massen entgegenkommt. Die Resolution von Limoges ist logisch, sie spricht den Entschluß aus, das Land gegen Angriffe zu verteidigen, aber eine kriegerische Abenteuerpolitik zu verhindern. (Guedde ruft: Unter dieser Form nehme ich sie an!) Die Resolution der Dordogne aber verurteilt das Proletariat zur Unbeweglichkeit für solange, als der Kapitalismus nicht abgeschafft ist. Der Kampf gegen den Militarismus ist so wenig ein Artweg („déviation“), wie der Antimilitarismus, der die kongreganistische Erziehung abgeschafft hat. Auch Bebel erkennt an, daß wohl der Antimilitarismus den Kapitalismus nicht aus der Welt schaffen kann, aber daß es Mittel gibt, den Militarismus auch in der dem Sozialismus noch nicht eroberten Gesellschaft zu besiegen. Der Konfusionsismus ist bei Guedde selbst, denn der Wpfel aller Konfusionsismen ist das Vaterland, das er verteidigen will. Wenn Bebel in Stuttgart die alljährliche Verweigerung des Militärbudgets geltend machen sollte, werde ich antworten: Das ist eine Kinderlei. Solange als die Sozialisten in der Minderheit sind, tun sie damit dem Militarismus keinen Abbruch. Am Tage aber, wo sie die Mehrheit haben, werden sie für das Militärbudget sein — das der allgemeinen Volksbewaffnung. Die Revolutionen unseres Landes sind immer unter der Einwirkung ausländischer Ereignisse eingetreten, mit der Tendenz, das Land zu verteidigen, aber dieser Verteidigung einen anderen Charakter zu geben. Wir verlangen das Schiedsgericht, um die Revolution zu entseffeln, wenn unsere Herrschenden es verweigern. Wenn die des anderen Landes es verweigern, werden wir unser Land verteidigen. Pakt man uns entgegen, daß die Deutschen unter ihren politischen Verhältnissen keine Beschlässe im Sinne der Resolution von Limoges fassen können, so meine ich, daß die Deutschen nicht gar so vorsichtig sind, wie man sie hier hinstellt. — Der Redner berweist auf Kautskys Broschüre, die mit der Möglichkeit rechnen, den Bourgeoisregierungen Angst einzujagen.

Delory: Wir sind keineswegs für ein passives Zusehen, wenn die Bourgeoisregierungen Krieg führen wollen. Im Conseil National haben wir beschlossen, daß sich angesichts eines drohenden Krieges das internationale Bureau versammeln soll, um über die geeigneten Maßregeln zu beschließen. Wir sind nur nicht dafür, unrealisierbare Projekte zu beschließen, auch haben wir keinen Anlaß, der Bourgeoisie alle Mittel bekanntzumachen, die wir gegebenenfalls anwenden wollen.

Guedde: Wir sprechen immerzu von der Insurrektion gegen den Krieg, warum nie von der für das Proletariat wichtigeren zur Eroberung der politischen Macht? Wir dürfen auch die deutschen Genossen nicht in die Lage bringen, weniger entschieden zu erscheinen als wir es sind oder auch — wie Baranne — nicht sind. Es folgen die Abstimmungen über die drei übriggebliebenen Resolutionen. Die der Jonne wird mit 251 gegen 41 bei 12 Enthaltungen abgelehnt. Die der Dordogne mit 175 gegen 123 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Ueber die beiden Teile der Resolution von Limoges wird zunächst getrennt abgestimmt. Gegen den ersten, der das Recht auf nationale Unabhängigkeit anerkennt, stimmen 23 Hervéisten, dafür 251 Delegierte. Für den zweiten 109 Delegierte, darunter die Hervéisten, dagegen 125 — der gueddistische Flügel. Die Resolution in ihrer Gesamtheit wird mit 152 gegen 16 Stimmen beschlossen. 100 Gueddisten enthalten sich der Abstimmung.

Der 18. pfälzische Goutag.

Am 3. und 4. August hat in Gumbstadt der Goutag der pfälzischen Genossen stattgefunden. Schon der Ort der Abhaltung legt Zeugnis von dem Fortschritt der pfälzischen Bewegung ab. Noch vor wenigen Jahren war es unmöglich, in diesem ehemals liberaler Volkswort eine sozialdemokratische Versammlung abzuhalten; heute war es nicht allzu schwierig, die weit über hundert Genossen in dem kleinen Landstädtchen unterzubringen. Es waren 81 Orte durch 118 Delegierte vertreten.

Wie alljährlich, wurde der Sonnabendabend zur Beratung über die Presse benutzt. Der Stand des Organs, der „Pfälzischen Post“, wie der Parteidrucker ist ein sehr erfreulicher zu nennen, was auch einmütig anerkannt wurde. Der Abonnentenstand ist auf 16 000 angewachsen. Das finanzielle Ergebnis des Geschäftsjahres war ein solches, daß neben erheblichen Abschreibungen noch 8000 M. als Reserve zurückgelegt werden konnten. Dabei trägt die „Pfälzische Post“ mit ihren weit über 100 Filialen eine Ausgabe für Postspesen von über 10 000 M. Gest an-

gestellte Filialbeamte sind zurzeit 3 und zwar in Kaiserslautern, Pirmasens und Speyer tätig. Ein vierter soll demnächst in Franenthal angestellt werden. Während des verfloffenen Jahres wurde die „Pfälzische Post“ auf 8 Seiten erweitert und damit allgemeine Befriedigung erzielt. Ein von Kaiserslautern gestellter Antrag verdient erwähnt zu werden, der den Goutag vorantreibt, bis zur nächsten Reichstagswahl für die Hinterpfalz neben der „Pfälzischen Post“ ein zweites Organ zu begründen, um das Pfälzer Hinterland besser bearbeiten zu können. Es wurde dabei betont, daß durch die Verwirklichung des neuen Unternehmens das alte nicht gefährdet werden darf.

Der Tätigkeitsbericht der Gauleitung gibt ein sehr erfreuliches Bild. Die Anstellung unseres Genossen Proffitt zum Parteisekretär hat sich bewährt. Die Zahl der Organisationen ist von 81 auf 88, die der Mitglieder auf 8600 gestiegen, die Ein- und Ausgaben bilanzieren mit 32 937 M. Die Kosten der Reichstagswahlen haben die pfälzischen Genossen aus eigenen Mitteln bestritten. Zu den Landtagswahlen erhielten sie einen Zuschuß von 5000 M., wovon sie bereits 2500 M. zurückgezahlt haben. An die Parteikasse in Berlin wurden als ordnungsgemäße Beiträge 2645,79 M. und an die bayerische Landesorganisationskasse in München 1754 M. abgeführt.

An den Parteitag stellte der Goutag den Antrag, das Gehalt des pfälzischen Parteisekretärs, das früher nur zur Hälfte vom Parteivorstand getragen wurde, ganz zu übernehmen und das Gehalt in Anbetracht der außerordentlichen Tätigkeit des Genossen Proffitt auf 2400 M. festzusetzen. An den deutschen Parteitag so der Antrag gestellt werden, die von den Parteiverlagen herausgegebenen Broschüren, wenn nicht zu den Herstellungslosten, so doch zu einem billigeren Preise abzugeben, um es auch den minder bemittelten Genossen zu ermöglichen, sich solche Schriften anzuschaffen.

Ein Referat des Genossen Adermann leitete eine Diskussion über die Revision der pfälzischen Gemeindeordnung ein. Die Resolution nebst den dazu gestellten Anträgen wurde einer Konferenz der sozialistischen pfälzischen Gemeindevertreter zur Prüfung überwiesen und die Frage auf den nächsten Goutag zurückgestellt. Allgemein wurde die Revisionsbedürftigkeit der total veralteten Gemeindeordnung anerkannt und die Erwartung ausgesprochen, daß unsere Abgeordneten im bayerischen Landtag die Frage in Fluß bringen werden. In einer einstimmig gefaßten Resolution sprach der Goutag den feierlichen Landtagsabgeordneten vollste Anerkennung aus. Die einhellige Begeisterung, mit der die Genossen sich trennten, legte Zeugnis dafür ab, daß die pfälzischen Genossen ihr Geldnis, sich auf die kommenden Wahlen tüchtig vorzubereiten, erfüllen werden. Der nächste Goutag findet in Bad Dürkheim statt.

Aus der Partei.

Zum Stuttgarter Kongreß.

Soeben erschien:

Die sozialistische Arbeiter-Internationale. Berichte der sozialdemokratischen Organisationen Europas, Australiens und Americas an den Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart (18. bis 24. August 1907) über ihre Tätigkeit in den Jahren 1904—1907.

Herausgegeben vom Internationalen sozialistischen Bureau mit einem Vorwort von Emil Vandervelde. Deutsche Ausgabe. Berlin 1907. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Die Schrift enthält die Berichte aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Socialist Party, Socialist Labor Party; Kanada, Die sozialistische Partei; Goldia, Arbeiter-Vereinigung des 1. Mai; Australien, Sozialistische Partei in Victoria; Spanien, Sozialistische Arbeiterpartei, Der allgemeine Arbeiterverband; Frankreich, Parti Socialiste, Section française de l'Internationale Ouvrière; Belgien, Parti ouvrier; Holland, Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in den Niederlanden; Dänemark, Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaften; Norwegen, Arbeiterpartei; Deutschland, Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaften; Schweiz, Sozialdemokratische Partei; Bulgarien, Sozialdemokratische Arbeiterpartei; Serbien, Sozialdemokratische Arbeiterpartei; Ungarn, Sozialdemokratische Partei; Böhmen, Tschecho-slawische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich; Polen, P. P. S. D. in Oesterreich; Italien, Gewerkschaften; Armenien, Armenisch-sozialdemokratische Arbeiterorganisation im Kaukasus; Finnland, Sozialdemokratische Partei; Chile, Demokratische Partei; Groß-Britannien, Social-Democratic Federation, Independent Labour Party, Fabian Society, Labour Party; Oesterreich, Deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs; Polen, Ukrainische Sozialdemokratie in Oesterreich.

In einer Schlussbemerkung sagt der Parteivorstand:

Die Berichte der sozialistischen Parteien, die der neuen Internationale angeschlossen sind, wurden zunächst an das Internationale Bureau in Brüssel gelangt, das die französische Ausgabe der Berichte besorgte. Die vorliegende Ausgabe ist eine Uebersetzung der Berichte aus dem Französischen ins Deutsche. Nur die Berichte aus Oesterreich, aus Ungarn, aus Böhmen, aus der Ukraine, aus Polen (Galizien), aus der Schweiz, aus Finnland, aus Armenien, aus Serbien, aus Dänemark und aus Deutschland wurden in deutscher Sprache geliefert. Die französische Ausgabe ist eine zweibändige. Der 1. Band erschien Anfang Juli. Der 2. Band soll im August erscheinen. In die vorliegende deutsche Ausgabe sind alle Berichte aufgenommen, die zum äußersten Termine einer rechtzeitigen Fertigstellung in Berlin, wo die deutsche Ausgabe hergestellt wurde, eingetroffen waren. Neben den im 1. Band der französischen Ausgabe enthaltenen Berichten konnten noch aufgenommen werden: die Berichte der italienischen Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien von Oesterreich, Polen (Galizien), der Ukraine, von Finnland und von Armenien. Hingegen konnten nicht mehr aufgenommen werden: der Bericht der italienischen Partei, der schwedischen Partei und der Sozialisten-Revolutionäre Rußlands, die, trotzdem dem Internationalen Bureau die Schlußfrist für die Berichte auf Februar festgesetzt war, erst in der ersten Julihälfte eintrafen. Der so spät eingetroffene Bericht der Sozialisten-Revolutionäre umfaßt dabei über 200 Druckseiten in der französischen Ausgabe. Die übrigen russischen sozialistischen Parteien hatten bei dem Redaktionsschluß überhaupt noch nichts geliefert, weder die sozialdemokratische Partei Rußlands, noch der Bund, noch die Letten, noch die Sozialdemokratie von Polen und Litauen. Ende Juli war nicht einmal das Internationale Bureau in Brüssel für die französische Ausgabe im Besitze dieser Berichte. Wenn die Berichte der russischen Parteien noch zeitig genug in Brüssel einlaufen sollten, sollen sie in einem Nachtragsheft auch in deutscher Sprache veröffentlicht werden. Dieses Fehlen der russischen Berichte ist besonders zu bedauern, aber unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu ändern. Es bleibt wenigstens der eine Trost, daß das Proletariat der deutschsprachigen Länder täglich durch seine weit verbreitete Presse die revolutionäre Entwicklung Rußlands verfolgt und auf Grund dieser täglichen Informationen die Heldenkämpfe der russischen Arbeiterkassie ständig vor Augen hat.

Das Wichtigste aus den Berichten haben wir unseren Lesern bereits durch Uebersetzungen nach der französischen Ausgabe übermittelt. Allerdings nur aus denen des ersten Bandes, da der zweite Band erst zum gestrigen Tage erschien.

Der Parteivorstand hat durch die Herausgabe einer unverkürzten Uebersetzung der Berichte ein Bedürfnis befriedigt — es war notwendig, daß die wertvollen Materialien über die Verhältnisse der Bruderparteien den des Französischen nicht mächtigen Genossen zu-

gänglich gemacht werden. Leider ist die Zusammenstellung — ohne Verschulden des Parteivorstandes — eine unvollständige geworden.

Die spanische Delegation zum internationalen Kongreß wird bestehen aus Pablo Iglesias, dem Leiter des Parteiblattes „El Socialista“ und Gemeinderat von Madrid, dem langjährigen Führer der Partei, der sie auf allen internationalen Kongressen vertreten hat, Rafael Garcia Ormaechea, Gemeinderat von Madrid, R. Garcia Cortes, Sekretär der Partei und Agitator der spanischen Genossenschaftsbewegung, Emilio Corrales, Gaspario Munoz und Antonio Fabra Ribas.

Als Delegierter zur Internationalen Konferenz der sozialistischen Jugend ist Genosse A. Fabra Ribas bestimmt.

Die sozialistische Partei Kubas hat ihre Vertretung in Stuttgart der spanischen Delegation übertragen. Es ist das erste Mal, daß die junge sozialistische Bewegung Kubas auf einem internationalen Sozialistenkongreß vertreten ist.

Die „Schwäbische Tagwacht“ teilt unterm 13. August mit: „... Das Empfangskomitee hat sich heute morgen konstituiert und hat sein Quartier in einem von der Eisenbahnverwaltung eingeräumten, in der Mittelhalle des Stuttgarter Hauptbahnhofes befindlichen Warteraum aufgeschlagen. Die auf Bahnsteig III und in der Mittelhalle befindlichen Zugänge zum Empfangsbureau sind mit durch Tannenzweige und roter Draperie geschmückten Plakaten versehen und damit für jeden sofort kenntlich gemacht.“

Das Empfangsbureau ist bis zum Sonntag Tag und Nacht geöffnet, wozu sich eine Anzahl Genossen in den Dienst gestellt haben. Die Verhandlung mit den der deutschen Sprache nicht mächtigen Kongreßteilnehmern wird durch drei der englischen und französischen Sprache mächtige Dolmetscher abwechselungsweise vermittelt. Zur Erleichterung des Verkehrs steht dem Empfangskomitee ein besonderer Fernsprecher automatisch zur Verfügung. Von Sonntag an, dem Tage des offiziellen Beginns der Tagung, werden sämtliche Geschäfte von der Riebethalle aus erledigt. Die Zahl der fremdländischen Gäste mehrte sich von Stunde zu Stunde. Neben zahlreich russischen Parteigenossen sind auch bereits holländische, belgische, amerikanische und australische Genossen und Genossinnen eingetroffen.“

Zum Essener Parteitag.

In der Bremer Parteioorganisation wurde nach einem einleitenden Referat des Genossen Rhein in zwei Mitgliederberatungen eingehend über den Parteitag diskutiert. Die Debatte endete am Dienstagabend mit der Annahme eines Antrages, der besagt, daß es die moralische Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsführer ist, für möglichste Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. „Der diesjährige Mai-Aufruf des Parteivorstandes“, heißt es in dem Antrage, „war in der Form verfehlt und in der Sache unbegründet.“ Nach einem anderen Beschlusse wird der Parteivorstand ersucht, ein einheitliches Mitgliedsbuch herauszugeben. Ferner wird beantragt: die „Landarbeiterfrage“ auf die Tagesordnung des Parteitages zu stellen; außerdem zu Punkt 7 der Tagesordnung (Alkoholfrage) im Interesse der ordentlichen Erledigung der Sache einen Korreferenten zu bestellen, und schließlich wurde einem Antrage die Zustimmung gegeben, der folgendermaßen lautet:

„Der Parteitag erachtet es als selbstverständlich, daß sich abstinenten Parteigenossen dem Deutschen Arbeiter-Abstinentenbund und nicht bürgerlichen Abstinentenvereinigungen anschließen.“

Abgelehnt wurde ein Antrag, wonach bei künftigen Wahlen zum Deutschen Reichstage von jeder Unterstützung gegnerischer Parteien Abstand genommen werden sollte. Als Delegierte wurden für den Parteitag in Essen die Genossen Henke und Winkelmann gewählt.

Am Dienstagabend nahm der gegen 1800 Mitglieder zählende Parteiverein von Wandsbeck (S. Schleswig-holsteinischer Wahlkreis) Stellung zum Parteitag. Betreffs der Waise führte Genosse Efftlinge aus, es liege durchaus keine Ursache vor, von der bisherigen Form der Waise abzugehen. Er vertrete nach wie vor den Standpunkt, daß die wirksamste Demonstration durch die Arbeitsruhe geschehe. Dagegen müßten beide Faktoren — Partei und Gewerkschaften — die Kosten für die Gemahrgelsten übernehmen, weil die Demonstration nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen eminent politischen Charakter trage. Redner stellte einen seine Ansichten zusammenfassenden Antrag, der gegenwärtig in Essen angenommen wurde. Als Delegierter zum Parteitag in Essen wurde Genosse Efftlinge gewählt.

Aus der Hamburger Landesorganisation. Am Dienstagabend tagte im Gewerkschaftshause zu Hamburg die Delegiertenversammlung, in der Bericht erstattet wurde über die wichtigsten Vorgänge im letzten Geschäftsjahre. Ueber das erfreuliche Wachstum und die innere Festigung der Hamburger Parteivereine sind unsere Leser bereits unterrichtet. Obwohl die Mitgliederzahl in den letzten 1 1/2 Jahren von 21 766 auf 32 929 gewachsen ist, wurde dieser Fortschritt als nicht genügend bezeichnet, zumal die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beinahe 100 000 betrage. Verlangt wurde eine intensive Agitation, die zum Herbst einsetzen soll. Der Erweiterungsbau des Parteigeschäfts, der etwa 400 000 M. kosten wird, ist bereits in Angriff genommen worden und wird voraussichtlich bis zum 1. Juli 1908 so weit fertiggestellt sein, daß er seiner Bestimmung übergeben werden kann. Das Geschäft wird dann in der Lage sein, allen Anforderungen auf viele Jahre zu genügen, da es nach Fertigstellung seine Leistungsfähigkeit zu verdoppeln vermag. Den lokalorganisierten Gewerkschaften soll das „Echo“ bis zur Entscheidung auf dem Parteitage zur Publikationszwecken zur Verfügung stehen, ausgenommen bleibt hier von die Organisation der Alfordmaurer. — Die Generalversammlung für den dritten Hamburger Wahlkreis beschloß, um den Lügen des Reichverbandes besser entgegenzutreten zu können, die Herausgabe einer auf dem Hamburger Landgebiet allmonatlich zur Verbreitung gelangenden Zeitung, die etwa 7000 M. erfordern wird. Hinzu kommen noch die Kosten für die Verbreitung.

Ausfluß aus der Partei. Eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Kronach in Oberfranken hat nach gründlicher Prüfung einstimmig eine Resolution angenommen, wonach der bormalige Kassierer der Section Nordthalen, Simon Wunder, durch seinen bei der Landtagswahl 1907 zugunsten des Herrers Grandinger vertrieben Parteiverrat es verwirkt hat, niemals wieder in der sozialdemokratischen Partei Mitglied werden zu können.

Ein Parteisekretär wird für den vier Reichstagswahlkreise umfassenden Agitationsbezirk Leipzig gesucht. Es wird auf eine tüchtige, organisatorisch begabte Kraft reflektiert, die auch mit der Agitation auf dem Lande vertraut ist. Bewerbungen mit Angabe des Bildungsganges, der bisherigen Tätigkeit und der Ansprüche sind bis zum 25. August an den Vorsitzenden des Agitationskomitees, Richard Lipinski, Leipzig, Elsterstr. 14, einzusenden.

Der Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie

trat am Sonntag in Pilsen zusammen. Anwesend waren 420 Delegierte, auch alle 24 tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten waren erschienen. In den 18 Jahren seit dem ersten tschechischen Kongreß ist die Partei zur stärksten im tschechischen Volke geworden. Das haben vor allem die letzten Wahlen gezeigt.

Schon auf dem letzten Kongress, der kurz vor den Wahlen stattfand, konnte berichtet werden, daß die Zahl der Mitglieder auf 100 000 gestiegen sei. Ohne jedes Kompromiß hat die tschechische Sozialdemokratie bei den Wahlen ihre Siege errungen. Zehn politische Parteien kämpften gegen sie, die untereinander ein Kartell abgeschlossen hatten. Trotzdem erhielten unsere Genossen in Böhmen in den städtischen Bezirken 40 Proz. der Stimmen, in den Landgemeinden 30 Proz., in Mähren 41 beziehungsweise 24 Proz. und in den Städten von Schlesien sogar 83 Proz. und auf dem Lande 49 Prozent. Von 1 086 000 Wählern, die zur Urne gingen, haben 400 000 für die Partei gestimmt. Dazu kommen aber noch über 20 000 tschechische sozialdemokratische Stimmen in Nordböhmen, ebensoviel in Wien, die zugunsten der deutschen Genossen abgegeben wurden. Die Partei zählt jetzt in Böhmen 1448 Organisationen, Mähren 826, Schlesien 50, Niederösterreich 93 und Oberösterreich 6, insgesamt 1922 Organisationen. Aus dem Kassenericht geht hervor, daß die finanziellen Verhältnisse der Partei durchaus günstig sind. Aus dem Bericht des Präkomitees, den der Abgeordnete Svoboda erstattet, sei erwähnt, daß der Arbeiterkalender in circa 110 000 Exemplaren verkauft wurde. Insgesamt wurden seit dem Kongresse im Jahre 1904 von den Druckereien, die das Präkomitee herausgegeben hat, 749 557 Exemplare verkauft, an Zeitungen circa 10 Millionen. Den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit gab der Abgeordnete Remec. Bei der Diskussion hierüber wird von Luxar (Prämi) das Bestreben der Fraktion nach Erlangung einer Stelle im Präsidium des Reichsrats getadelt, sowie das Verhalten der Abgeordneten bei der Thronrede. Remec trat in seinem Schlusswort diesen Angriffen entgegen und schließlich wurde durch die Annahme einer Resolution den tschechischen Abgeordneten für ihr Verhalten im Parlament die Anerkennung des Kongresses und das volle Vertrauen der Partei ausgesprochen.

Sodann wurde die Frage der Landtagswahlreform verhandelt und eine Resolution angenommen, die sich für ein entschiedenes Vorgehen im Wahlrechtskampf ausspricht. Es wird hier dieselbe Taktik eingeschlagen werden müssen, wie bei dem Kampf um das Reichsratswahlrecht und auch hier werden die tschechischen Genossen den Kampf gemeinsam mit der deutschen Sozialdemokratie führen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Gefängnis verlassen hat am 12. August Genossin Rosa Luxemburg, nachdem sie die zwei Monate abgesehen, die ihr das Landgericht Weimar wegen ihrer angeblich zu Gewalttätigkeiten ausreichenden Rede in der Massenfreilich-Debatte des Jenaer Parteitags auferlegt hat. Wir hoffen, daß die Genossin Luxemburg die Freiheitsentziehung ohne dauernden Schaden an ihrer Gesundheit überstanden hat und begrüßen sie herzlich bei ihrer Rückkehr in die Reihen der Kämpfer.

Internationaler Metallarbeiter-Kongress in Brüssel.

Brüssel, 18. August. (Fig. Ver.)

(Fortsetzung der Verhandlungen vom Dienstag.)

Der internationale Sekretär Schlicke sagt in seinem Referat über die ungenügenden Verhältnisse, die ihm von den Metallarbeiterorganisationen der verschiedenen Länder zugekommen sind, sowohl in bezug auf Umfragen wie auch was das Material für die Revue betrifft. Schlicke hebt aus seinem gedruckt vorliegenden Bericht hervor, daß sich während der Verichtszeit dem Bunde neu angeschlossen haben die Fédération française der Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufe mit 1600 Mitgliedern, der Serbische Metallarbeiterverband mit 800 Mitgliedern, der Verein der Metallarbeiter in Sofia mit 250 Mitgliedern und der Brothhood der New Yorker Silberarbeiter mit 2000 Mitgliedern und in letzter Stunde die nationale Vereinigung der Gold- und Silberarbeiter und der zugehörigen Berufe Großbritanniens mit 400 Mitgliedern. Ausgetreten aus dem Bunde ist der Verband der Silberarbeiter (London und Birmingham) mit 410 Mitgliedern. Schlicke bemängelte es im Verlaufe seiner Ausführungen, daß das Gegenseitigkeitsverhältnis der dem internationalen Bund angeschlossenen Organisationen ein so wenig zureichendes ist. Die kontinentalen Arbeiter insbesondere beschwerten sich über das mangelnde Entgegenkommen, das sie in England und Amerika fanden und daß ihnen durch die hohen Eintrittsgebühren und sonstige erschwerende Bedingungen der Eintritt in die Organisationen und ihre Tätigkeit in denselben oft unmöglich gemacht wird. Dies sei umso mehr zu beklagen, als auf dem Kontinent den eingewanderten fremdlandischen Arbeitern jede Eintrittsgebühr bei ihrem Uebertritt in die Organisationen erlassen wird und die bereits geleisteten Beiträge teilweise oder ganz erübrigt werden. In Anbetracht des Vorgehens der Unternehmer, die fremde Arbeiter als Lohnrücker anzuwerben, ist eine Änderung des Gegenseitigkeitsverhältnisses doppelt notwendig. Schlicke bemerkt, daß vom Sekretariat aus den eingewanderten Arbeitern stets die sprachlichen und beruflichen Schwierigkeiten vorgehalten werden, damit sie nicht, insbesondere durch ihre Sprachmangel, einerseits den Unternehmern ausgeliefert sind und andererseits ihren Kollegen in den Mäkten fallen. Zum Schluß wendet sich Schlicke gegen den Vorschlag der Engländer, die Beiträge an den internationalen Bund von 20 auf 10 Schilling herabzusetzen. Die Ausgaben des internationalen Sekretariats könnten nicht beschränkt werden. Das Bureau bedarf im Gegenteil neuer Mittel für Ueberseher und regelmäßige Korrespondenten, insbesondere ist es notwendig, daß das Sekretariat über die Anwendung der Arbeitergesetzgebung in den verschiedenen Staaten informiert wird. Der Kongress möge durch objektive Prüfung der Vorschläge dem internationalen Sekretariat seine künftigen Arbeiten ermöglichen.

Haak (Dresden) berichtet über die am 4. August 1905 von Hobson übernommenen Bücher und Belege. Der Rechnungsabluß ergab einen Vermögensbestand des Internationalen Informationsbureaus von 811 Pfund und 19 Schilling. Die von Haak beantragte Entlastung Hobsons wird sodann vom Kongress beschlossen.

In der Diskussion über den Bericht Schlickes schlägt Cohen-Berlin vor, daß vom internationalen Sekretariat dahin gewirkt werde, die französischen Metallarbeiterorganisationen im Sinne der deutschen Organisationsbestrebungen zu beeinflussen und eine Verständigung der beiden französischen Richtungen herbeizuführen.

Jansen (Holland) berichtet über den Fortschritt der holländischen Metallarbeiterorganisation, die sich erfreulich entwickelt hat, seit sie sich von anarchistischen Tendenzen befreit hat. Vor drei Jahren zählte die Organisation 600 Mitglieder, während sie heute 1700 umfaßt.

Der Kongress geht nun zur Beratung über die Bundesbeiträge über, zu welchem Punkte der bereits erwähnte Antrag der englischen Delegation auf Herabsetzung der Beiträge vorliegt.

Der Antrag wird von Davis (England) damit verteidigt, daß ihre Mitglieder den Wert der internationalen Verbindung nicht genügend begreifen.

Reichel (Deutschland) sieht in dem Antrag der Engländer einen Widerspruch, da sie sonst das Prinzip, daß starke Organisationen nur bei hohen Beiträgen möglich sind, verfechten. Er hält es nicht für angebracht in einem Augenblicke, wo besonders in Frankreich und den kleinen Ländern so wichtige Arbeit zu leisten ist, mit einer Herabsetzung der Bundesbeiträge zu kommen.

Vael (Belgien) spricht ebenfalls gegen die Herabsetzung. Belgien übernehme gerne die ihm auferlegten Opfer, überzeugt, daß nur durch die höheren Beiträge Erfolge zu erzielen sind. Dies lehnen auch die belgischen Erfahrungen.

Lebore (Frankreich) unterstützt den englischen Antrag, dessen Intentionen er würdigt.

Coupat (Frankreich) entgegnet, daß das internationale Sekretariat nur dann die Forderung des Vorredners, Einfluß auf die eingewanderten Arbeiter zu üben, damit sie den einheimischen keine Konkurrenz machen, erfüllen könne, wenn ihm auch, wie z. B. der internationalen Buchdruckerorganisation, die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen.

Barnes (England) hebt hervor, daß der englische Antrag nicht persönlich ist, sondern im Generalrat der Trade-Unions durchberaten wurde. Die englischen Gewerkschaften hätten noch andere Verpflichtungen als die deutschen, französischen und belgischen. Der internationale Bund habe genügende Mittel zur Verfügung. — Es sprechen bis zum Schluß der Sitzung noch eine Reihe Redner für und wider den Antrag der Engländer, so Jansen und Huggler, der das Argument bekämpft, nach welchem die Konkurrenz der fremden Arbeiter die niedrigen Beiträge rechtfertigen solle. Wenn die französischen Arbeiter besser und auf derselben Grundlage organisiert wären wie die anderen Nationen, und ihren Mitgliedern sofortige Vorteile gewährt, würden die ausländischen Arbeiter viel leichter in die Organisationen eintreten.

3. Verhandlungstag. (Mittwoch.)

Auch der heutige Vormittag ist ausschließlich mit der Debatte über die Bundesbeiträge ausgefüllt, die mitunter recht bewegt verläuft. Im Laufe derselben geben die englischen Delegierten Hobson und Davis die Erklärung ab, daß sie beauftragt seien, nur im Sinne ihres Antrages (Herabsetzung der Bundesbeiträge von 20 auf 10 Schilling) zu stimmen und im Falle der Ablehnung des Antrages den Kongress zu verlassen. — Die englische Delegation erklärt sich jedoch mit der vorgeschlagenen Vertagung der Abstimmung einverstanden, damit auf Wunsch des Kongresses vorher der Punkt über die Aufgaben des Bundes zur Verhandlung kommt. Der Kongress beschäftigt sich hierauf noch mit der Erledigung formaler und die innere Organisation des Bundes betreffenden Angelegenheiten.

Was einem Verteidiger und einem Straßenhändler vor Gericht passieren kann.

Der Straßenhändler Robert Franke war vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu zwei Wochen Gefängnis und wegen Verleumdung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Verhandlung, die auf seine Berufung am 14. d. M. vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I stattfand, gestaltete sich in mehr als einer Richtung höchst eigenartig.

Gleich im Beginn der Verhandlung spielte sich folgende Szene ab:

Der Verteidiger, Genosse Liebnecht, richtete an einen uniformierten Schuttmann, der als Zeuge vernommen wurde, eine Frage und trat hierbei, einer sehr häufigen Gewohnheit entsprechend, einen Schritt auf den Zeugen zu neben den Verteidigertisch. Auf Veranlassung eines Beisitzers, des Landgerichtsrats Horwich, der während seiner früheren mehrjährigen Tätigkeit in der hiesigen ersten Strafkammer vielfach Anlaß zu Verurteilungen gegeben hatte und jetzt einer Zivilkammer beigeordnet ist, ersuchte der Vorsitzende den Verteidiger, nicht so nahe an den Zeugen heranzutreten, sondern hinter dem Verteidigertisch zu bleiben. Der Verteidiger äußerte sein Erstaunen über ein derartiges Ersuchen, bezeichnete es als beleidigend, bestritt dem Vorsitzenden das Recht zu einem derartigen Ersuchen und bemerkte, daß er der Anordnung des Vorsitzenden nicht Folge leisten werde, sondern anheimgabe, ihm durch protokollierten Gerichtsbeschluss seinen Standplatz anzuweisen. Nachdem Landgerichtsrat Horwich einen vergeblichen Versuch gemacht hatte, den Staatsanwalt zu einem Antrag auf Ordnungsstrafe gegen den Verteidiger anzuregen, äußerte sich der Staatsanwalt dahin, daß das Ersuchen des Vorsitzenden als gerechtfertigt anzusehen sei, da ein Zeuge leicht dadurch, daß eine mit einem schwarzen Talar bekleidete Persönlichkeit nahe an ihn herantrete, in Angst und Unsicherheit versetzt werden könne.

Der Verteidiger ohne Revolver!

Der Verteidiger erwiderte, daß der Staatsanwalt die Tapferkeit und Sicherheit eines preussischen Schuttmannes doch etwas gar zu niedrig einzutaxieren scheine, und fügte die Versicherung hinzu, daß er keinerlei Waffe bei sich trage, die dem bewaffneten und unter dem Schutze zahlreicher Beamter befindlichen Zeugen Furcht einzufößen geeignet sein könnte. Der Vorsitzende erklärt nun, keinerlei Interesse an der Fassung eines Gerichtsbeschlusses zu haben. Auch der Verteidiger bestätigte, daß ihm an einem Gerichtsbeschluss nicht das mindeste liege, doch müsse er wiederholt betonen, daß er das merkwürdige Ersuchen des Vorsitzenden zurückweise und nicht befolgen werde; es sei denn, daß es von einem protokollierten Gerichtsbeschluss bestätigt werde.

Hierauf zog sich der Gerichtshof nolens volens zurück. Nach ziemlich langer Beratung verurteilte der Vorsitzende den Verurteilten, daß der Gerichtshof keinen Beschluss fassen wolle.

Nach diesem tragikomischen Intermezzo konnte die Verhandlung ihren ungestörten Fortgang nehmen.

Eine Verhaftung mit Hindernissen.

Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Am 18. Juli 1906 fuhr der Angeklagte, ein konzessionierter Straßenhändler, mit Pferd und Wagen, letzteren beladen mit Obst und Gemüse, durch die Hohenlohestraße und ging friedlich seinem Erwerbe nach, unterstützt von einer Verkäuferin und ein paar jungen Leuten. Jemandem Frau beschwerte sich bei dem Schuttmann Duczinsky über das laute Ausrufen einiger Händler und bezeichnete einen der Schreier so, daß der Schuttmann annahm, der Angeklagte sei gemeint. Tatsächlich hat der Angeklagte, wie erwiesen wurde, nicht geschrien.

Der Schuttmann behauptete, den Angeklagten nicht gekannt zu haben. Er habe ihn daher nach seinem Rationale und seinem Geburtsort gefragt; der Angeklagte habe ihm auf die Firma am Wagen verwiesen. Er (Zeuge) sei darauffhin mit zum Wagen gegangen; da er dort aber zwei junge Leute gesehen habe, so sei es ihm zweifelhaft geworden, ob die Firma am Wagen mit genügender Deutlichkeit die Persönlichkeit des Angeklagten ergebe. Er habe darauffhin den Angeklagten genötigt, ihm zur Wache zu folgen. Der Angeklagte habe sich losgerissen, dann habe er, der Schuttmann, ihn allein gehen lassen. Als er den Angeklagten aber aufgefordert habe, etwas schneller zu gehen, sei er so schnell gegangen, daß er einen beträchtlichen Vorsprung vor ihm genommen habe; nun sei er, der Zeuge, hinter dem Angeklagten hergelaufen und habe ihn festgehalten, sei mit ihm in ein Handgemenge gekommen, an dem sich dann auch noch zwei andere Beamten beteiligten. Angeklagter sei sodann gefesselt zur Wache gebracht worden, wo er nach etwa fünfständigem Aufenthalt in der Zelle wieder entlassen worden sei. Auch in der Wache sei der Angeklagte nicht bekannt gewesen; Papiere habe er (der Angeklagte) nicht vorgezeigt.

Ein zweiter Schuttmann dagegen bestätigte, daß der Angeklagte schon öfters auf der Wache sittierte und dort wohl bekannt gewesen sei. Mehrere einwandfreie Augen bekundeten folgendes:

Duczinsky trat zunächst an dem Wagen des Angeklagten heran und erklärte dem dort befindlichen Personal, ihnen wolle er nichts tun, „er werde Franke desto mehr zukommen lassen“. Als der Angeklagte dann aus seinem Hause herauskam, ging Duczinsky auf ihn zu, redete ihn sofort bei dem Namen Franke an und fragte ihn nach seinem Geburtsort. Der Angeklagte verwies den Zeugen zu seiner Legitimation auf den Wagen, an dem die Firma und Adresse stehe. Gleichzeitig erklärte er aber,

er wolle dem Beamten seine Papiere zeigen

(der Angeklagte trug u. a. Militärpaß und Steuerquittung bei sich) und zog die Papiere halb aus der Tasche. Duczinsky sagte: „Ach was! Papiere! die können Sie gestohlen haben, kommen Sie mit zur Wache.“

Der Angeklagte erklärte sich bereit, mit zur Wache zu gehen, protestierte aber dagegen, angefaßt zu werden. Dennoch packte Duczinsky ihn sofort und zog ihn mit Gewalt fort, worauf sich der Angeklagte losriß. Erst danach

begannen sich Menschen zu sammeln.

Der Angeklagte wurde in dieser Weise und in einem späteren Stadium sogar gefesselt durch eine Gegend geführt, in der er seit drei Jahren ständig Handel trieb, mit jedem Kind bekannt war. Auf der Wache wurde der Angeklagte von den anwesenden Schutzleuten sofort als alter Bekannter begrüßt: „Ach, da ist ja Franke. Dennoch wurde er, wie gesagt,

fünf Stunden lang festgehalten.

Der Zeuge Liebe hatte mit einem anderen Manne zusammen den Angeklagten freiwillig zur Wache begleitet, um sich dort als Zeuge zur Verfügung zu stellen. Da kam er aber schlecht an. Während Duczinsky gerade dem Liebe vorher erklärt hatte, daß er ihn, der in der Tat etwas laut ausgerufen hatte, nicht anzeigen werde, wurde eben diesem Liebe nun sofort bedeutet, daß auch er Arrestant sei. Liebe legte seine Legitimationspapiere vor; der Wachemeister wies sie indes mit einer etwa ebenso verächtlichen Bemerkung zurück, wie vorher Duczinsky die Papiere des Angeklagten. Auch Liebe wurde mehrere Stunden lang in die Zelle eingesperrt und erhielt später prompt ein Strafmandat über 15 M.

Charakteristisch war, daß der

Staatsanwalt

eine dem Angeklagten günstige Zeugin, die unberechnete Lehmann, eine frühere Verkäuferin des Angeklagten, ohne daß auch nur das allergeringste vorgelegen hätte, geradeheraus fragte, ob sie nicht mit dem Angeklagten ein Liebesverhältnis unterhalten habe, was die Zeugin eidlisch unter Entzückung zurückwies.

Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Er wies nach, daß die Inhaftierung des Angeklagten überhaupt unrechtmäßig gewesen sei. Daß der Angeklagte trotz der Bereitwilligkeit, seine Papiere vorzuzeigen, verhaftet worden sei, sei um so glaubhafter, als ein gleiches ja dem Liebe passiert sei, und die stundenlange Einsperrung des Angeklagten in der Zelle, trotz vollster Notorität seiner Persönlichkeit, die Neigung der Beamten, ihre Amtsbefugnisse zu überschreiten, die persönliche Freiheit nicht zu schützen, sondern zu gefährden, deutlich erkennen lasse.

Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Verurteilung; er hielt es

für ganz richtig, wenn der Beamte gemeint habe, die Papiere des Angeklagten könnten ja gestohlen sein.

Straßenhändler seien ja unsichere Kantonisten; er kenne ja auch sozusagen die Bettler und Vagabunden, die in gewissen Straßen sich regelmäßig herumtreiben. Diese „Kenntnis“ könne aber das Verlangen einer Legitimation nicht überflüssig machen. Nur ebenso sei der Angeklagte bekannt gewesen.

Der Verteidiger wies eine derart geringschätzig, verächtliche Kennzeichnung des Standes der Straßenhändler mit allem Nachdruck zurück; er hob hervor, daß der Angeklagte einen Einspännerwagen mit Firma gehabt habe, obzweifellich konzessioniert gewesen sei, seit drei Jahren ständig in jener Gegend verkehrt habe, auf der Wache genau bekannt gewesen sei und schließlich auch noch die denkwürdigen Ausweis-papiere angeboten habe. Wenn das nicht hinreichte, um einen preussischen Staatsbürger vor zwangsweiser, demütigender Sittierung und stundenlanger Einsperrung zu schützen, in einem Falle, wo es sich schlimmstenfalls um eine geringschätzig Ueberrückung gehandelt habe, so sei unser Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit und der preussische Verfassung in der Tat

das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt seien.

Der Staatsanwalt entgegnete, unter den Straßenhändlern seien bekanntlich viel

Zuhälter,

eine Behauptung, die der Verteidiger gebührend mit dem Hinzufügen kennzeichnete, daß freilich selbst in den feudalsten Gesellschaftsklassen Zuhälter vorkämen. Die Art, wie der Staatsanwalt hier die Straßenhändler traktiert habe, werde den anwesenden Schutzleuten gewiß eine Panzart zur freisch-freilichen Jagd auf die Straßenhändler sein.

Der Gerichtshof verwarf die Verurteilung. Er unterstellte als richtig, daß der Angeklagte seine Papiere angeboten habe, meinte aber, daß der Beamte ihre Prüfung nicht nötig gehabt habe, da sich ja schon eine Anzahl von Menschen um ihn und den Angeklagten versammelt gehabt habe; er habe den Angeklagten zur Festhaltung seiner Persönlichkeit sehr wohl zur Wache sittierte können.

Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß die Beweisaufnahme aufs deutlichste ergeben hat, und zwar auch nach den Befundungen der Schutzleute, daß zu der Zeit, wo der Angeklagte seine Papiere vorwies, sich noch keine Menschenmenge angesammelt hatte. In der ganzen Verhandlung ist auch nicht der geringste Versuch unternommen worden, Feststellungen über Charakter, Zahl und Verhalten der etwa in der Nähe befindlichen Menschen zu treffen! Diese für die Verwerfung der Verurteilung grundlegende Annahme des Gerichts ist nicht nur erwiesenermaßen unrichtig, sondern auch weit entfernt, nur in einem Wuchstaben der Aussage irgendeines Belastungszeugen die schwächste Stütze zu finden. — Und weiter: Der Vorsitzende selbst erklärte in der Verhandlung wiederholt, es sei für die Schuldfrage wesentlich, ob der Angeklagte seine Papiere vorgezeigt habe, und der Schuttmann Duczinsky beteuerte bei Erörterung der Frage, ob Papiere vorgezeigt seien, immer wieder, er wisse doch genau, daß, wenn Papiere vorgezeigt worden wären, er den Angeklagten nicht habe verhaften dürfen. Dennoch: „der Jude“, will sagen, der Straßenhändler wird verurteilt. Seine Majestät der Schuttmann hat gesiegt.

Dieser Prozeß hat den

preussischen Polizeikant wieder einmal in seiner ganzen Glorie gezeigt. Er könnte manch einen verleiten, sich zur größeren Sicherheit seiner Persönlichkeit über die russische Grenze zu flüchten.

Rentenquetschen.

Nach dem Geschäftsbericht der nordöstlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft für das Jahr 1906 waren in allen fünf Sektionen (1. Berlin, 2. Brandenburg, 3. Pommern, 4. Westpreußen, 5. Ostpreußen) 22 977 Betriebe mit 251 145 Personen beschäftigt. Insgesamt sind bei der „Nordöstlichen“ 12 706 Unfälle gemeldet. Von diesen waren 1973 entschädigungspflichtig, d. h. nach Abschluß des Heilverfahrens

nach der 13. Woche

bestanden noch erwerbsfährende Folgen. Vorausgab wurden: an Unfallrente 3 486 405,90 M. für das Heilverfahren, innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall 2 184 668,68 M. An Verwaltungskosten, einschließlich Unfalluntersuchungskosten usw. 375 983,28 M. An Vergütungen, Tagelöhner an die Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes 1 023 133 M. und für die Heberwachung der Betriebe nur 14 065,71 M. Demnach bezogen etwa ein Duzend Vorstandsmitglieder für ihre ehrenamtliche Tätigkeit an Spesen fast ebensoviel, als zwecks Heberwachung der Betriebe zur Verhütung von Unfällen für Hunderttausende von Arbeitern aufgewendet wurde.

Pro Betrieb hat die „Nordöstliche“ für die Heberwachung ganze 61/2 Pf. oder pro Kopf der Versicherten = 5 1/2 Pf. ausgegeben.

Das ist eine lächerlich geringe Summe. Beachtet man, daß der „Betrieb“ im Baugewerbe wieder in mehrere, oft sehr viele „Arbeitsstellen“ zerfällt, dann können noch nicht einmal 67/2 Pf. für die Heberwachung und die Unfallverhütung gerechnet werden. Leider schweigt sich der Bericht über diese so wichtige Materie vollständig aus. Nicht einmal die Anzahl der Aufsichtsberechtigten ist angegeben. Die Sektion 1 zählte im Berichtsjahre 7 037 Betriebe mit 116 655 versicherten Personen; 390 Betriebe mit 6057 Personen mehr als im Jahre 1905.

An Entschädigung hatte die Sektion 1 1 515 150,24 M. zu zahlen und zwar für das Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall 19 137,88 M.; an Renten für die Verletzten 1 041 780,81 M.; an Rente für Witwen 193 270,97 M.; an Sinder und Entel Verstorbener 188 630,02 M. und an Sterbegelder 8253,08 M.; für die Heberwachung der Betriebe, einschließlich Führung des Bauverzeichnisses durch „technische“ Aufsichtsbeamte 9740,50 M.; an Unfalluntersuchungskosten usw. 48 628,46 M. Unter letzterem „Titel“ figuriert eine Position für einen „Außenbeamten“, für „Ermittelungen“ und „Beobachtungen“, mit 22 75,25 M.; an Reisekosten, Tagelöhner, Ersatzbarer Auslagen usw. an die Vorstandsmitglieder wurden 45 75,70 M. ausgegeben. Für die Feststellung der „Entschädigungen“ durch die Rentenkommission sind 2 630 M. aufgewendet.

Insgesamt wurden bei der „Sektion 1“ der Nordöstlichen im Berichtsjahre 7856 Unfälle

gegen 7064 im Jahre 1905

gemeldet; darunter 707 entschädigungspflichtige, gegen 680 im Jahre 1905. Unfälle mit tödlichem Ausgang waren 66 (68 im Vorjahre) zu verzeichnen. Trotz der oben angeführten Differenz, welche die Steigerung der Unfälle klar nachweisen, kommt der Vorstand der „Sektion 1“ dennoch zu dem Ergebnis, daß die Zahl der schweren Unfälle abgenommen habe. Wenn von einer kaum erwähnenswerten relativen Abnahme der Unfälle gesprochen werden kann, dann ist das den Organisationen der baugewerblichen Arbeiter zuzuschreiben.

Darf der Belehrung und Aufklärung der Arbeiter durch die Verbände, der Ausdecker der auf den Bauten herrschenden verwerflichen Zustände durch die Baukontrolle der Arbeiter werden die Unternehmer gezwungen, den gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen mehr als früher Rechnung zu tragen. In dem Berichte ist nicht einmal die Zahl der „technischen“ Aufsichtsbeamten angegeben.

Die Arbeiter verlangen, daß zur Heberwachung der Bauten Vertrauenspersonen der Arbeiter genommen werden. Wenn das geschieht, dann erst wird es möglich sein, die Zahl der Unfälle ganz bedeutend zu vermindern.

Die so vielgepriesene „günstige“ Stellung der „Nordöstlichen“ in der „sozialen Fürsorge“ für die Unfallverletzten wird recht grell durch die Anrufung der Rechtsprechungsinstanzen seitens der Verletzten bzw. Verletzten beleuchtet. Insgesamt erzielte die Sektion 3403 berufungsunfähige Bescheide. Davon wurden durch Berufungen bei den Schiedsgerichten 1949 angegriffen, aus dem Vorjahre wurden 154 unerledigte Berufungen bzw. Anträge übernommen. Die Anträge wurden bei den Schiedsgerichten in folgender Weise erledigt: 1354 Fälle = 64,99 Proz. wurden zugunsten der Berufungsgenossenschaft entschieden; 497 Fälle = 23,03 Prozent zugunsten der Verletzten; 147 Fälle = 6,99 Proz. in anderer Weise erledigt und 105 Fälle = 4,99 Proz. sind unerledigt geblieben.

Die Schiedsgerichte haben durch die Entscheidungen zugunsten der Verletzten dem „System“ des „Rentenquetschens“ wenigstens teilweise Abbruch getan. In fast dem vierten Teil aller angegriffenen Bescheide mußte die von „sozialer Fürsorge“ nur so tiefende „Nordöstliche“ gezwungen werden, den Verletzten ihr Recht zu gewähren.

Noch krasser tritt das „Wohlvollen“ der „Nordöstlichen“ bei den am Reichs-Versicherungsamt unabhängig gemachten Rekursverfahren zutage. Gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte wurden von der Berufungsgenossenschaft 308 und von den Verletzten 554 Rekurse eingelegt. Aus dem Vorjahre kamen 318 unerledigte Sachen hinzu, so daß insgesamt 1180 Rekurse zu erledigen waren. Von den Rekursen wurden 217 für begründet erklärt. Davon entfallen auf die Berufungsgenossenschaft 116 und auf die Verletzten 101; zurückgewiesen wurden 488 Rekurse, davon kommen auf die Berufungsgenossenschaft 83 und auf die Verletzten 403; auf andere Weise erledigt wurden 27 Sachen, davon entfallen 13 auf die Verletzten; unerledigt blieben 182 Rekurse der Berufungsgenossenschaft und 206 Rekurse der Verletzten. Von sämtlichen (732) erledigten Rekursen sind demnach 101 oder rund gerechnet 13,80 Proz. zugunsten der Verletzten entschieden.

Ehe die Verletzten endlich Ruhe und ihr Recht fanden, war erst monatelanges „Prozessieren“ notwendig. Wenn dabei die Verletzten „neurotisch“ oder „hysterisch“ werden, dann sind es natürlich nicht die Unfallfolgen, durch welche die Erwerbsunfähigkeit hervorgerufen ist, sondern dann ist es der „Kampf um die Rente“, den die Verletzten, getrieben von der „Sucht“, eine Rente zu erlangen, führen, um sich dem „fühnen Nichtstun“ und einem „behaglichen Leben“ hingeben zu können.

Die Arbeiterorganisationen Italiens

im Jahre 1907.

Rom, 12. August. (Fig. Ver.)

Die Augustnummer des „Vulturno“ des Reichsarbeitsamtes enthält die Statistik der italienischen Arbeiterorganisationen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres. Nach dieser Statistik waren in Arbeitskammern organisiert 392 889 Arbeiter gegen 298 446 im vorigen Jahre, in den zentralisierten Gewerkschaften 204 271 gegen 178 833 im Vorjahre.

Die Fortschritte der Arbeitskammern verteilen sich sehr ungleich über die verschiedenen Gegenden. Den Löwenanteil hat wie üblich die Emilia, die ihre Mitgliederzahl von 118 963 auf 151 524 anwachsen sah, es folgte der Piemont, der von 19 677 auf 31 746 stieg, die Lombardei mit 46 674 gegen 38 254 im Vorjahr, Toskana mit 27 034 gegen 18 608, Campanien mit 19 845

gegen 12 708, Apulien mit 16 419 gegen 11 825 und Sizilien mit 30 738 gegen 11 164. Die Arbeitskammern Liguriens, der Marken und Kalabriens sind stationär geblieben, die Venezianer und des Latium sind von 16 000 auf 11 000 und von 11 000 auf 8000 Mitglieder gesunken.

Materielle am besten gestellt ist noch immer die Arbeitskammer von Mailand, die dank des starken kommunalen Zuschusses 47 000 Lire Jahreseinkommen hat. Auch eine Ausdehnung des Tätigkeitsgebietes zeigt die Statistik. So hatten im ersten Halbjahr 1907 40 Kammern einen Arbeitsnachweis gegen 30 im Vorjahr, 63 eine Rechtschutzstelle gegen 59, eigene Werkze 41 (gegen 38), Fortbildungsschulen 36 (28), Bibliotheken 40 (38).

Was die Gewerkschaft betrifft, deren Zuwachs wesentlich hinter dem der Arbeitskammern zurückblieb, so sind an ihr vor allem beteiligt: die Bauarbeiter, Eisenbahner, die Arbeiter der chemischen Industrie, die Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Textilarbeiter und Schuhmacher. Einzig die Gewerkschaft der Seeleute weist einen Rückschritt auf, der sich wohl aus dem letzten verunglückten Generalstreik der Seeleute erklärt.

Aus der Frauenbewegung.

Das beschränkte Frauenwahlrecht.

Die klare Erkenntnis dessen, daß die Proletarierinnen in ihrem Kampfe für das Wahlrecht nicht auf nennenswerte, besonders aber nicht auf treue Unterstützung von bürgerlicher Seite hoffen dürfen, gewinnt dank eines Umstandes in unseren Tagen erhöhte Wichtigkeit. Es ist die Rolle, welche das beschränkte Frauenwahlrecht zu spielen beginnt, eine Rolle, die weniger bedeutsam für den Kampf um die politische Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechts, als für den um die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist. In der Tat: wie heute die Dinge liegen, kann das beschränkte Frauenwahlrecht seiner praktischen Bedeutung nach nicht in erster Linie als fortschrittliche Errungenschaft, als Konzession an die Forderungen des weiblichen Geschlechts gewürdigt werden. Es tritt vor allem als reaktionäre Maßregel auf, bestimmt, dem wachsenden Einfluß der proletarischen Massen eine Fessel anzulegen. Bestimmte geschichtliche Umstände, die später erörtert werden, bewirken, daß in den Klassen der Besitzenden die Meinung zur Einführung eines Frauenwahlrechts wächst, das an einen Jenius geknüpft ist.

Ist aber ein beschränktes Frauenwahlrecht gleichbedeutend mit der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts; muß die sozialistische, die Arbeiterbewegung, um ihrem Programm und ihrem Wesen getreu zu bleiben, auch den Kampf für ein beschränktes Frauenwahlrecht führen? Das ist eine Frage, vor welche höchstwahrscheinlich in naher Zukunft die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder gestellt werden. Das ist eine praktische Frage, vor welcher die sozialistische Arbeiterbewegung in Norwegen schon gestanden ist, und vor welcher die von England her. Bei der Antwort darauf muß unseres Erachtens das Folgende berücksichtigt werden.

Prüft man das beschränkte Frauenwahlrecht genau, so erweist es sich im letzten Grunde immer als ein mehr oder weniger verhälltes Recht des Geldbesitzes, des Besitzes. Es trägt ein demokratisches Mäntelchen, hat aber eine plutokratische Seele. Es ist zweifelhafte Natur und charakterisiert sich dadurch schon als ein legitimes Kind des Kapitalismus. Seinem innersten Wesen nach bedeutet es weit weniger die erste Stufe zur politischen Gleichberechtigung des gesamten weiblichen Geschlechts, als die letzte Stufe der sozialen, der politischen Emanzipation des Besitzes. Es verwirklicht nur die politische Gleichberechtigung zwischen den Besitzern von gleich großen Vermögen bezw. Einkommen. Es mißachtet daher das Recht der Frau als Persönlichkeit und anerkennt nur ihre Macht als Besitzerin von Eigentum. Es verleiht der Frau nicht Bürgerrecht, weil sie eine Frau, sondern obgleich sie eine Frau ist, nur weil sie als Besitzende auftritt. Was es emanzipiert, ist also nicht das weibliche Geschlecht, wohl aber den weiblichen Geldbeutel, das weibliche Einkommen. Es läßt folglich auch die breiten Massen der nichtbesitzenden Frauen nach wie vor rechtlos. . . .

Die eingehende Prüfung des Wesens eines beschränkten Frauenwahlrechts und im Zusammenhang damit die Darstellung des Kampfes um ein solches in England dünkte uns notwendig. Der Jubel über den Januarsieg des nationalen Bloks dürfte bald verpufft sein und von neuem Jammer über das unauffhaltsame Aufschwellen der „sozialdemokratischen Gefahr“ abgelöst werden. Wir wissen daher nicht, wie bald in Deutschland die Furcht vor der Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien mit ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen die politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts auf den Weg gen Damaskus treiben und zu Aposteln eines beschränkten Frauenwahlrechts bekehren kann. Und daß wir in diesem Falle von den deutschen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen mehr demokratischen Sinn, eine tiefere theoretische Einsicht und eine festere prinzipielle Haltung erwarten dürfen, wie von ihren englischen, holländischen und norwegischen Schwestern: das hieße ihnen mehr zumuten, als ihrem schwachen bürgerlichen Leibe frommt. Dafür spricht nicht nur unsere historische Auffassung, sondern eine Reihe langjähriger praktischer Erfahrungen, von denen einige früher angeführt worden sind. Wir könnten nichts Verlehetres tun, als angesichts der sich entwickelnden Verhältnisse in Vögelstrauhpulver den Kopf in den Sand der geschwulstigen Beteuerungen zu stecken, der zur Frage von einem Wählerbündel „radikaler“ Frauenrechtlerinnen aufgewirbelt wird. Nun liegt allerdings in Deutschland die Situation in mehr als einem Punkte anders als in England. Nicht zum mindesten auch insofern, als wir in Deutschland eine kräftige, zielklare sozialistische Frauenbewegung haben, die freitig an Einfluß auf das weibliche Proletariat gewinnt. Seit langen Jahren grundsätzlich scharf in Theorie und Praxis von der bürgerlichen Frauenrechterei getrennt, hat sie je und je für das allgemeine Frauenwahlrecht, für die vollste Demokratisierung des Wahlrechts überhaupt gekämpft. Allein die Verneinung darüber darf nicht vergessen lassen, daß noch Millionen Frauen — indifferent oder zum mindesten ungeschult — außerhalb dieser Bewegung stehen. Da liegt die Gefahr nahe, daß große Kreise von ihnen durch die bürgerlichen Schaumbläsereien mit dem Prinzip der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts über die reaktionäre Natur eines beschränkten Frauenwahlrechts getäuscht werden könnten. Dem gilt es vorzubeugen, und je früher und gründlicher wir das besorgen, um so besser. Die ausgeglichene Sachlage muß den Massen der proletarischen Frauen zum Bewußtsein gebracht werden. Sie müssen die Heberzeugung gewinnen, daß sie im Kampfe für ihre volle soziale Emanzipation auf die eigene Kraft und auf die ihrer Klasse angewiesen sind.

Lichtenberg. In der in Lichtenberg stattgefundenen öffentlichen Versammlung der sozialdemokratischen Frauen des Kreises Nieder-Barnim hielt Genossin Schütte einen Vortrag über „Die Bedeutung des Parteitage für die Frauen“. Außer dem Referenten wurde noch von einer Genossin betont, wie wichtig und notwendig es sei, daß bei der jetzt ständig wachsenden Zahl der sozialdemokratischen Frauen unseres Kreises diese auch auf dem Parteitage vertreten sein müßten. Zum deutschen Parteitage in Essen wurde Genossin Reumann-Weihensee einstimmig gewählt; zur Provinzialkonferenz wurde Genossin Siebermann-Lichtenberg delegiert.

*) Aus der Broschüre: Zur Frage des Frauenwahlrechts von Clara Zetkin.

Verfassungen — Veranlassungen.

Friedrichshagen, Montag, den 19. August, 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wilhelmshagen, Seestraße 45: Vortrag (nur für Frauen). Referentin: Frau Störmer.

Verfassungen.

Solzarbeiterverband. In der am Montag abgehaltenen Generalversammlung der Zählstelle Berlin erstattete der Vorsitzende Glöcke den Jahresbericht für 1906. Daß der Bericht erst jetzt fertiggestellt werden konnte, hat seine Ursache in dem großen gewerkschaftlichen Kampfe, der sich bis über das erste Quartal dieses Jahres erstreckte. Der allgemeinen Ueberblick, die der Redner über das Jahr 1906 gab, ist zu entnehmen, daß eine große Anzahl von Werksratsstreiks gegen solche Arbeitgeber geführt wurden, die in keinem Vertragsverhältnis mit dem Verbandsstande. 200 000 M. wurden während des Jahres für Streiks ausgegeben. Die Zahl der Streiks war größer als im Jahre 1905, aber es sind auch mehr erfolglose Streiks zu verzeichnen. Das erstreckt sich daraus, daß oft wegen Mangel an einzelnen Kollegen und ähnlicher Ursachen gestreift wurde, was wenig Erfolg versprach. Soweit es sich um Streiks aus bedeutenderen Ursachen handelt, sind keine Niederlagen zu verzeichnen. Auch in den einzelnen Branchen ist kein Rückgang der Arbeitsverhältnisse eingetreten. — Die Schlichtungskommission hatte viel Streitigkeiten in Vertragsverhältnissen zu erledigen. Im allgemeinen gelang es, den Lohn etwas zu heben. — Hinsichtlich der Einzelheiten verwies der Redner auf den umfangreichen gedruckten Bericht, der den Mitgliedern soeben ausgereicht wurde. —

Nun folgte die Berichterstattung über das erste Halbjahr 1907. Der Kassierer Riefe, der über die Kassenverhältnisse berichtete, bemerkte unter anderem, daß bis 1. Juli an die Ausgetretenen 1 617 265 M. und an Arbeitslose 524 169 M., zusammen also 2 141 435 M. gezahlt worden sind. Infolge der Aussperrung verlor der Verband eine Anzahl von Mitgliedern, die mit dem Beitrag im Rückstande geblieben waren. Im ersten Quartal waren es ungefähr 3000, im zweiten etwa 2000. Die Ausgetretenen lassen sich jetzt aber nach und nach wieder aufnehmen, so daß die Mitgliederzahl wieder steigt. Sie beträgt jetzt ungefähr 22 500.

Glöcke wies im Vorstandsbericht darauf hin, daß nach dem Vertragsabschluss mit dem Arbeitgeberverband auch ein Vertrag mit den Arbeitgebern für Innenausbau, sowie mit einzelnen Arbeitgebern, die außerhalb des Vertrages standen, abgeschlossen worden ist. Auch mit den Präzessionsbetreibern werde nächstens ein Vertrag abgeschlossen werden.

Was erstattete den Bericht der Kommission. Die Kontrollkommission hielt 427 geschäftliche und 3168 Werkstattdatens ab. Im ersten Halbjahr 1907 wurden 20 Streiks mit 384 Beteiligten geführt. 11 Streiks endeten mit Erfolg, 3 ohne Erfolg, 5 sind noch nicht beendet. — Die Schlichtungskommission hatte vom 1. Juni bis 12. August 36 Anträge zu erledigen. Ein Teil derselben betraf die Durchführung der Vertragsbestimmungen und die Zahlung der vertragsmäßigen Lohnerhöhung von 5 Proz.

Die Versammlung nahm die Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung vor. Diefelbe ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Glöcke, 2. Vorsitzender R. Leopold, 1. Kassierer Riefe, 2. Kassierer Jäck, 1. Schriftführer Döring, 2. Schriftführer Dahlke, Beisitzer F. Leopold, Klauß, Langhammer. Obmänner der Schlichtungskommission Rah und Reich. Bibliothekar Späthe. Kranenbaubauzahler Ritsche. Hilfsarbeiter Kleß. Arbeitsvermittler Fechner, Göth, Guber. — Das Resultat der Wahl eines Hilfsarbeiters und der Revisoren war bei Schluß der Versammlung noch nicht festgestellt.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Berlin II, hielt eine ordentliche Generalversammlung am Montag abend im „Gewerkschaftshaus“ ab. Der Kassenbericht vom 2. Quartal 1907 lag den Mitgliedern vor. Am 1. April war der Kassenbestand 34 477,75 M. Dazu kamen an Einnahmen 82 089,75 M. Das ergab als Gesamtbestand 116 567,50 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 84 844,40 M. Der Kassenbestand am 1. Juli war also 31 673,04 M.

Der Kassierer Steinicke machte darauf aufmerksam, daß durch die erhöhten Ausgaben für den Arbeitsnachweis und für den „Courtier“ diesmal ein Defizit zu verzeichnen war. — Der Vorsitzende Berner legte den Antrag der Ortsverwaltung betreffend Übernahme einer Urabstimmung über die Erhebung eines Ortsbeitrages von 10 Pf. pro Woche für männliche und 5 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder vor. Es soll dadurch ein Fonds geschaffen werden, um streikenden oder ausgesperrten Mitgliedern eine Mietsunterstützung zu gewähren. Der Antrag wurde angenommen und bekannt gemacht, daß die Urabstimmung an einem Sonntag stattfinden werde. — Frau Jahn und Frau Hoffmann trugen der Versammlung eine Angelegenheit der Wotensfrauen vor. Sie glaubten Grund zur Klage über die Verhältnisse bei Hing u. Co. zu haben und fanden bei dem Verbandsrat die gewünschte Unterstützung; sie erhoben Beschwerde beim Hauptvorstand, dessen Entscheidung noch aussteht. Die Verbandsleitung erklärte, daß es sich hier nur um die Wünsche einer kleinen Minorität unter den Wotensfrauen handele, und sie verlangte, daß die Frauen Jahn und Hoffmann mit weiteren Beschwerden warten, bis die Entscheidung des Hauptvorstandes gefallen sei.

Der Antrag des Vorstandes auf Ausschluß von zwei Mitgliedern wurde von der Versammlung angenommen.

Genossin Arndt sendet uns eine Zuschrift, in der er sich über Mißverständnisse in unserem Bericht über die Versammlung des ersten Kreises beklagt. Speziell über seine Ausführungen zur Budgetfrage sagt er: „Ich habe ausgeführt, daß man heute noch kein endgültiges Urteil über die württembergischen Genossen fällen sollte. Wenn eine Fraktion von 15 Mann, in der alle Richtungen vertreten wären, trotz der Parteitradition und trotz der Lüderer Resolution einen solchen Schritt getan hätte, so müßte sie sehr gewichtige Gründe gehabt haben. Die von den württembergischen Genossen im „V.“ ausgeführten Gründe genügen zur Erklärung noch nicht, wie ja auch die „Schwabische Tagwacht“ eine weitere Begründung in Aussicht gestellt habe. Anknüpfend an die Bemerkung des „V.“, daß durch das häufige Bemühen des Staats in den süddeutschen Staaten die Ablehnung des Reichsetats zu einer „wunden“ und inhaltslosen Demonstration werden könne, bemerkte ich, daß erstens auch die Württemberger nicht an eine Wiederholung der Bemühen dachten und daß man zweitens fragen könne, ob die Ablehnung nicht umgekehrt noch wirksamer wäre, wenn sie nicht unbedingt, gleichsam automatisch erfolgen müßte, sondern wenn erklärt würde: Durch die Politik unserer Gegner sind wir stets und ständig gezwungen das Budget abzulehnen, während in seltenen Ausnahmefällen aus bestimmten Gründen eine Zustimmung erfolgt.“

Um unseren Lesern das Verständnis dieser Verwirrung zu erleichtern, lassen wir noch einmal folgen, was der „Vorwärts“ berichtete. Unser Bericht lautete:

„Er sehe die ganze Frage der Budgetablehnung als nicht so außerordentlich wichtig an. Als Demonstration sei diese Ablehnung des Budgets von den Fortschrittlichen in der Konfliktperiode erfunden worden; den Charakter einer Demonstration verleihe dagegen die ständige, unbedingte Ablehnung, denn sie würde inhaltslos und verpuffte wirkungslos. Eine Demonstration, die Wert besäße, könnte erst dadurch erzielt werden, daß man sich auf den Standpunkt stellt: Nicht grundsätzlich lehnen wir ab, sondern wir sind gezwungen, aus diesen und jenen Gründen diesmal abgulehnen.“

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend, Abteilung VII und XVII. Abends 8 Uhr Versammlung bei Ric. Fagelbergstraße 2. — Abteilung Charlottenburg Sonnabend, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Rosinstraße 3: Versammlung.

Komponisten und Verleger

welche der „Genossenschaft Deutscher Tonsetzer“ nicht angehören, finden für ihre Kompositionen durch die Mitglieder der unterzeichneten Korporationen weiteste Verbreitung.

1. Deutscher Gastwirtsverband
2. Bund der Saal- und Konzertlokalinhaber Deutschlands
3. Gastwirte-Innung zu Berlin.

Zuschriften sind zu richten an den Deutschen Gastwirtsverband, Niederwallstraße 15, und den Bund der Saal- und Konzertlokalinhaber Deutschlands, Elsasserstraße 10.

Nathan Wand

129 Staligerstr. 129.
Die schönsten 55602*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neuem
sonstige speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Bauanzüge sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Staligerstr. 129.
Hochbahnhofsstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Wanzen

7. Deut tödel mit unerschütterlicher
Sicherheit **Reichel's verstärktes
Wanzenfluid.**
Nicht stechend, nicht feuergefährlich.
Kein über Geruch, nachhaltige Wirkung
Bl. 50 Bl. 1.-, 2.-, 3.-, Literfl. 5.-.
Sprühapparate von 50 Bl. an.
Einzig echt und garantiert nur mit
Marke **Tod und Tensel.**
Otto Reichel, Berlin 43,
Eisenbahnstr. 4.
Fernspr.-Anschlüsse A. IV. 4751,
4752, 4753.

Gras-Kuhbutter

Liefert franco, garantiert naturrein,
10 Pfund-Röll 7 Mark, für Probe
6 Pfund-Röll 4 Mark. Toni Andor-
mann, Buczacz No. 7 via Breslau.

Zur gefl. Beachtung!

Infolge Anhäufung von Aufträgen
sind wir mit Lieferungen etwas in
Rückstand gekommen; die hierdurch
entstandenen Gerichte, in unserer
Fabrik werde gestreikt, sind
in böswilliger Weise aus der Luft gegriffen,
zumal bekanntlich gerade in unse-
rem Betriebe stets das
**beste Einvernehmen mit
unserer Arbeiterschaft
besteht!**

Gebr. Selowsky - Dresden.

Bewährte Spezial-Marken:
Zenith. — Askari. — Bolero.

56112*

Börsenkrach in Sicht!

Retten was zu retten ist. Ungeheures Aufsehen er-
regt die von der deutschen Presse systematisch unter-
drückte Broschüre Proestler.

Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft
ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber,
Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volks-
ausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das
Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren
postfrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg ver-
sandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Kennen Sie schon das Veilchenseifenpulver

„Marke Kaminfeger“

mit den prächtigen Geschenken in jedem Paket?
Bitte machen Sie eine Probe, Sie werden hochbeschäftigt sein!
In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben. 202/13*
Vorzicht! Man achte auf die „Marke Kaminfeger“!
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Weinverkauf für Berlin und Umgegend: **Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstraße II.**

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg., das erste Wort
(fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit farbensehleren Fabrik-
aberränge Große Frankfurterstraße 9,
parterre. kein Laden. Mauerhof. +1
Steyppdecken billig! Redirt Große
Frankfurterstraße 9, parterre. +1
Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, parterre. kein Laden.
Mauerhof. +1
Fahrräder, Teilzahlungen. In-
validenstrasse 89, Stallgerstraße 40. *
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
wie neu, 45,00. Holz, Blumen-
straße 38b. 25158*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Gadekestr.
Markt 4, Bahndorf Börse. 26111*

Steyppdecken billig! Fabrik
Große Frankfurterstraße 60. 21678*

Wäbelfuchende! Nach wie vor
nur „Grüner Weg 81“ vollständige
Einrichtungen, enorm riesige Auswahl,
Sofas, Truemeub, Bettstellen, reelle
Wairagen, bekannt billigst, genau
Hausnummer 81* achten! Dvlnshfl.
Gastkammerhaus!!! Jeweilsgas-
tocker! 3,00, geschlossene Spar-
gaslocher! 5,00, Gasbügellapparat
Gasplättchen! Schneidemaschine! (pot-
billig!) Gasbrenner! 1 1/2. Wochlaner,
Wallertheaterstraße 32. 26078*

Mähmaschinen. Hable höchste Ver-
gütung. Alle erstklassigen Systeme.
Kleinste Abzahlung. Grunda, Rosen-
hauserstraße 19, Filiale: Eborner-
straße 26. 22206

10,50 große Betten, rotrofa Inlett,
Oberbett, Unterbett, zwei Kissen.
E. Becker, Landbergstraße 41.

**Landes mit Einrichtung zur Ge-
fährlichkeits, Bäume, Sträucher und
Bäume verkauft billig Wegert, Rixdorf,
Weißstraße 48. +115***

Verschiedenes.

Vernt die Mutter Sprache beherrschen!
Erfolgreich, leicht lachlichen Unterricht in
Wort und Schrift der deutschen
Sprache erteilt Damen und Herren
(separat) auch abends ein tüchtiger
und gewissenhafter Privatlehrer. Die
Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-
richtsstunde wöchentlich genügt. Ge-
sellige Angebote sind unter G. 4 an
Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
**Patentanwalt Wessel, Göttinger-
straße 94. 25558***
**Suche gebrauchten Sportwagen
zum Schlafen. Bül, Marienstraße III.**
**Platinaabfälle, Gold, Bruchgold,
Silber, Gebisse, Redgold, Staubgold,
photographische Rückstände, sowie
sämtliche gold- und silberhaltigen
Abfälle kauft Gold- und Silber-
schmelzerei Köpenickerstraße 29 I. ***
**Goldfänger - Gefäßhaft - Henry
Bolze, Nanteusenstraße 41. +4***
**Goldquarier „Gerhardt“, vor-
zügliche Humorsitz, Brangelstr. 22.**

Vermietungen.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer Diefen-
straße 47, Quergebäude I. Wohle. +
Sofort. Möbliertes Vorderzimmer,
1 oder 2, vermietet billig Kuffen-
hfer 36 III rechts (Dranienplatz). *

Schlafstellen.

Schlafstelle, separaten Eingang,
einen Herrn, vermietet Schräder,
Mariannenstr. 7, links IV. 22875

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Alle Menschen

welche Geld sparen wollen, sind verpflichtet, vor ihrem Einkauf von Herren- und
Knaben-Garderobe das riesige Lager, welches einem **Saison-**

Ausverkauf

unterstellt ist, zu besichtigen. **Kein Kaufzwang!** Die Waren sind enorm
herabgesetzt, teilweise bis

50% unter Preis.

**Herren-Paletots, gemustert, alle Farben . . . früher bis 18 M., jetzt von 6²⁵
an**
**Herren-Paletots, auf Atlas und Seide . . . „ „ „ 11⁵⁰
an**
**Herren-Paletots, wunderbare Stoffe, alle Muster „ „ „ 16⁰⁰
an**
**Herren-Anzüge, hell gemustert „ 18 „ „ 7³⁰
an**
**Herren-Anzüge, hochelegant „ 28 „ „ 12⁵⁰
an**
**Herren-Anzüge, Maß-Ersatz „ 40 „ „ 17⁵⁰
an**
Herren-Hosen 1⁸⁰, 2²⁵, 3⁴⁰, 4³⁰, 5²⁰, 6⁵⁰ M.
**Kinder-Anzüge, ungläublich billig von 1⁸⁰
an**
Kinder-Hosen, verschiedene Muster von 46 Pl. an

Lüster-, Leinen-, Loden-Joppen enorm billig.

Blitz

Eigene Fabrik mit elektrischem Betrieb.
Maß-Abteilung.

Nur 3 Preise.

**Herren-Anzüge Serie I 27⁵⁰ M., Serie II 37⁵⁰ M., Serie III 47⁵⁰ M.
Herren-Paletots „ I 24⁵⁰ M., „ II 34⁵⁰ M., „ III 44⁵⁰ M.
Herren-Hosen „ I 9⁵⁰ M., „ II 13⁵⁰ M., „ III 17⁵⁰ M.**

Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.
Telephon Amt II No. 7099, Amt III No. 3835, Amt VII No. 730, Amt III a No. 4687.

**29-30 Kottbuser Damm 29-30 | 9 Rosenthaler Str. 9, Ecke Auguststr. 80
137 Gr. Frankfurterstr. 137 | jetzt 85 Chaussee-Straße jetzt 85**

5 Geschäfte, 10 Haupt-Straße 10 5 Geschäfte.
Schöneberg.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Amandus Zöls
„Fürstenhof“ SO., Köpenicker-Straße 137,
zwischen Adalbert-Straße
und Köpenicker Brücke.

□ □ □ Elegante Säle □ □ □
für Kränche und Versammlungen
an Vereine und Gesellschaften zu vergeben.
Amt IV, 4376.

Grosse Betten 12 Mk.
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)
mit doppeltgereinigtem neuen Bett-
federn, bessere Betten 15, 19, 24 Mk.;
1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Gustav Lustig, Berlin S.,
Gedächtnis-Str. 14, Prinzenstr. 66**

Wandbilderhand Hermannplatz
sech. Extrabilliger Bettenverkauf,
Bettstellen, Wandstuhlwäsche, Bett-
stühle, Vermietungsbed. Bettstelle,
Leibwäsche, Wänderverkauf, Gardinen-
verkauf, Teppichverkauf, Steppdecken-
verkauf, Tischdecken, Goldblase,
Schmuckstücke, Festgeschenke, Wren-
der, samt, Juchendanzüge, Schwedanzüge,
Sommerpaletots, Nähmaschinen. *

Wandbilderhand! Hermannplatz
sech. Extrabilliger Bettenverkauf,
Bettstellen, Wandstuhlwäsche, Bett-
stühle, Vermietungsbed. Bettstelle,
Leibwäsche, Wänderverkauf, Gardinen-
verkauf, Teppichverkauf, Steppdecken-
verkauf, Tischdecken, Goldblase,
Schmuckstücke, Festgeschenke, Wren-
der, samt, Juchendanzüge, Schwedanzüge,
Sommerpaletots, Nähmaschinen. *

Wandbilderhand! Hermannplatz
sech. Extrabilliger Bettenverkauf,
Bettstellen, Wandstuhlwäsche, Bett-
stühle, Vermietungsbed. Bettstelle,
Leibwäsche, Wänderverkauf, Gardinen-
verkauf, Teppichverkauf, Steppdecken-
verkauf, Tischdecken, Goldblase,
Schmuckstücke, Festgeschenke, Wren-
der, samt, Juchendanzüge, Schwedanzüge,
Sommerpaletots, Nähmaschinen. *

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Berfäbiger, Barockgoldbein,
verlangt Badde, Köpenickerstraße 127.
**Photographie - Steinschleifer und
Arbeiterinnen, Friedenwald u. Reich,
Köpenickerstraße 4. 22915**
**Nähmaschinen für Kreisnähe und
Stange verlangt Wolff, Diefenbach-
straße 33. 22936**
**Goldleistenfabrik sucht tüchtigen
Meister für Vergolderlei, D. Meier,
Köpenicker-Str. 70, 22928**
**Tüchtige Schlosser auf eiserne
Türen für dauernde Arbeit gesucht.
Drogenhoff u. Schmidt, Reinickendorfer-
Df., Hauptstraße 25-29. 22965**

**Künstliche Blüten - Ströberinnen,
Kleberinnen verlangt Schindelhauer,
Alexandrienerstraße 93/94. 22905***
**Junge Mädchen zur leichten Na-
schneiderei, Holz, Holzplaque-
straße 35. +80**
**Botenfrauen finden dauernde
und sehr lohnende Beschäftigung
Königsstraße 50/57. 58/10***

**Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

Lehrmädchen
mit guter Schulbildung bei monat-
licher Vergütung für unsere Geschäfte
per sofort oder später gesucht. Ver-
bindungen nur in Begleitung der Eltern
oder des Vormundschaftsmittags 1-2
oder abends 8-9 Uhr. 56842*
**A. Jandorf & Co.,
Bellevueallee 1-2.**

Parteisekretär.
Für den Agitationsbezirk Leipzig,
der vier Reichstagswahlkreise umfasst,
soll alsbald ein Parteisekretär
angestellt werden. Es wird auf eine
tüchtige, organisatorisch begabte Kraft
reflektiert, die auch mit der Agitation
auf dem Lande vertraut ist. Be-
werber wollen ihre Gesuche mit An-
gabe ihres Bildungsganges, ihrer
bisherigen Tätigkeit und ihrer An-
sprache bis zum
25. August
an den Vorsitzenden des Agitations-
komitees, **Rich. Lipinski, Leipzig,
Eiserstr. 14, einfinden.**
295/4* Das Agitationskomitee.

**Orts-Krankenkasse
Brix.**
Bei der hiesigen Orts-Krankenkasse
ist zum 1. Oktober 1907 die Stelle eines

Bureauarbeiters
zu besetzen. Derselbe hat hauptsächlich
die Beiträge einzufordern und die
Krankenkassen nach Angabe des
Krankenkassen auszuweisen. Bewerber-
gesuche unter Angabe der Gehalts-
ansprüche und unter Beifügung eines
kurzen Lebenslaufes sind bis zum
1. September cr. an den unterzeichneten
Vorsitzenden zu richten. 275/15
Brix, den 13. August 1907.
Der Vorstand,
H. Rother, Brix bei Berlin,
Chausseest. 30.

Eine Dynamitfabrik in die Luft geflogen.

Eine furchtbare Katastrophe hat sich in Dömitz a. d. Elbe ereignet. Gestern früh 6,45 Uhr flog die Dynamitfabrik von Rahnshen infolge einer Explosion in die Luft. Die erste Meldung hierüber besagt:

Dömitz, 15. August. Heute morgen 6 Uhr 45 Minuten flog die hiesige Dynamitfabrik infolge einer Explosion in die Luft. Der erste Schlag, dem rasch hintereinander drei weitere folgten, erfolgte in der Delbude. Da die Schläge andauern und noch mehrere befristet werden, wurden sämtliche Bewohner der Stadt aufgefordert, die Wohnungen zu räumen. Die Fabrik brennt. Die Fensterscheiben in der Stadt sowie in der Umgegend sind sämtlich zertrümmert. Wegen der Explosionsgefahr ist es unmöglich, an die Fabrik zu gelangen.

Die Opfer der Katastrophe.

Wie ein späteres Telegramm meldete, erfolgte die erste Explosion im Menghaus Nr. 4. Schwerverletzt sind sieben und leichtverletzt zwanzig Personen. Die Behörden haben alles abgesperrt. Augenblicklich liegt eine weitere Gefahr nicht vor, aber wenn der Wind sich dreht, sind die Magazine, in denen das Dynamit lagert, gefährdet.

Bis nachmittags 2 1/2 Uhr wurde ein Toter geborgen, acht Arbeiter werden noch vermisst. Es besteht leider die Wahrscheinlichkeit, daß diese ein Opfer der furchtbaren Katastrophe geworden sind.

Die Dynamitfabrik liegt außerhalb der Stadt Dömitz, und zwar etwa zwei Kilometer von ihrem Zentrum und einen Kilometer Luftlinie vom Bahnhof entfernt. Die Arbeiten werden um 6 Uhr begonnen, so daß die Explosion also drei Viertelstunden später erfolgte. Beschäftigt sind im ganzen 200 Menschen, darunter etwa 20 Frauen, die aber durchweg in der bisher nicht vom Feuer berührten Sprengkapselabrik beschäftigt werden. Durch die Gewalt der Explosionen wurden im Umkreis von sechs Kilometer von Dömitz sämtliche Scheiben zertrümmert. Das in der Nähe liegende Dorf Klein-Schmölen ist gleichfalls schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Doemitz, 15. August, 7 Uhr abends. Bis jetzt sollen 12 Leichen geborgen und 40 Leichtverletzte festgestellt sein.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 18. d. M.: Ausflug mit Familie nach Restaurant „Odebrugg“, Niekeal bei Köpenick. Abfahrt vom Stadtbahnhof Alexanderplatz 9,40. Rückzügler können alle halbe Stunden fahren.

Schöneberg. Wir weisen die Parteigenossen nochmals auf die heute abend 8 Uhr in C. Grohens Festsaal, Reiningerg. 8 stattfindende Wahlvereinsversammlung hin. Tagesordnung: Beratung der Anträge zum 9. Parteitag. Verschiedenes. Gleichzeitig weisen wir auf die heute abend 7 Uhr stattfindende Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus hin. Damit die Arbeiten schnell erledigt werden und auf den Einzelnen nur wenig entfällt, werden die Genossen ersucht, zahlreich anzutreten. Der Vorstand.

Oranienburg. Der Wahlverein hält am Sonntag, den 18. August, nachmittags 3 Uhr im Lokal von Braun seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Genossen, vollzählig zu erscheinen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

„Opfer fallen hier...“

Ein sengend heißer Sommertag war im Verblühen. Noch glänzte die Götting oben auf der Siegesallee goldglänzend; aber durchs Brandenburg Tor schlederten schon die Abendstunden in die Straße „Unter den Linden“ herein. Hier rauschte das Leben auf in verführerischen Augensternen und seidenen Toiletten. Narosken rollten hin und her; dazwischen schoben sich auch zuweilen schwerbeladene Frachtfuhren. Schwerfällig trotteten die Gänse — fast schlaftrunken vor Uebermüdung. Arbeitsklaven — nichts mehr...
Im planlosen Weiterstapfen sah ich plötzlich zahlreiche Passanten quer über die Linden einer Stelle des Fahrdammes zustreben. Näher gekommen, finde ich schon viel Volk zu beiden Seiten versammelt. Zwei Schutzmännchen blüden aus dem Anlauf hervor; doch die Männer der Ordnung schritten ruhig hin und her. Ein „Krawall“ ist also nicht — manche Feingekleideten ziehen von dannen, enttäuscht, daß es nichts zu sehen gibt, enttäuscht, daß sie vor dem opulenten Abendessen keinerlei Reiz für die Nerven empfangen. Es war auch wirklich „nichts los“. Stand ja nur ein mit Balken und Drahtgestank hochbepackter Wagen da. Die Verpackung fehlte; offenbar sollte die Fuhre hier abgeladen werden, und der Aufsitzer hatte die Pferde abgeschirmt und dem Stalle zugeführt. Aber deswegen hätte sich hier das Publikum angekauft? Doch wohl kaum; denn ein Lastwagen ohne Pferde und Lenker ist doch nichts besonderes; darauf achtet doch keiner, nicht einmal die Hunde, um bei den Rädern ihre Visitenkarten auszu-tauschen.

Aber nein, es muß sich da doch etwas ereignet haben. Ein Mann mit einer Peitsche in der Hand steht soeben dem Schutzmännchen Rede und Antwort, und der macht Notizen in seinem Kontrollbuche. Wichtig, wie ich genau hinschaue, entdecte ich im Schatten der Fuhre einen Klumpen, mit einer Stalldede verhält. Nichts regt sich darunter. Ist vielleicht jemand beim Ueberfahren des Fahrdammes unter den Rollwagen gekommen? Den liehe man doch nicht so liegen. Aber da erkenne ich ja ganz deutlich: ein Rohschweif lugt unter der Dede hervor. Was hier anscheinend leblos lag, war der noch warme Kadaver eines Lastpferdes. Ob es einst in Jugendtagen stolze Reiter auf seinem Rücken getragen, oder auf Rennbahnen gestiegt, oder wappengeschmückte Kaleschen preisgeschwind durch die Straßen gezogen, mit vornehmen Damen und Herren da drinnen — wer weiß es zu sagen? Aber einst kam sein Unglücksstern — es wurde ausgerangelt, gelangte auf den Markt und zog nachher eine Droschke. Jahrelang! Und wieder stand es zitternd auf dem Markte und hatte eines neuen Herrn. Der war ein Fuhrmann. Da mußte es nun tagaus, tagein schwere Frachtwagen ziehen, mit ungeheuren Stüdgütern obenauf. Hohe Lenker getrennten auf seinen mageren Rippen ihre Peitschen, stießen und rissen es her und hin. Und wenn es endlich spät abends von der drüdenden Wucht des Nummeigeschirrs befreit wurde und abgerackert vor der Strippe stand, so hatte es nur dürftiges Stroh, selten eine Kation Heu zu Nahrung. Früh morgens, kaum wie der Tag graute, gings wieder vor den Wagen — und so Tag für Tag, Jahr um Jahr. Krumm waren seine Vorderbeine gebogen, schmal und leudend die Brust — eine „Schindmähre“ war aus ihm geworden. Lang konnte das nicht mehr so dauern. Einmal würde es auf offener Straße zusammen brechen — und dann hätt alle Mühe und Klage ein Ende in Ewigkeit...

Solche Müdigkeit, wie heute morgen hatte der arme Gaul noch niemals verspürt. Von der unberührt gebliebenen Kause hatte er sich an den Wagen zerran lassen. Und dann war er, nicht ohne Peitschenschläge, mit der Ladung durch eine Flucht von Straßen gegangen — bis hierher. Plötzlich begann er zu leuchten, die Nüstern zu blähen und mit groß aufgerissenen Augen ängstlich nach einem Stützpunkt zu suchen. Dann ein qualvolles Aufbaumen, ein Strom dampfenden Brodeus aus dem Schlunde — und ein dumpfer Fall. In den glässigen Augen stand der Tod; er drückte sie langsam zu, der Körper streckte sich, der Kopf sank wie ein Hammer auf den Asphalt, zur Seite geneigt — das Tier hatte sein flabisches Dasein geendigt. Gleich den Proletariern unter Menschenfindern war es mitten im Kampfe, auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallen...
Nun lag der Leichnam unbeweglich da — ein Schaustück für Straßenpassanten. „Ach Jotte doch, 'n Knobländer!“ — „Ja, man bloß 'n Karrenjaul, 'n oller Klepper...“ Ein flüchtiges Verweilen — und weiter hastet der Verkehr, unbekümmert um die, so auf der Strecke gebliebenen...
Unaufhörlich ratterten die Reihel vorüber: tuzende Automobile, gelbe Paketpostler, spiegelblanke Staatskarossen, Rietsdroschken, Kremser mit fröhlichen Ausflüglern, Lastfuhren von mancherlei Art und Gattung. Ein bald neugieriger, bald gleichgültiger Seitenblick der Lenker — und mit fauchendem Peitschenschall weiter.

Doch die Pferde vor all diesen Wagen? Fast jedes spitzt die Ohren und wendet den Kopf nach der Stelle. Bittert es Leidensdunst? Mit nervösem Ansprung wird meistens eine kleine abweichende Kurve genommen — und vorbei. Andere trafen gleichgültig im gewohnten Gleise: hastig die einen, in langsamem Schritt die anderen. Einer ihrer Genossen ist hier elend niedergebroschen. Dergleichen sahen sie ach schon oft. Aehnlich vielleicht werden sie einst selber verenden. Das ist ihr Los. Weinaß gewinnt es den Anschein, als ob mancher Droschken- oder Lastwagen Gaul so etwas vorzeitig an sein eigenes, vielleicht jähres Ende erinnert sein. Es liegt soviel Tragik in solcher Betrachtung — auch diese armen Tiere haben ihr Mitleid und ihre kummberedte Sprache...
Etwa eine halbe Stunde später kam der Abbederereigen. Vom Toten wurde die Dede genommen, eine Kette um seine Hinterbeine gelegt und der Kadaver durch zwei Männer mittels einer Winde über die Fallbrücke des Bagens zu diesem emporgezogen. Dann, als diese Prozedur beendet war, nahm der Führer Platz auf seinem Sitz. Die Pferde zogen an. Gleichgültig, wie sie gekommen, so trotteten sie von dannen. Wie diesen Genossen, wie Duende vor ihm, so wird man sie einst selber, wenns gut geht, zum Wegger, wenn es schlecht geht, zum Schindanger schleppen...

Die Befürchtung, daß das Fortbestehen des Freibades am Wannsee infolge einer Beschwerde, die die Forstverwaltung des Grunewaldes an die Regierung gerichtet hat, in Frage gestellt ist, wird verschiedenen Meldungen zufolge nicht geteilt. Es soll im Gegenteil der Badebestand bei Veetlshof noch vergrößert werden. Die Freigabe einer Reihe von weiteren Plätzen ist beantragt. Davon ist Baumwerder bei Zegel bereits freigegeben, andere Orte sollen, wenn nicht dieses Jahr, so im nächsten Jahre folgen.

Wir wollen an dieser Stelle nicht unterlassen, einigen bei uns eingegangenen Beschwerden über das Betragen Badender am Wannsee Erwähnung zu tun. Danach soll nicht immer der übliche Anstand gewahrt werden. Wenn wir auch nicht erkennen wollen, daß unter Feinlautenden von Menschen stets Flegel und Ausbunde vorhanden sind, so sollte doch jeder darauf achten, daß Anstand und Sitte gewahrt bleiben. In der Regel müssen viele Laufende unter der Rücksichtslosigkeit und dem Mangel an Gemeinnut weniger leiden. Soll diese Einrichtung nicht beseitigt, sondern vielmehr eine weitere Ausgestaltung erfahren, so ist zunächst notwendig, daß seitens der Badenden kein Anlaß zu Beschwerden bei den Behörden gegeben wird.

Mehr Bänke für die Parkanlagen! In jedem Sommer kann man in Berlin immer wieder beobachten, daß die Ruhebänke, die in den Parkanlagen sowie auf den Schmutzplätzen und Promenaden aufgestellt sind, bei weitem nicht ausreichen, um allen müden Erholungsuchenden eine Sitzgelegenheit zu bieten. Wer einmal an einem sonnenhellen Nachmittage oder einem fernem-laren Abend, wie wir deren in diesem wunderlichen Sommer allerdings recht wenig gehabt haben, den Kampf um ein freiwertendes Plätzchen auf einer dieser Bänke mitgemacht oder doch mit angesehen hat, der wird uns durchaus zustimmen müssen. In den gesamten Parkanlagen usw. usw., die die Stadtgemeinde unterhält, stehen gegenwärtig noch keine 4000 Bänke, und alljährlich kommen nicht mehr als 100—150 hinzu. Bei der Ausdehnung dieser Anlagen ist das lächerlich wenig, zumal für eine Stadt von zwei Millionen Einwohnern. Daher sieht man denn auch überall in den Parks, auf den Schmutzplätzen, auf den Promenaden viele Personen, die sich ihre eigene Sitzgelegenheit zu schaffen suchen. Manche, die in der Nähe wohnen, bringen sich ein Feldstühlchen oder eine Fußbank mit. Anders, und das ist die Mehrzahl, lassen sich auf den eisernen Umfriedungen nieder, durch die die Rasenflächen gegen die Wege abgegrenzt sind. Es ist kein großes Verhängen, auf diesen kantigen Eisenstangen zu sitzen, und lange hält's niemand aus. Doch auch für die Parkverwaltung hat es sein Bedenkliches, das Erholung suchende Publikum zu solcher Selbsthilfe zu nötigen. Das Bild, das diese Galerie hoderer Gestalten bietet, ist nicht besonders anmutig, und der Parkverwaltung gereicht es nicht zur Freude. Vor allem aber gewinnen dabei die Umfriedungen wirklich nicht an Standfestigkeit, davon kann man sich leicht durch den Augenschein überzeugen, wenn man daraufhin die Parks, Schmutzplätze und Mittelpromenaden besichtigt. Wie möchten hier übrigens vorschlagen, daß einmal an einem schönen Sommermittage z. B. nur auf den Mittelpromenaden eine Zählung all der Personen veranstaltet wird, die da auf den Eisenstangen hocken, weil nicht genug Bänke da sind. Diese Zählung kann von den Wächtern, die dort stationiert sind, während ihres Dienstes ohne große Mühe ausgeführt werden. Auf Grund unserer eigenen Beobachtungen vermuten wir, daß sich dabei eine Zahl ergeben würde, über deren außerordentliche Höhe sogar die Parkverwaltung erstaunen müßte.

Gegen den Verband der Fabrikanten von Markenartikeln richtet sich ein Flugblatt, welches die Konsumvereine Berlins und Umgegend sowie der Städte der Provinz Brandenburg an ihre Mitglieder verbreiten. In demselben wird auf das Bestreben des Verbandes der Fabrikanten von Markenartikeln verwiesen, wonach bestimmte Artikel nicht unter einem bestimmten vorgeschriebenen Preis verkauft werden sollen. Um diese Einseitigkeit in der Festsetzung des Preises zu erreichen, muß der Detaillist einen entsprechenden Rebers unterschreiben, laut welchem er sich verpflichtet, den vorgeschriebenen Verkaufspreis innezuhalten. Es wird nun in dem Flugblatt die Befürchtung ausgesprochen — und unserer Ansicht nach mit Recht — daß dieser Verband allmählich eine Monopolstellung schaffen und die Preise diktiert will. Die Leiter der Einkaufsvereinigungen beschließen auf dem Verbandstage in Düsseldorf, den Revers des Verbandes der Fabrikanten von Markenartikeln nicht zu unterschreiben. Dies hatte zur Folge, daß ein Teil dieser Fabrikanten an die Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine ihre Waren nicht mehr liefert. So haben ihre Lieferungen eingestellt die Firma Dahn u. Co. in Bielefeld, Gensel u. Co., Weichsoda, Anorr Pafermehl und Horden, Sunlightseifenfabrik Eimlichstele, Sämling Palmir, Katrieiners Holzsoffenfabriken, Was Doppelstärke, Aufste Kindermehl, Kestle Kindermehl, Rahn Edelweiss, Wampe Dramtwain, Stollwerck Schokoladen und

Glasey Raschlichte. Der Verband von Markenartikel richtet sich nun gleichfalls in einem Flugblatt an das Publikum und setzt näher auseinander, daß er nur zum Schutze des realen Handels gegen Preis-schleudereien, zum Schutze auch des Publikums gegen Schleuderbozars und schleudernde Warenhäuser gegründet sei. Uns scheint, daß die Gründung des Verbandes nicht erfolgt ist, um die Interessen des konsumierenden Publikums, sondern die der Fabrikanten wahrzunehmen. Die Konsumvereine selbst hätten, wenn sich der Kampf gegen den unrecellen Wettbewerb und Schundkonkurrenz richtete, kein Interesse, den Verband an diesem Bestreben zu hindern; indes ist dies sicherlich nur ein Vorwand des Verbandes, dazu bestimmt, sich den Profit auf Kosten des konsumierenden Publikums nicht schmälern zu lassen.

Es werden in dem Flugblatt der Konsumvereine die Mitglieder aufgefordert, die nicht mehr gelieferten Artikel nicht aus anderen Geschäften zu holen, da die Konsumvereine für gleichwertigen Ersatz dieser Artikel Sorge tragen.

Die städtische Schuldeputation macht folgendes bekannt: Die Aufnahme in die städtische Taubstummschule findet anfangs April und Oktober statt. Eltern, Vormünder taubstummer schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder haben Anmeldungen zum bevorstehenden Wintersemester bis spätestens 1. Oktober d. J. beim Direktor Guymann, Markuststraße 49 anzubringen.

Die Grunewaldsfahrten der Omnibusgesellschaft finden von jetzt ab nicht nur Sonntags nach der Krümmen Lanke und der Alten Fischerhütte, sondern auch an Wochentagen nachmittags bei gutem Wetter statt. Die Wagen laufen von der Bälowsstraße durch die Tauenzienstraße, den Kurfürstendamm, die Königsallee usw. und vom Oranienburger Tor durch die Friedrichstraße, Unter den Linden, durch das Brandenburger Tor, die Königgrüßer-, Potsdamer- und Bälowsstraße, über den Rosendorflay, die Kleist- und Tauenzienstraße, den Kurfürstendamm, die Königsallee usw. bis Krümme Lanke und Alte Fischerhütte. Die Wagen fahren ab Bälowsstraße, Ecke Potsdamerstraße, Sonntags von 9 Uhr an alle 20—30 Minuten, wochentags von 2,30 an alle 20—30 Minuten, von dem Oranienburger Tor, Ecke Wasserstraße, ab Sonntags um 8,45, 9,30, 10,15, 11,00, 2,30 und 3,30, wochentags um 2,00, 2,30, 3,05, 3,40 und von Alte Fischerhütte Sonntags von 9,45 bis etwa 11 Uhr abends, wochentags von 3,40 nachm. bis 10 Uhr abends. Die Fahrpreise betragen vom Oranienburger Tor nach der Alten Fischerhütte für Erwachsene 1 M., vom Brandenburger Tor dahin 80 Pf., vom Ringbahnhof Golensee 50 Pf., von der Bälowsstraße 70 Pf., von Golensee 50 Pf.; außerdem auf der Rückfahrt von der Alten Fischerhütte nach Berlin vom Gasthaus Hundebühl nach dem Oranienburger Tor 80 Pf., nach der Bälowsstraße 30 Pf., Kinder zahlen statt 1 M. nur 60 Pf., statt 80 nur 50, statt 70 und 60 bloß 40, statt 50 nur 30 und statt 30 nur 20 Pf.

Ein Gefangener im Kaminofen auf dem Dache. Gestern früh 10 Uhr wurde die Feuerweh von der Turnstraße nach dem Untersuchungsgefängnis in Alt-Moabit gerufen, um einen Gefangenen vom Dache herunter zu holen. Ein 25-jähriger Unterindungsgefingener hatte den Morgenposten dazu benutzt, um in einem günstigen Augenblicke mit affenartiger Geschwindigkeit an einer Dachrinne emporzuklettern und sich auf der Dachfläche des zweistöckigen Gebäudes häuslich niederzulassen. Er spielte dort den Verrückten, entleibete sich vollständig und schnitt allerhand Grimassen. Da die Feuerweh mit der mechanischen Leiter nicht auf den Hof fahren konnte, mußte eine große Stehleiter aus der Anstalt herbeigeschafft werden, auf der der Oberfeuermann Stürze emporstieg, um dem Ausreißer eine Schlinge überzuerwerfen. Vorsichtshalber war auch ein Sprungtuch ausgebreitet worden, um den Furchen, falls er springen sollte, aufzufangen. Dieser suchte aber seinem Verfolger dadurch zu entgehen, daß er auf allen Vieren auf dem schrägen Fiegeldach herumvortigerte. Erst als von der entgegengesetzten Seite ein zweiter Feuerwehmann das Dach erstiegen hatte, konnte der Ausreißer festgemacht werden. Da er kein Entkommen mehr sah, sprang er ins Sprungtuch, wo er unverteilt aufgefangen wurde.

Unter dem Straßenbahnwagen getötet. Hierüber erhalten wir vom Straßenbahnoffizios folgende Mitteilung: Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Mittwoch nachmittags gegen 1/2 Uhr vor dem Hause Kottbuscher Damm 78. Dortselbst spielte der bei seinen Eltern Schönleinstr. 11 wohnhafte fünfjährige Walter Meißner mit einem Ball. Das Spielzeug entglitt seinen Händen, rollte auf den Fahrdamm und zwar zwischen die Straßenbahnschienen, als gerade der Motowagen Nr. 1712 der Linie 68 herannah. Der Kleine versuchte den Ball zu fassen und geriet unter den Straßenbahnwagen; obwohl der Führer desselben die Gefahrrense zur Anwendung brachte, war es jedoch nicht möglich, bei der kurzen Entfernung von kaum einem Meter den Wagen rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Der Knabe kam mit dem Kopf unter den Schugrahmen und wurde festgeklammert. Der Wagon wurde mittels mitgeführter Winden hochgehoben und der Kleine nach kaum drei Minuten noch vor dem Eintreffen der durch Passanten herbeigerufenen Feuerweh befreit. Dem Kinde war der Kopf buchstäblich zernahmt worden, infolgedessen der Tod auf der Stelle eingetreten war.

Nach einer von gerachten Mitteilung eines Augenzeugen soll die Befreiung des Kindes nicht so schnell vor sich gegangen sein. Rabezu eine halbe Stunde soll es gedauert haben, bevor man es hervorgeholt hatte. Wäre es so schnell gegangen, wie der Straßenbahnoffizios mitteilt, so wäre schließlich die Feuerweh nicht durch Passanten herbeigerufen worden. Der Augenzeuge macht bei diesem Vorkommnis auf die im Lokomotivbau zur Anwendung kommenden und in jedem Siglasten unterzubringenden Stodwinden aufmerksam, mittels denen es in kurzer Zeit gelingen soll, den Wagon zu heben.

Ein heftiges Gewitter von längerer Dauer zog gestern nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr von Süden herauf. Starke Niederschläge und stürmisches Wetter waren die Vorboten. Nach dem Gewitter trat eine merkwürdige Abkühlung ein. Verschwunden waren die Staubwolken und die drüdende Schwüle. Innerhalb einer Stunde war das Thermometer um 10 Grad auf 16 Grad gesunken. Der Wind hat mehrmals im Westen, Norden und Osten, ohne indes Schaden anzurichten, Straßenbahnmasten und Bäume gestroffen. Der Fernsprechverkehr war volle zwei Stunden vollständig unterbrochen. Straßenüberschwemmungen gab es wiederum an einigen Stellen, auch einige Keller wurden unter Wasser gesetzt.

Im Gespräch mit den Kollegen vom Tode überrascht wurde am Mittwochabend der Rauerer Briewer auf dem Gesundbrunnen. Er war mit mehreren anderen Maurern, von der Arbeit heimkehrend, durch die Hufstienstraße gegangen und brach an der Ecke der Hermsdorferstraße plötzlich leblos zusammen. Die Arbeitskollegen brachten ihn zu einem Arzt in der Nachbarschaft, der aber nur noch den Tod infolge Herzschlages feststellen konnte.

Nach Unterschlagung von 3000 M. fähig geworden ist der Unghälter Ernst Thimius. Er war in dem Restaurant „Zum Franziskaner“ in der Friedrichstraße angeht.

Ein Automobilunfall ereignete sich gestern mittag am Schloßplatz, Ecke Bräderstraße. Dort wurde ein Passant von einem daherkommenden Auto überfahren. Schwer verletzt wurde der Verunglückte unter den Rädern des Kraftfahrzeuges herbeigezogen und mittels Droschke nach der Unfallstation in der Bräderstraße gebracht.

Die Bewegung zur Herbeiführung des Ahtuhr-Ladenschlusses in Berlin hat bereits wieder eingesetzt. Wie berichtet wird, veranstaltet der Ausschuss vereinigter Geschäftslente und Angestellter zur Herbeiführung des Ahtuhr-Ladenschlusses eine geheime Abstimmung. Das Resultat derselben soll am 1. Oktober dem Polizeipräsidenten übermittel werden.

Im Berliner Aquarium hat jetzt ein neuer Transport fünf Exemplare einer hinterindischen Spezies aus der Gruppe der altweltlichen Riesenschlangen der Stummelschnecke gebracht, und es ist von Interesse zu sehen, wie diese Tiere, trotzdem es Verwandte sind, in der Färbung abändern bezw. nach Licht und ganz dunklen gelben und braunen Tönen wechseln. Alle diese altweltlichen Nissen sind auf der linken Seite der Reptiliengalerie, die neuweltlichen auf der rechten Seite untergebracht. In einem Glashauss unter der ersten fällt dem Besucher eine zum ersten Mal hier gezeigte prächtige grüne Schlange auf, die zur Familie der Rattener und zwar zur Abteilung der Baumchlangen gehört. Das Tier hält sich fast stets auf dem im Käfig stehenden Baum auf. Der Name dieser aus Südwest-Afrika stammenden und zum ersten Mal lebend nach Deutschland gekommenen Spezies ist *Dispholidus typus*. Neben den Häusern der Reptilien sind auch die Behälter der wirbellosen Seetiere vielfältig mit Zuführungen bedacht worden.

Im Sportpark Treptow findet am Sonntag das diesjährige 100 Kilometer-Rennen mit Motorführung statt.

Zu rekonozieren. Am 9. August wurde in Köpenick eine unbekannte weibliche Leiche aus der Spree gefischt. Dieselbe ist etwa 45-50 Jahre alt, hat kurz geschnittenes graumeliertes Haar (Titushopf), karierte Bluse, grauen Rock, schwarze Strümpfe, schwarze Tuschfüße, blauefarbene Schuhe. Trauring ist gezeichnet: W. H. Mitteilungen nimmt jedes Polizeibüro und die Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3/6, II Treppen, Zimmer 824 schriftlich und mündlich zu 8978 IV. S. 07 entgegen.

Im Sportpark Spandau findet am Sonntagmorgen 4 Uhr großes Rennen statt.

Im bakteriologisch-mikroskopischen Laboratorium von Dr. med. E. Engel, Friedrichstr. 125, werden Absonderungen wie Urin, Kautschuk usw. von Unbeteiligten zur mikroskopischen Untersuchung wieder jeden Montag und Donnerstag angenommen.

Feuerwehrbericht. Gestern Abend wurde der 7. Zug nach der Hohagenstr. 17a gerufen, wo ein Pferd in einen Kohlenkeller gestiegen war. Mit vieler Mühe gelang es, den widerwilligen Gaul wieder aus dem Keller herauszuholen. Gleichzeitig wurde der 8. Zug nach dem Rottbuserdamm alarmiert. In der Bohstr. 17 brannten auf einem Neubau Latzen, Fußböden u. a. und in der Poststr. 9 im dritten Stock des rechten Quergebäudes Kortons, Tische u. a. in einem Wollwarenlager. In der Dorothienstr. 25 mündete nachts ein Wohnungsbrand gelöscht werden. Eine Feuerkule an der Ecke der Koppen- und Langestraße alarmierte nachts um 2 Uhr die Feuerwehr. Eine Gaslaterne war dort umgefallen und das ausströmende Gas in Brand geraten. Die Wehr beseitigte die Gefahr.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Wasserklosets und Badeeinrichtungen sind Forderungen der Volkshygiene, die insbesondere für alle städtischen Wohnungen unbedingt erhoben werden müssen. Daß sie noch keineswegs für alle Wohnungen selbst in den modernen Großstädten erfüllt sind, zeigt die neueste Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg über die Ergebnisse der Grundstücksaufnahme am 1. Dezember 1905. Danach gab es in Charlottenburg insgesamt 3098 Grundstücke mit 88 290 Wohnungen. Von den letzteren hatten Wasserflosets 49 398; ohne solche waren noch 8803 — 15 Proz. der Wohnungen. Eigene Badeeinrichtungen hatten 21 588 Wohnungen, das sind 27 Proz. Mehr als $\frac{1}{2}$ der Wohnungen hatten noch keine eigene Badeeinrichtung. Das waren natürlich die billigeren, von Arbeiterfamilien bewohnten Wohnungen. Gerade für die mit schwerer Körperlicher und schmutziger Arbeit Beschäftigten ist aber eine Badegelegenheit in der Wohnung von größter Wichtigkeit zur Erhaltung von Gesundheit und Wohlbefinden. Ihre Einrichtung sollte zu einer allgemeinen baupolizeilichen Vorschrift erhoben werden.

Der Charlottenburger Magistrat teilt mit: Gelegentlich der bevorstehenden Herbstversammlungen in den Schulen dürfte es weitere Kreise interessieren, daß sich die Zweigstelle des städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg, Wittenbergplatz 4, auch mit dem Nachweis von weiblichen Lehrkräften für Nachhilfsunterricht befaßt; außerdem sind englische, französische und italienische Sprachlehrerinnen, sowie Musik-, Plai-, Turn- und Handarbeitslehrerinnen in größerer Anzahl vorgemerkt. Die Vermittlung ist für beide Teile kostenlos.

Friedenau.

Ein schwerer Baunfall hat sich vorgestern auf dem Neubau an der Ecke der Kaiserallee und Rheinstraße zugetragen. Der 43jährige Maurer Jatrojinski aus der Emdenerstr. 23 war in der vierten Etage dabei beschäftigt gewesen, Mauersteine anzulegen. Beim Vorbeugen verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stolperte stürzte er in die Tiefe. In bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte in das Auguste Victoria-Krankenhaus eingeliefert.

Wahlfeld a. d. Ostbahn.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Sonnabend nahm ein interessantes und ausführliches Referat des Genossen Spickermann über: „Was haben die Arbeiter von dem neuen Reichstage zu erwarten?“ entgegen. Eine Diskussion schloß sich an den besäuglich aufgenommenen Vortrag nicht. — Hierauf gab Genosse Schmidt den Bericht von der letzten Kreis-Generalversammlung. Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß die Frage der Herabsetzung des Abonnementpreises und Einführung des Wochenabonnements am „Vorwärts“ vom Parteitag gelöst werden wird, jedoch wahrscheinlich eine Änderung in den bestehenden Verhältnissen nicht eintrifft werde, da sich namentlich die Expeditionen und die Preschkommission unter Anführung maßgebender Gründe dagegen wenden. — In die Lokalkommission wurde Genosse Raffute gewählt. — Ferner wurde beschlossen, gegen das Mitglied Tischler Holle das Ausschlussverfahren einzuleiten. — Eine längere Debatte entspann sich darüber, wie in Kaulsdorf in Zukunft die Agitation zu fördern sei; hierzu wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß am Mittwoch, den 14. August, in Kaulsdorf ein Wahlabend abgehalten wird, zu dem alle Genossen per Karte eingeladen werden. — Zum Schluß wurde noch bemängelt, daß leider noch so viele Arbeiter, auch organisierte Genossen, in den gesperrten Lokalen verkehren; des Weiteren auf das am 25. August bei Schließe stattfindende Stiftungsfest hingewiesen und um rege Beteiligung ersucht.

Wilhelmsruh-Rosenthal-Nordend.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Vergabe der Mauer- und Zementarbeiten für den Schulhausbau. Die Arbeiten wurden der Firma E. Köhmofer mit 50 080 R. übertragen, es soll sofort mit den Arbeiten begonnen werden. Der Unternehmer verpflichtet sich, für jeden Tag 80 R. Konventionalstrafe zu zahlen, sobald der im Vertrag festgesetzte Termin nicht eingehalten wird. Die Einlieferung wurde der Firma Vein in Goldham für 22 400 R. übertragen. Genosse Haschek stellte den Antrag, eine Schulbaukommission zu wählen und schlägt drei am Ort wohnende Fachleute vor. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Gemeindevertreter Dr. Oestreicher be-

antragte, die Begehrkommission dafür zu bestimmen, welcher Antrag gegen zwei Stimmen angenommen wurde. Die Kanalisationsarbeiten haben bereits begonnen, es wird vorläufig Wilhelmruh und Nordend angeschlossen, für Rosenthal soll ein neues Projekt ausgearbeitet werden. Die Kanalisationsgebühren werden in drei Raten eingezogen. Für die Kanalisation wurde die Aufnahme einer Anleihe von 235 000 R., welchen Betrag die gräflich Jebische Verwaltung vorzustrecken sich bereit erklärt hat, beschlossen. Dieselbe soll mit $\frac{3}{4}$ Proz. verzinst und mit 2 Proz. amortisiert werden. Des Weiteren wurde beschlossen, dem Verkehrsverband Groß-Berlin beizutreten und das Statut zu genehmigen. Entgegen dem Beschluß der Vertretung, die neu zu pflasternden Straßen mit Reihenstein zu versehen, regte der Gemeindevorsteher Schmidt an, dieselben mit billigerem Pflaster pflastern zu lassen. Gemeindevertreter Dr. Oestreicher beantragte, da die Gemeindevertretung nicht beschließbar sei, eine diesbezügliche Änderung des Ortstatuts zu vertagen. Die Vertretung beschloß einstimmig demgemäß.

Reinickendorf.

Das Anhängen der Kinder an Fußwerk hat wieder zu einem bedauerlichen Unglücksfall geführt. Der neunjährige Schüler Robert W. hatte sich in der Provinzstraße an einem Wagen angeklammert und ließ sich eine Straße mitschleifen. Als der Anabe sich löste, geriet er unter eine vorbeifahrende Droschke und wurde überfahren. An beiden Beinen schwer verletzt, wurde der Junge nach einem Krankenhause übergeführt.

Gerichts-Zeitung.

Die „besonders nützlichen Elemente“.

Bei Ausübung ihres Amtes als Streifposten während der Holzarbeiterausperrung in diesem Frühjahr sollten sich der Drechsler Weber und der Tischler Pöhle gemeinschaftlich gegen nicht weniger als sieben Paragraphe des Strafgesetzbuches, sowie gegen die §§ 152, 153 der Gewerbeordnung vergangen haben. Sie standen deswegen vor dem Schöffengericht in Alt-Koabit. Als Belastungszeugen wurden der „Tischler“ Ernst Schulz, sowie der „Tischler“ und „Reiniger“ Max Schmidt vernommen, hie beide feinerzeit als sogenannte Arbeitswillige tätig gewesen waren. Es waren offenbar Arbeitswillige, um die man das Unternehmertum nicht zu beneiden braucht. Der Zeuge Schmidt wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt, die über ihn verhängt wurde, weil er sich der Deltareis schuldig gemacht haben soll, und der Zeuge Schulz mußte in der Verhandlung zugeben, daß er nach Aufhebung der Aussperrung nicht etwa auf Drängen der wieder eingestellten Aussperrten, sondern wegen mangelhafter Arbeitsleistung entlassen worden war. Die Angeklagten sollten den Schulz durch Ausdrücke wie „Streifbrot“ und den unter organisierten Arbeitern wohl kaum üblichen „Fühbudenlube“ öffentlich beleidigt haben. Außerdem wurde ihnen vorgeworfen, daß sie durch Drohungen, Ehrverletzung und Verurteilung versucht hätten, die beiden Zeugen von der Arbeit abzuhalten. Sie sollten Worte gebraucht haben wie: „Wir werden dich raubbringen“, und „Wir werden dich von einer Werkstatt zur anderen hegen, daß Du aus Berlin hinaus mußt“. Die Angeklagten bestritten entschieden, dergleichen Redensarten und Schimpfworte gebraucht zu haben, aber die Zeugen hatten es unter ihrem Eide ausgesagt und blieben dabei. Abtrübselt gab der Zeuge Schulz zu, daß er, als er von den Angeklagten angeprochen wurde, gesagt hatte: „Ich will nicht arbeiten; ich will bloß mal in die Fühbuden gehen“, und der Zeuge Schmidt gab zu, gesagt zu haben: „Hätte ich gewußt, daß getreilt wird, so hätte ich nicht angefangen. Ich werde mir die Sache überlegen.“ Der eine Arbeitswillige hatte also die Streifposten zu täuschen gesucht, der andere ihnen Hoffnung gemacht, daß er sich doch den ausgesperrten Tischlern anschließen werde. Die Angeklagten hatten, ihrer eigenen Aussage nach, die Arbeitswilligen nur ruhig und sachlich, ohne Drohungen oder Schimpfworte zu gebrauchen, an ihre Solidaritätsgefühl erinnert.

Der Staatsanwalt schenkte jedoch den Belastungszeugen mehr Glauben und beantragte gegen Weber 4 Tage, gegen Pöhle 3 Tage Gefängnis. Der Verteidiger führte aus, daß wenn das Gericht die Angeklagten für schuldig erachtete, eine Geldstrafe von 10 bis 15 R. wohl eine ausreichende Strafe sei. Bei der Tatsache, daß es sich nicht um einen vom Jaun gebrochenen Streik, sondern um eine Aussperrung handelte, konnte der § 153 der Gewerbeordnung gar nicht in Betracht. Zudem sei festgestellt, daß der Zeuge Schulz nicht etwa infolge von Drohung oder Verurteilung entlassen wurde, sondern weil seine Arbeit der Firma Sinius nicht genügte.

Das Gericht sprach den Angeklagten Weber für schuldig des Streikvergehens in zwei Fällen und verurteilte ihn zu 5 Tagen Gefängnis. Den Angeklagten Pöhle verurteilte das Gericht wegen Verleumdung zu 30 R. Geldstrafe. Wie sind neugierig, ob sich dies Urteil gegenüber der Tatsache aufrecht erhalten läßt, daß die Holzarbeiter ausgesperrt waren und bereit waren, die Arbeit jederzeit zu den alten Bedingungen, allerdings dann ohne Vertrag, aufzunehmen.

Wegen des richtigen Ausdrucks bestraft!

Einen bemerkenswerten Einblick in die Geschäftspraktiken eines Möbelgeschäfts gestattete eine Verhandlung, die gestern vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Wegen Unterschlagung und Verleumdung war die Wirtschaftlerin Emilie Rath angeklagt. — Die bisher unbescholtene Angeklagte war als Verkäuferin in der Filiale eines Möbelhändlers S. in der Feinengasse angestellt gewesen und erhielt außer ihrem Gehalt noch eine größere Provision. Zwischen der Angeschuldigten und ihrem Chef kam es im März dieses Jahres zu Differenzen. Bei diesem Anlaß warf sie dem Möbelhändler vor, daß sein Geschäft ein Schwindelgeschäft ersten Ranges sei. Gegen die Angeklagten wurde später eine Anzeige wegen Unterschlagung von kleinen Summen im Wertbetrage von 11 R. erstattet, die sie sich angeblich von Auszahlungen zweier Kunden angeeignet haben sollte. Wegen dieser Unterschlagung und der Verleumdung wurde die S. vom Schöffengericht zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legte sie Berufung ein, so daß sich die Strafkammer nochmals mit dieser Angelegenheit beschäftigen mußte. In der Berufungsinstanz machte die Angeklagte recht interessante Angaben darüber, weshalb sie das S. Möbelgeschäft als Schwindel bezeichnet habe. Sie sei von S. veranlaßt worden, ein Interat aufzugeben, nach welchem angeblich eine junge Frau in drückendster Notlage ihre gesamte Wohnungseinrichtung verkaufen wollte. Der Möbelhändler selbst habe ihr eine Wohnung gemietet und dies mit alten Möbeln ausgestattet. Sobald Kauflustige kamen, mußte sie der Weisung ihres Chefs gemäß eine tüchtige Geschichte von ihrem mit einer Verleumdung durchgebrannten ungetreuen Gatten erzählen, der sie in schimmelter Notlage zurückgelassen habe, so daß sie nun, um ihren Dungen still zu können, die gesamte Wohnungseinrichtung verkaufen müsse. Sobald die Möbel verkauft gewesen seien, habe S. sofort andere Möbel in die Wohnung gestellt und in gleicher Weise inseriert. Der von Reichsamm. Dr. Werthauer nach dieser Richtung hin angetretene Beweis ergab, daß tatsächlich in dem S. Geschäft in dieser Weise manipuliert wurde, so daß selbst von Seiten des Vorsitzenden erklärt wurde, er wählte auch keine andere Bezeichnung als das Wort „Schwindel“ oder „unlauterer Wettbewerb“. — Die Strafkammer hielt die Unterschlagung nicht für erwiesen und erkannte deshalb auf Freisprechung. Wegen der Verleumdung sei allerdings erwiesen, daß die Angeklagte das allein richtige Wort für derartige Geschäftspraktiken gebraucht habe. Dadurch, daß sie dies aber in Gegenwart von Kunden öffentlich getan habe, lasse sich aber eine beleidigende Absicht erkennen. In Anbetracht der ganzen Sachlage hielt das Gericht jedoch die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von drei Mark für eine ausreichende Sühne.

Wieder ein Urteil, das nicht einmal Juristen, geschweige denn sogenannte Laien verstehen werden. Wenn die Angeklagte, um Auszubildungen gegen die eigene Person abzuwehren, dem Verleibiger das allein richtige Wort „Schwindel“ zuruft, handelt sie doch auch formal juristisch in Wahrung berechtigter Interessen.

„Der süße Heini“.

Ein Dursche, der längere Zeit in allen möglichen Verleumdungen den Tiergarten unsicher gemacht hatte, wurde gestern in der Person des 21-jährigen „Arbeiders“ Heinrich Schichau dem Strafrichter vorgeführt, um sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Verleumdung zu verantworten. Der Angeklagte gehört zu jener Sorte von Menschen, die ihr Lebtage seine ehrliche Arbeit kennen gelernt haben, sondern aus dem niedrigsten Kaster der Großstadt, welches sich immer mehr breit macht, ihren Lebensunterhalt beziehen. Der Angeschuldigte, welcher in gewissen „besseren“ perwers veranlagten Kreisen den Spitznamen „Der süße Heini“ trägt, ist wiederholt wegen Vergehens gegen den § 175 und wegen versuchter Erpressung verurteilt. Wegen seiner Verurteilung ist S. auch von der Polizeibehörde aus Berlin ausgewiesen worden. Trotzdem ging er nach wie vor seinem lichtscheuen Treiben im Tiergarten nach. Der Kriminalpolizei bereitete er große Schwierigkeiten dadurch, daß er alle möglichen Verleumdungen anlegte. Vielfach ging der gefährliche Patron auch in eleganter *Fr a u e n l e i d u n g* nach auf den Gang. Am 28. Juni d. J. in später Abendstunde beobachtete der Kriminalschuppmann von Schwiechow den Angeklagten in der Nähe des Brandenburger Tor. Als S. den ihm schon von früher her bekannten Beamten erblickte, ergriff er die Flucht. Es entwickelte sich eine wilde Hetzjagd quer durch die Anlagen, bis es schließlich gelang, den Flüchtling einzufangen. Der Angeklagte wußte anscheinend was ihm bevorstand und warf sich sofort auf den Schuppmann, so daß sich beide in wütendem Handgemenge auf dem Boden wälzten. Mit knapper Not konnte der Kriminalbeamte dem gefährlichen Durschen ein dolchartiges Messer entreißen. Erst als verschiedene Zivilpersonen hinzueilten, gelang es, den Angeklagten zu überwältigen und zu fesseln. Auf dem Transport zur Wache äußerte er noch, er würde, sobald er wieder aus dem „Kittchen“ sei, sämtlichen „Blauen“ im Tiergarten den Bauch aufschlitzen. Es besteht gegen den Angeklagten auch noch der Verdacht, daß er sich unter der Wäsche eines Kriminalbeamten an allzu gärtliche Liebesbächen im Tiergarten herangebrängt und gegen diese Erpressungen verübt hat. Der Staatsanwalt hielt mit Rücksicht auf die überaus große Gemeingefährlichkeit des Angeklagten eine empfindliche Strafe für angebracht und beantragte deshalb eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Das Gericht verurteilte S. zu drei Monaten Gefängnis.

Vermischtes.

Großfeuer in Bremen. In der gestrigen Nacht, ungefähr um 2 Uhr, kam im größten Vergnügungstabilissement des bremischen Bürgerparkes, im Parkhaus, ein großer Brand zum Ausbruch. Der Brand ist bei dem Feuerwerk, welches vorgestern aus Anlaß einer Ruffaufführung abgebrannt wurde, entstanden. Dabei muß ein Junke auf das Dach geflogen sein, wodurch später der Brand entstand. Die Kuppel und drei der Nebentürme sind abgebrannt und die Brandtrümmer in das Innere des Saales gestürzt, der bis auf die Umfassungsmauern ausgebrannt ist. Die beiden Seitenflügel des Hauses sind unverleht geblieben.

Grubenbrand. In den Schächten Huel, Vitum und im Agnetenschacht wütele, wie von *V o r t s i a w* gemeldet wird, gestern ein großer Brand. Sämtliche Bohrtrümmer, Oelreservoirs, Maschinen und Werkzeuge sind vernichtet, der Bohmeister des ersten genannten Schachtes wurde als verkohlte Leiche hervorgezogen, während zwei seiner Gehälfen schwere Brandwunden erlitten.

Ein Gelehrter als Raubmörder. Auf dem Bahnhof Mittelgrund bei Teichheim wurde nach einer Meldung aus Wien der Realchulprofessor Drost aus Wallachisch-Weertisch unter dem Verdachte verhaftet, am 6. August die Verkäuferin Dora Rose in Hannover ermordet und beraubt zu haben.

Bei der Hochzeitfeier erschossen wurde am Dienstagabend in Bürgerfelde bei Odenburg der junge Ehemann. Derselbe war mit dem Bruder seiner jungen Frau in Streit geraten. Die Hochzeitsgäste vermittelten den Streit nicht zu schlichten; vor der Tür des Raumes, in dem die Feier stattfand, wurde der junge Mann von seinem Gegner so zugerichtet, daß er bereits auf dem Wege nach dem Krankenhaus verstarb.

Ein Hebesall. Wie die „Wesfauener Zeitung“ aus Jhrzge meldet, drangen 11 Arbeiter aus Paulsdorf, Vielschowitz und Jaborze auf Dominium Neurode in ein Familienhaus des Dominiums ein und überfielen die dort beschäftigten ruhmischen Arbeiter. Sie bedrohten sie mit dem Tode, zertrümmerten die Wohnungseinrichtung und verletzten die Arbeiter mit Dunggabeln schwer. Drei Räubelführer wurden verhaftet.

Die Cholera in Rußland. In Astrachan ereigneten sich sieben Cholerafälle, in der Nähe von Astrachan 5, einer in Eskram und einer in einem Eisenbahnzuge nach Kossau. In Petersburg kam ein verdächtiger Todesfall vor.

Versunkene Insel. Wie der „Frankfurter Zeitung“ über Kau Hork aus Honolulu gemeldet wird, hat ein Schoner vergeblich 12 Tage lang nach der von einer Anzahl Japaner bewohnten Insel Haulan (Hawailarchipel) gesucht. Man befürchtet, daß die Insel infolge eines Erdbebens versunken ist.

Die Sozialdemokratie ist schuld. Vor dem Landgericht in Wahrenz hatte sich ein Mitglied des Kriegervereins wegen eines ganz gemeinen Schwindels zu verantworten; er hatte der Witwe eines Kameraden statt 150 R. Sterbegeld nur 125 R. ausbezahlt, die Witwe aber eine Quittung über 150 R. unterschreiben lassen. Statt sich über seinen Schwindel zu ähnen, begann der Kasper im Gerichtssaal eine Rede gegen die Sozialdemokratie zu halten und er mußte sich dann vom Vorsitzenden sagen lassen, daß gegenwärtig nicht die Sozialdemokratie, sondern er wegen seiner Lumperei auf der Anklagebank sitze. Der gute Patriot konnte schließlich gar nicht fassen, daß man ihn verurteilen konnte.

Die Konfession im Lichte der Kriminalstatistik. Gegenüber der von Vertretern der „alleinigmachenden“ Kirche beliebten Behauptung, daß der wahre Glaube allein die Menschen gut mache und ihre Sitten mildere, sind folgende Zahlen aus der Reichsstatistik interessant: Auf 1 000 000 strafmündige Zivilpersonen gleicher Konfession kamen im Durchschnitt der Jahre 1892-1901 Verurteilungen:

Verbrechen und Verbrechen gegen gefährliche	gegen überhaupt	die Verurteilung	Körperverletzung
Katholiken	1361	634	314,1
Protestanten	1122	481	185,5
Juden	1030	382	75,3

Sehr lehrreich ist auch eine Gegenüberstellung der Kriminalstatistischen Zahlen für das überwiegend katholische Bayern und das fast durchweg protestantische Sachsen. Auf die nach der Zählung vom 1. Dezember 1905 festgestellten 6 024 872 Einwohner Bayerns entfielen 1906 insgesamt 68 275 Verurteilungen und Vergehen gegen die Reichsgesetze; auf die 4 808 001 Einwohner des Königreichs Sachsen nur 30 882. Das heißt Sachsen mit über $\frac{1}{2}$ der Einwohnerzahl Bayerns hatte nicht halb so viel Verbrechen aufzuweisen als dieses.

Es wäre nun unseres Erachtens verfehlt, die hohe Kriminalität Bayerns lediglich in der Vorherrschaft der katholischen Kirche zu suchen. Zweifellos trägt der relative Tiefstand der geistigen Kultur, der durch die schulförmliche ultramontane

Amerisi konfiziert wird, einen Hauptteil der Schuld. Daneben spielt aber auch die verschiedene psychologische Veranlagung der Volkstämme mit hinein. Und außerdem sind wirtschaftliche Momente dabei mit in Betracht zu ziehen. Das eine aber geht aus den gegebenen Zahlen jedenfalls hervor: mit der beiderseitigen Bekämpfung der Menschen vor Abwegen durch den alleinseligmachenden Glauben ist eitel Schwindel.

Gegen den Opiumgenuss, das Rationallaster der Chinesen, wird in China eine stetig wachsende Agitation entfaltet. In Kanton sind vorige Woche alle Opiumhöhlen geschlossen worden, was allgemein mit Freuden begrüßt wurde. Zur Feier dieses Tages wurde ein Festzug durch die Stadt veranstaltet und die Häuser geflaggt. An der Spitze der Bewegung gegen das Opium steht ein junger Mandarin mit Namen Lin, der Urenkel des kaiserlichen Kommissars Lin, der 1839 veranlaßt hatte, daß 2000 Pakete Opium, die englischen Kaufleuten gehörten, vernichtet wurden, was einen Anlaß zu dem Opiumkrieg gab. Damals wurde den Chinesen das Opium durch die Engländer ausgeführt.

Eingegangene Druckschriften.

Neue Gesellschaft. Heft 5. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Alf. Braun. Verlag Berlin NW. 6, Charlottstr. 3.
Karl Vöhrter. Germania im Ausland. Preis 1,20. März. Thüringer Verlagshaus, B. Rena.
Zoppe Bogatina von Minot. Beiträge zur russischen Geschichte 1816-1825 (Delafestationsaufstand). Buchdruckerei Kutschhauer u. Ludwig, Bern.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskassette Verkaufsbüro, Durchgang nach Vorderstr. 101), wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gestattet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer in ein Buchstabe und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bitte Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. S. 86. Barlieren, Variation, Varietät stammen alle von der gleichen lateinischen Wurzel, die verändern bedeutet. — Hans 81. 1. 2. und 6. Alle Anfragen in bezug auf Stenographie sind zu richten an das stenographische Bureau des preussischen Abgeordnetenhauses. 3. Rein. 4. Rein. 5. Der Revers ist verbindlich. — H. G. 81. Von Marx-Studien ist schon Band II, Bauer, Rationalitätenfrage, erschienen. Preis 8,40 M. Dann empfehlen wir Ihnen Knauts, Marx' ökonomische Lehren. Preis 2 M. Wegen des Anstieges wollen Sie sich an U. direkt wenden. — H. S. 21. Wilhelmstr. 32. — G. P. 87. Das Referat am Kaiserhof Alexanderplatz dürfte Ihnen zusagen. — H. B. in G. Rein. 2. ist nicht am Ende. — W. S. 100. Nach Wahl Charlottenburg oder Berlin. — Bettende 9999. Das Kommando eines Jägerbataillons wird Ihnen zukommen. — H. W. 81. Wir haben vor dergleichen Reisen immer gewarnt. — H. S. 100. Rein. — S. S. 100. Rein. Sie können nicht zugleich in zwei organisierten (Zwang-) Krankenkassen sein. — J. R. 28. Nr. 107 vom 9. Mai 1907 des „Vorwärts“. — Hans 5. Alle Verträge bezüglich, ganz unbekannt. — G. S. 10. Sie dürfen das Verbot mit dem bezeichneten Inhalt ausüben. — R. S. 34. Sie sind im Recht. Nehmen Sie eine neue Stellung. Wenn Sie Ihr Dienstbuch noch nicht zurück haben, gehen Sie zur Polizei und lassen den Reklamatur zum Schlichtertermin laden. — C. 2. Der Kontrakt ist nicht rückgängig. — H. S. 10. Restkosten vorläufig in zwei Jahren, aber erst vom 31. Dezember des Jahres an gerechnet, in dem die ursprüngliche Fälligkeit erfolgte. — C. S. 2. — Straße. Wenn die Frau so krank war, daß der Mann sie besorgen mußte, so ist es kein Entlassungsgrund. Der Witte nicht direkt nötig, so ist die Entlassung gerechtfertigt, falls nicht der Geschäftsherr an Telefon mit dem Fortbleiben einverstanden war. — C. C. 31. Sagen, die Ihre Frau in die Ehe gebracht hat, dürfen wegen Ihrer Schulden nicht gepfändet werden. Gehalt dies doch, so kann Ihre Frau auf Freigabe klagen. Die Klagekosten trägt die pfändende Behörde. — H. S. 43. Sie müssen sich für 80 Pf. auf dem Standesamt, wo Ihr Kind mit dem Namen Kurt A. B. eingetragen ist, eine Abschrift der Legitimationsurkunde geben lassen. Ob die Schule das Stammbuch als Legitimation gelten läßt, wissen wir nicht. Sie können es jedenfalls probieren. — W. S. 4. 1. Der preussische Justizminister und der König von Preußen. 2. Wenn die 1/2 Studien nicht in bösscher Mäßigkeit fortgenommen wurden, können Sie keine Entlassung fordern. — Sozi 13. Das Bild ist zu Recht gepfändet. Wenn der gepfändete Spiegel Ihr einziger Spiegel ist, können Sie sich gemäß § 766 der Vollstreckungsordnung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, beschweren. — W. S. 9. Von der Zurücknahme der Verurteilung braucht keine Mitteilung an die Angeklagten zu erfolgen. Ohne besondere Einstellung des Verfahrens wird das Schöffengerichtsurteil von selbst rechtskräftig, sowie der Urteilsantrag die Verurteilung zurücknimmt; selbst wenn Strafe und Kosten noch nicht bezahlt sind. Klagen Sie scharfhalter beim Amtsgericht einzulegen, an ob das Schöffengerichtsurteil rechtskräftig ist. — C. W. 12. Sie müssen zum Termin vor das Amtsgericht laden. Wehen Sie auf die Anmeldebüro des Amtsgerichts Mitte, Neue Friedrichstraße, und tragen Sie Ihre Bitte vor. — C. S. 2. Reichsbergerstraße. 1. Fülle. 2. Unterliegt der Vereinbarung mit dem Kavalier; ungefahr dreißig Mark. — Dittenstraße. Da, wenn Ihre Frau in einer katholischen Gemeinde eingepfarrt ist. — C. S. 2. Rein. 1. Ja. 2. Ja. — P. S. 32. 1. 72. Sie können wegen Verleumdung klagen, auch wegen Sachbeschädigung und groben Unfugs bei der Polizei Strafantrag stellen. — C. Rein. — R. G. 1903. 1. Der Anrufer auf Klageverzicht verfährt in einem Jahr von Eingebung der Ehe an. 2. Unterbrechung ist nur im Falle des § 203 des Bürgerlichen Gesetzbuchs möglich: a) Lebensnachsicht, b) Wiedehmung,

c) sonstiges Verbrechen oder schweres Vergehen, d) Verletzung der Unterhaltspflicht, e) eheliche oder uneheliche Lebensnachsicht. — P. 105. Rein. — H. W. 100. An das österreichisch-ungarische Konsulat, Schönberger Ufer 40. — Recht 3500. Räumliche Abrede wurde getroffen. Der Grundbuchhalter bleibt aber halbiert. — Paas, Prinzessinnenstr. 16. Wenn die Kündigung im Nachtrag nicht angeschlossen ist, mußte am 1. April zum 1. Oktober gefündigt werden, sonst läuft die Pacht ein Jahr weiter. Ist gefündigt, so müssen Sie am 1. Oktober räumen ohne Entschädigung. — Rechts streitende Genossen. Rein. — P. S. 709. Milow. Ja. — Anton 20. 1. Wenn Sie mindestens ein Jahr bei der Firma arbeiten, können Sie während der Übung Gehalt verlangen. 2. Ja. 3. Von der Firma bekommen Frau und Kind nichts. — H. 18. Hier. 1. Wir haben immer gewarnt. 2. Wenden Sie sich direkt an den betreffenden Verein. — P. S. 29. 1. 3. 4. u. 5. Keiner der bestehenden Religionsgemeinschaften angehört. 2. Mitglied einer der „Freireligiösen Gemeinden“. — H. 200. 2. Verleumdung und Verleumdung für das Brenneisengewerbe, Berlin N., Seestraße — H. 500. Mit 20 Jahren. Ohne Einfluß. — T. 136. Wenden Sie sich zunächst an den Arzt der zuständigen Krankenkasse, dann an die Landesberufung. — G. W. 81. Uns nicht bekannt. Berliner Adressbuch. — G. W. 81. Preis und Rechnung mußten bei Empfang beachtet werden. Eine Anzeige hatten wir für zwecklos. — G. S. 77. Auch die mündliche Einigung gilt, wenn sie nicht von Ihnen angenommen wird, als Kündigung. Räumlich dürfen Sie erst vom Ende des Mietkontraktes ab gefündigt werden. — Harzerstr. 87. Sie müssen die 1,50 M. zahlen. — Unwissend. 1. Ja. 2. Die Gemeinde kann verlangen, Ertrag der Karotten von Ihnen zu verlangen. Doch haben Sie nichts zu fürchten, wenn Sie Ihre Einkommen für sich und Ihre Familie nötig selbst brauchen. 3. Ja. — H. S. 9. 1. Wenden Sie sich an den Armenratgeber wegen Armenrat. Damit gehen Sie zur Anmeldebüro beim Amtsgericht Mitte, Neue Friedrichstraße. 2. Rentzahl 20 bis 30 M. — Strafsache 3000. Sie müssen zahlen, sonst wird die Geldstrafe in Gefängnisstrafe verwandelt. Wegen der 15 M. Kosten kann nur gepfändet, nicht in Gefängnisstrafe umgewandelt werden. — G. 15. Vom Gericht; wenn es Ihnen zu lange dauert, machen Sie auf der Gerichtsschreiberei eine Eingabe. — W. 9. Ja. — W. 600. Es kommt darauf an, wie lange Sie dort schon in Stellung sind. Wenn mindestens ein Jahr, haben Sie Anspruch auf Gehalt während der Übung. — G. S. 57. 1. Wenn das Kind volljährig ist und den Pflichten verliert, muß er schon beim Tode des einen Elternteil gegeben werden; sechs Wochen sind aber Frist. 2. Die Hälfte des Nachlasses des verstorbenen Elternteils. 3. Wenn das Testament vor dem 1. Januar 1900 gemacht ist, kann das Kind den Pflichten nicht verweigern. — G. S. 5. Beantworte Sie. Sie von der Bekämpfung mit Rücksicht auf Ihre Gewerbe zu befragen. Gewerkschaften können Sie bei unentschiedenem Verbleiben eine Vollstreckung. — P. S. 48. 1. Ja. 2. Ja. 3. Sie müssen zu der vertraglichen Kündigung nicht binden. 4. Im Kontrakt wird wohl Kündigung durch eingeschriebenen Brief vorgeschrieben sein. — P. G. 99. Die Türschlüssel gehört nicht zur Wohnung. Wenn die Dede aber sechs Jahre lang brauchen lag, dürfen Sie sie auch weiter brauchen lassen. — R. S. 1. Bevor die Freiheitsstrafe vollzogen wird, muß das Gericht Mitteilung der Geldstrafe veranlassen. Wenn diese Mitteilung fruchtlos ist, wird natürlich die Freiheitsstrafe erst recht fruchtlos sein. Wenn also die Freiheitsstrafe verurteilt wird, brauchen Sie zunächst keine Kosten zu zahlen, ohne daß aber Ihre Pflicht zur Zahlung aufgehoben wird. — Otto Schäfer, Rab. Wierhausen. Ja. — R. S. 64. Ja. Eine behördliche Erlaubnis darf überhaupt keine öffentliche Auspielung stattfinden. Wenn die Waise nur an Vereinsmitglieder verkauft werden, bedarf es keiner Anmeldung. — Neubrandenburg. 1. Doppelbesteuerung ist unzulässig. 2. Sie müssen sich in Neubrandenburg polizeilich anmelden. 3. Beantworte Sie bei der Bürgermeisterei, die Steuern von Berlin nach R. Herstellen zu lassen. — W. S. 160. 1. Sie hatten für die Septembermiete. 2. Wenn die Möbel Ihrer Frau wirklich, das heißt nicht nur zum Schein, gehören, kann Ihre Frau jederzeit mit den Möbeln gehen und Sie dürfen beim Umzug helfen. — H. W. 765. 1. und 2. Ja. 3. Rein. — P. S. 6. Sie können das Pfändungsrecht Ihrer Mutter zwar testamentarisch ausschließen; jedoch kann Ihre Mutter dagegen auf Auszahlung des Pfändungsbetrags (ein Viertel Ihres Nachlasses) klagen, wenn Sie sterben. Ihre Frau kann dagegen aber für Wohnung und Bekleidung wegen der 2 Jahre aufrechnen. — P. S. 100. Das Kind hat nur ein Erbrecht auf die Erbschaft der Mutter, nicht auch auf Ihren Teil der Erbschaft. Neben dem Kind erben Sie ein Viertel der Erbschaft der Frau. — H. S. 99. Die Eltern können nach § 18 des Fürsorgeerziehungsgesetzes bei dem die Fürsorgeerziehung beantragenden Kommunalverband die Aufhebung der Fürsorgeerziehung beantragen. Gegen den etwa abgrenzenden Bescheid können Sie das Vormundschaftsgericht (Amtsgericht) anrufen. Bei dem Kommunalverband vertritt, richtet sich nach dem in jedem Kommunalverband beschriebenen Reglement. Klagen Sie auf dem Polizeibureau oder auf der Bürgermeisterei. — 106. G. 1. Nur, wenn Sie das Kind nicht genügend beschäftigt haben. 2. Ja. 3. Beide können klagen. 4. Rein. 5. Rein. — W. S. 69. 1. Bei der Polizei Ihres Wohnorts. 2. Ja. 3. Rein; nur bei Einkommenssteuer.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthaus-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70-72 dr. 100 Pfd., Ia 64-66, IIIa 50-60, Bullenfleisch Ia 65-70, Ia 53-62, Rühke, fett 52-60, do. mager 40-50, Pfeffer 56-64, Pfeffer, klein 52-60, do. hell, 0,00, Rindfleisch, Doppelender 100-120, Rindfleisch Ia 75-85, Ia 68-74, Halber ger. gen. 47-50, do. hell 0,00, do. 0,00, Gummelfleisch Rindfleisch 80-82, Hammel Ia 75-79, IIa 69-74, Schote 66-68, Schweinefleisch 64-69, Kehdoh Ia per Hund 0,60-0,75, IIa 0,30-0,50, Rindfleisch Ia 0,40-0,61, do. IIa 0,25, Damprisch 0,45-0,58, Wildschwein 0,30-0,40, Kaninchen per Stück 0,90, do. australische 0,00, Wildenten per Stück 0,45-1,50, Amdenten per Stück 0,65, Gähner, alte, per Stück 1,40-2,40, IIa 0,70-1,30, do. junge 0,40-1,30, Tauben 0,20-0,50, italienische 0,00, Ansen per Stück 1,00-2,00, do. Hamburger per Stück 2,30-2,90, Gänse per Hund 0,50-0,60, do. per Stück 2,00-4,00, do. Hamb. per Pfd. 0,75-0,80, per Stück 0,60, do. Oberbruder per Pfd. 0,90, Boniten per Stück 0,80-1,10, Glatensdühner 0,00, Quacke per 100 Hund 112-113, do. matt 100-108, do. mittel

und groß 101-110, do. klein 127-130, Bander, mittel 0,00, do. matt 0,00, Schaf, mittel 0,00, do. groß u. mittel 118-130, do. 134-160, Kule, groß 90, do. klein und mittel 88-92, mittel 91-96, do. unsortiert 0,00, do. groß-mittel 90-93, do. klein 73, Wölfe, matt 0,00, 64-90, Barke 0,00, dito matt 0,00, dito klein 0,00, Karaulen 91-100, do. klein 0,00, Weißgäse 0,00, Weiss 0,00, Waid 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa 60, Seelachs 10-20, Hühner, Hühler, Störche Ia 2-6, mittel der Rüte 2, Gamb. Störche 4-6, halbe Rüte 2-3, pom. Ia Schod 9, IIa 1-3, Bäcklinge, Hühler der Wall 2-3, Straß. 3,50-5,00, Vornh. 0,00, Kule, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Perlinge der Schod 5-9, Schottische Rüte 3-4,00, 1/2 Rüte 1,50-2, Sardellen, 1902er per Unter 98, 1904er 98, 1906er 98, 1908er 90-95, Schottische Kolleringe 1905 0,00, large 40-44, full 38-40, mod. 38-42, deutsche 37-44, Perlinge, neue Rüte, per 1/2, Ia. 50-120, Sardinen, russ., Rüte 1,50-1,60, Pratherling per 1,30-1,40, do. Bäckse (4 Liter) 1,40-1,70, Remougen, Schodlag 11, do. kleine 5-6, do. Riesen 14, Krebse per Schod, große 25,00, do. mittelgroß 18,00-20,00, do. kleine 4,00-5,00, do. unsortiert 8,50-11,50, Gähler groß 0,00, do. unsortiert 0,00, Eier, matt, unsortiert per Schod 3,40, do. große 4,00, Butter per 100 Pfd. Ia 117-120, IIa 108-117, IIIa 100-108, abfallende 90-95, Saure Gurken, neue, Schod 4,00, Pfeffergurken 4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. weisse runde 2,25-3,25, Blaue 2,75-3,75, Rosen 2,50 bis 2,75, Mirren 2,75-3,00, Borree, Schod 0,50-1,00, Meerrettich, Schod 5-15, Spinat per 100 Hund 20-25, Sellerie, per Schod 2,00-6,00, Zmelde per 100 Pfd. 5,00-6,00, do. kleine 0,00, do. blasse (Berl.) 0,00, Charotten 0,00, Petersilie, grün, Schodbund 0,75-1,00, Rottirben Schod 0,75-1,25, Rettich, braun, neue Stiel 0,07-0,10, do. blasse, Schod 3-4, Rottirben, per 100 Hund 4,00 bis 6,00, Karotten, blasse, Schodbund 2,00-3,00, Stiefmühl per Schod 4,00 bis 12,00, Rettich, Schod 6-12, Rettich 4-10, Runkelrübe, blasse 100 Stück 8-14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Charter 100 Stück 10-18, Rottirben, Schod 4,00-6,00, Pfefferminzwurzel, Schodbund 4,00-5,00, Schoten per 100 Hund 8-16, Pfefferlinge per 100 Pfd. 5-12, Stempfler per 100 Hund 20-30, Radieschen der Schodbund 0,75 bis 1,00, Salat per Schod 2,00-2,50, Gurken, Gemüsch, Schod 14,00, do. böhmisches Schod 0,00, do. Regnier Schod 4,00-4,50, Bohnen, grüne 100 Pfd. 6-12, Radieschen, per 100 Pfd. 10-25, Stachelbeeren, per 100 Hund 5-10, Himbeeren, per 100 Pfd. 12-18, Johannisbeeren, per 100 Pfd. 7-14, Preiselbeeren per 100 Pfd. 14-22, Kirchen, per 100 Hund Werderische 0,00, Schafische 0,00, Schließke 0,00, Ratten 25-30, Isener 14-22, Birnen, ital. 100 Stück 14-35, Traler 32 bis 35, Heilige 8-16, Pfirsche, hiel, per 100 Hund 10-30, do. ital. in Hälften je 12 Stück 0,30-1,50, do. in Körben Ia per 100 Pfd. 37-38, do. IIa in Körben per 100 Pfd. 17-22, Apfelsinen, ital., per 100 Hund 0,00, franz. 20-25, Keffel, italienische, per 100 Hund 8-15, ung. 13-21, Heilige 8-10, Grauensteiner Ia 40-45, do. IIa 33,50-40, Pfäumen, ital., per 100 Hund 10-22, Reineclauden 20-28, Heilige 10-18, ung. 7-13, Weintrauben, Wgler, per 100 Pfd. 30-35, Italien 20-30, Ananas I, per Hund 1-1,20, do. II 0,00, Zitronen, Reifene, 300 Stück 10,00-20,00, do. 360 Stück 9,00-21,00, do. 300 Stück 6,00-12,00, do. 120 Stück 5,00 bis 8,00, Bananen, gelb, per 100 Pfd. 18,00-20,00, grün 0,00, Melonen, per 100 Pfd. ital. 12-20, franz. 35-50, holl. 25-30.

Witterungsbericht vom 15. August 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer heute um 11 Uhr	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in 6 u. 10 Uhr	Stationen	Barometer heute um 11 Uhr	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in 6 u. 10 Uhr
Eutinende	756,5	SW	3 mäßig	20	Dahranba	752,5	SW	2 halb hb.	13
Hamburg	753,5	SW	2 mäßig	19	Petersburg	754,5	SW	1 mäßig	13
Berlin	756,5	SW	2 mäßig	19	Scilly	757,5	SW	5 mäßig	14
Frankfurt	757,5	SW	2 mäßig	19	Aberdeen	752,0	SW	2 bedeck	11
München	759,5	SW	4 mäßig	21	Paris	757,5	SW	3 bedeck	19
Wien	761,5	SW	4 mäßig	21					

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. August 1907.
Trübe und regnerisch, häufig bei mäßigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	14. 8.	13. 8.		14. 8.	13. 8.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Elbe	224 + 2		Dabel, Spandau	120 + 2	
Bregel, Havel	135 - 9		Stassenau	140 - 2	
Beigelsdorf, Elbe	101 - 6		Spree, Spremberg	94 0	
Oder, Rathow	110 - 6		Deusow	210 0	
Broffen	127 - 3		Weser, Wünnen	-99 + 4	
Frankfurt	131 - 5		Wenden	-92 - 1	
Wärthe, Schrimm	55 - 5		Rhein, Waldshut	-	
Landenberg	54 - 6		Rand	229 - 5	
Rehe, Kordmann	16 - 4		Rhein	195 - 4	
Eibe, Reimberg	-49 - 6		Rehar, Heilbronn	24 - 1	
Burgh	93 - 6		Rain, Weiskim	-92 - 1	
Wagdeburg	105 - 8		Weser, Teich	-	
Saale, Gochlin	75 - 8				

+) + bedeutet Hoch, - (Tief) - *) Unterpegel.

Theater.
Freitag, den 16. August.
Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Operntheater.
Die schöne Galathee, Balazzo.
Deutschs. Robert und Bertram.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Kammerstücke: Frühlings Erwachen.
Berliner. Die tanzenden Mädchen.
Vesting. Die Stützen der Gesellschaft.
Schiller O. (Walden-Theater).
Der Postillon von Lonjumeau.
Schiller N. (Friedrich Schiller-
städtisches Theater). Der Weg
zur Hölle.
Neues Schauspielhaus, Kaffes.
Neues. Der Dieb.
Komische Oper. Carmen.
Westen. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus, Gärtenfelder.
Bernhard Hofe. Der große Un-
bekannte. Anfang 8^{1/2} Uhr.
Zentral. Das Tagebuch einer Ver-
lorenen.
Kleines. Vater und Sohn.
Reichens. Haben Sie nichts zu ver-
zollen?
Ernanon. Fräulein Jofette — meine
Frau.
Thalia. Der Teufel lacht dazu.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Der Hochzeitsgast. Spe-
zialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Gellertentz. —
Paris. Anfang 8^{1/2} Uhr.
Gedr. Gernseld. Madame Wig-
Wag. So lebte das Kaiserchen.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubentrache 18/19.
Wend 8 Uhr. Im Lande der
Mitternachtssonne.
Steruwarie, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Freitag, 16. August, abends 8 Uhr:
Die tanzenden Mädchen.
Sonnabend und folgende Tage:
Die tanzenden Mädchen.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Vater und Sohn.
Freitag und folgende Tage:
Vater und Sohn.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehar.
Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Sinfarenfieber.
Zentral-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Tagebuch einer Verlorenen.
Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler
Arturo
Bernardi
! und das neue!
großartige
August-Programm.
14 Attraktionen 14.

Schiller - Theater O.
(Wallen-Theater)
Worwitz-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Kassier Heinrich Bötel:
Der Postillon von Lonjumeau.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Jüdin.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
bei halben Preisen:
Undine.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Abschiedsvorstellung Gertraud Runge:
Carmen.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Freitag, 16. August:
Eröffnungsvorstellung:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwan in 3 Akten von
Maurice Hennequin und Pierre Bedes.
BERNHARD ROSE THEATER
Nr. Köpenickerstr. 112.
Im Garten. Anf. 7^{1/2} Uhr:
Das glänzende
August-Programm.
Spezial 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8^{1/2} Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreis.
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. All. Stranzenke. 10.
Zum letzten Male! 7^{1/2} Uhr:
Der Hund von Baskerville.
9 Uhr: Egon Pilon mit J. Gharakter-
studien: Berlin, Unter den Linden.
Anfang 6 Uhr.
Bei schönstem Wetter: Voral. im Saal.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der
Mitternachtssonne
Invalidenstr. 57-62; Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7^{1/2}-11 u. abds.
ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk. von abends
6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollaender. Dirigent Max
Koth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Kauschen überall gestattet.
Walhalla-
Variete-Garten
Weinbergsweg 19/20, Kottbus. Lov.
Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
Anf. Konzerte; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freder Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag, den 16. August
WINTERGARTEN
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk. von abends
6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollaender. Dirigent Max
Koth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Kauschen überall gestattet.
Walhalla-
Variete-Garten
Weinbergsweg 19/20, Kottbus. Lov.
Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
Anf. Konzerte; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang
Bachentag
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.
Reichshallen
Garten
u. Rest: Dr. Willmar-Rosenfeld.
Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.
Quelle: Vollständig neues Programm.
Spezialitäten I. Rangos.
Dammann-Truppe, Hopkins, Der Welt-
friede. Anton Sattler, Der Astral-
sänger. Jack-Theo-Trio.
Paul Coradin.
9^{1/2} Uhr:
Der Seekadett.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4^{1/2} Uhr.
Wittmoos, 21. August: Benefiz für
Käthe Willo-Bach.
Prater-Theater.
Antonien-Kilos 7/9.
Flotte Weiber.
Spezialitäten I. Rangos.
Kassieren der Löwenbraut
Tilly Böhm mit ihren dress. Affen.
Konzert und Ball.
Anfang 4^{1/2} Uhr.
Braatz' Amerikanischer
Affen-Zirkus
u. la Frockmann.
An Preussener Tor.
Täglich: Dr. Vorstellung 8^{1/2} Uhr.
Außerdem Sonntag, Freitag, Mitt-
woch u. Sonnabends nachm. 4 Uhr.
Extra-Kinder u. Familien-Vorstellung.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Das kolossale Spezialitäten-Programm mit Haupttitel: **Dumfi, Pipifax und Panto**, Operntänzer, Rob. Wilton von Kaufbach, 10. Jüdische Tänze, amunterbrochenes Lachen über **Hartstein** als Crisvorsteher Lehmann in seiner Barleske **„Der Hochzeitsgast“**.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönd. Allee 148, Kottbus-Allee 97/99.
Kleines Volkstheater Berlin.
Gente: Kinder-Freude und Konkurrenzfahr. Rabe u. Karingruppe.
Der Riesen-
August-Spielplan mit der Racingtruppe in ihrer Todesfahrt im Hollenkessel und Konkurrenzfahrten um 1000 M. um **Paulas Beichte**.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Am 16. Aug.: Montanrens Rabe-Racing
Am 22. August: **Benetz Harst**.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13/15.
Wöchentliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Gstbahn-Park
Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Touren
Sonntag, den 18. August:
1. Abt. 6 Uhr: Gradowsee. 1 Uhr: Bienenwerber (Freund). Start: Böhmstr. 58.
2. Abt. 7 Uhr: Schinckelsee, 1 1/2 Uhr: Birchgarten (Stellers Waldweg), bei höchstem Wetter per Bahn. Start: Hoflans-Bromenade 15.
3. Abt. 8 1/2 Uhr: Potsdam (Ladenstein). 1 Uhr: Bienenwerber (Freund). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. Sonnabend 6 Uhr: Jüterbog. Sonntag 7 Uhr: Streifzüge durch den Osten. 1 1/2 Uhr: Neues Volksgarten. Start: Köstritzer Platz.
5. Abt. 8 Uhr: Königswinterhausen (Schäfershaus). 2 Uhr: Schmiedewitz (Wald). Start: Elshum.
6. Abt. 7 Uhr: Familienfeier nach Nöckelbe. Das Erscheinen aller wird erwartet. Start: Genossenschaft, Eberbergerstraße 30.
7. Abt. Sonnabend 4 Uhr: Sommerfest (Köstritzer Hof). Sonntag 1 1/2 Uhr: Katerstamm. Heiligensee (Fleiss). Start: Grenzstr. 21.
8. Abt. Sonnabend 8 Uhr: Spreewald. Start: Baldstr. 8. Sonntag 1 Uhr: Heiligensee. Start: Hoheofenstraße 17.
9. Abt. 1 1/2 Uhr: Johannisthal (Schulz). Start: Schillingstr. 22.
Montag, 19. August, abends 8 1/2 Uhr, Klosterr. 101:
Vorstands-Sitzung.

Möbelfabrik Julius Apelt
6 Adalbert-Strasse 6
Hochbahnhof Kottbuscher Tor (früher: Kaiser-Strasse 6).

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 Uhr.
Täglich: Die Novität **Madame Wig-Wag.**
Operetten-Barleske von Anton u. Donat Herrnfeld. Musik v. R. Ital.
Dazu die Separat-Affäre **Es lebe das Nachtleben!**
mit den Autoren Anton u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Sanssouci, Kottbuscher Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nordl. Sänger u. Tanzkränzen.
In Vorbereitung:
In der Damuka.
Revue.
Sonntags Beginn 5 Uhr, wochentags 8 Uhr.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: **Ob Regen!**
Niesen-Lacherspiel.

Landsberger Allee auf Stelzen.
5 Allison, phänomenale Akrobaten. - The Reros, konkurrenzlose Reuheit. - Heinz Heuer, Sell Geldern, prolongiert.
Dazu das neue brillante August-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaffeeküche. Soltsbefähigt. aller Art. Entree 20 Pf., Somt. 30 Pf.

Carl Kellers Neue Philharmonie
Köpnickerstraße 96-97. 5086L.
Empfehle meine 10 Säle, 50 bis 2000 Personen fassend, zu Versammlungen, Sommerfesten und anderen Vereinsvergünungen.
Sonnabend, 7. September, ist der große Saal noch zu vergeben.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 5361L.
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
Strong reoll. - Billigste Preise.
Anlässlich des bevorstehenden Internationalen Kongresses in Stuttgart empfehlen wir das Studium der **Protokolle** des **Internationalen Arbeiter-Kongresse.**

Paris 1889. Mit einem Vorwort von B. Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Abschaffung der stehenden Deere; Kaiser. R. - 25
London 1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entwicklung. R. - 20
Paris 1900. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht; die Eroberung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. R. - 20
Amsterdam 1904. Kolonialpolitik; Generalstreik; Sozialpolitik und Arbeiterversicherung; Trüß und Arbeitslosigkeit. R. - 40
Zu beziehen durch alle Parteispeditionen, Parteibuchhandlungen und von allen Kolporturen, sowie durch die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden. 235/10*

Neue Welt
Hasenheide 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert
Spezialitäten-Vorstellung.
Abends 10 Uhr:
Rau-Diedel-Dau
Große Barleske-Pantomime in 2 Bildern und 1 Zwickenspiel für die „Neue Welt“ bearbeitet von Curt Ellis.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Entree zum Konzertgarten 10 Pf.

CIRCUS
NORTON B. SMITH
Berlin, Memelerstr. Tel. VII. 1619
Freitagabend 8 Uhr:
Große Parforce-Vorstellung.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.

Carl Kellers Neue Philharmonie
Köpnickerstraße 96-97. 5086L.
Empfehle meine 10 Säle, 50 bis 2000 Personen fassend, zu Versammlungen, Sommerfesten und anderen Vereinsvergünungen.
Sonnabend, 7. September, ist der große Saal noch zu vergeben.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 5361L.
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
Strong reoll. - Billigste Preise.
Anlässlich des bevorstehenden Internationalen Kongresses in Stuttgart empfehlen wir das Studium der **Protokolle** des **Internationalen Arbeiter-Kongresse.**

Paris 1889. Mit einem Vorwort von B. Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Abschaffung der stehenden Deere; Kaiser. R. - 25
London 1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entwicklung. R. - 20
Paris 1900. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht; die Eroberung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. R. - 20
Amsterdam 1904. Kolonialpolitik; Generalstreik; Sozialpolitik und Arbeiterversicherung; Trüß und Arbeitslosigkeit. R. - 40
Zu beziehen durch alle Parteispeditionen, Parteibuchhandlungen und von allen Kolporturen, sowie durch die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden. 235/10*

Arbeiter-Bildungsschule Berlin
Freitag, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, im Schullokal, Grenadierstraße 37:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und des Lehrerkollegiums.
2. Anträge und Statutenänderung. 3. Schulangelegenheiten und Beschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert! 4/16*
Beiträge werden entgegengenommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Sonntag, 18. August, vormittags 9 Uhr, im großen Saale d. Vereins Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstraße 18 m:
Mitglieder-Versammlung für die **Branche der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher.**
Tages-Ordnung:
1. Branchenanliegenheiten. 2. Vortrag des Genossen Adolf Stern über: „Die ältesten Spuren und Ursachen der Religion.“ 3. Diskussion. 4. Neuwahl von Kommissionsmitgliedern und Beschiedenes.
Während beim ersten Punkt der Tagesordnung die Vorgänge im Autobau zu Ebersbrunn behandelt werden, die für alle Kollegen von äußerster Wichtigkeit sind, ist der zweite Punkt ein interessanter und lehrreicher Vortrag.
Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diesmal die Versammlung um 9 Uhr eröffnet wird.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! 123/17

Sonntag, den 18. August, vormittags 10 Uhr, im Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58:
Branchen-Versammlung der Wickler u. Wicklerinnen Berlins und Umg.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Robert Bahn über: „Nationale Ehre - Standesehre.“ 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg.
Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.
Wir machen hiermit bekannt, daß unsere **General-Versammlung** des Stiftungsfestes wegen erst am **25. August 1907** stattfindet. Tagesordnung wird in nächster Woche bekannt gegeben. Auch eruchen wir die Kollegen, sich recht zahlreich an unserem **Stiftungsfest**, welches in Ludwigs Viktoria-Garten in Treptow, Köpenicker Landstraße, stattfindet, zu beteiligen.
19/8 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, 18. August, vorm. 10 Uhr, in der Brauerei Vahrenhoser, Turmstr. 25/26 (Garten-Saal):
Bezirks-Versammlung für Moabit.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Philipp Busse. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes. 92/6

Tischler-Verein (E. N. 89)
Sonnabend, den 17. August 1907, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Vereinsangelegenheiten. 199/4 Der Vorstand.

Steglitz.
Sonnabend, 17. August, im Rheinschloß Friedenau:
17. Stiftungsfest des Gesangvereins Zukunft I.
Genossen und Gönner sind freundlichst eingeladen.
294/5 Das Komitee.

Achtung! Gewerkschaften! Vereine!
Gefallen und, die werthen Komitees darauf aufmerksam zu machen, daß unser ehemaliges Mitglied **Wildauer** (Friedrich Festsale, Köpenickerstr. 29) nach zehnjähriger Mitgliedschaft ausgetreten ist, und erditen Bestellungen nur an unsere Geschäftsstellen **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15** Teleph. Amt 4 No. 4407, **Restaur. Pavel, Gr. Frankfurterstr. 99** Amt 7 No. 8028. **Der Vorstand.** 295/10

Frische Fruchtsäfte
von unübertroffener Güte
Fabrikate von **Kermann Meyer & Co., Aktiengesellschaft.**
I. Qualität
1/2 Ltr.-Fl. 1/2 Ltr.-Fl. 1/2 Ltr.-Fl.
Himbeersirup 1.30 0.70 0.35
Kirschsirup 1.30 0.70 0.35
Johannisbeersirup 1.30 0.70 0.35
Erdbeersirup 1.30 0.70 0.35
Zitronensirup 1.30 0.70 0.35
II. Qualität
1/2 Ltr.-Fl. 1/2 Ltr.-Fl.
Himbeersirup mit Kirschsalt 1.- 0.55
Kirschsirup 1.- 0.55
Erdbeersirup 1.- 0.55
Zitronensirup 1.- 0.55
Flaschen werden mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen.
In unseren 80 Verkaufsgeschäften in Berlin und Charlottenburg zu haben.
Westliche Wein- und Likör-Gesellschaft m. b. H., NW.,
Bunsenstrasse 79.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 13. August verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Paul Gauder**, Schlemmerstr. 41.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Hedwigs-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um zahlreichere Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle II.
Den Verbandskollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Viehtransporteur **Emil Herrmann** am 13. d. M. im Alter von 46 Jahren an Herzschwäche gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. d. M. nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
74/14 Die Verwaltung II.

Am Dienstag entließ unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwägerin und Tante, Frau **Friederike Jäger** (geb. Huth) im Alter von 69 Jahren.
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hl. Kreuz-Kirchhofes (Rixdardorf) aus statt.

Am 13. d. M. verchied unser althergehrter Chef, der Inhaber des „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c, **Herr Max Queißer** plötzlich am Herzschlage im Alter von 44 Jahren.
Wir betrauern aufrichtig in dem Entschlafenen einen Freund, welcher sich durch seine Sozialität allseitig beliebt gemacht hat, und werden wir seiner stets in dankbarer Erinnerung gedenken.
Das Personal d. „Englischen Garten“.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. M. nachm. 5 1/2 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes in der Landsberger Allee aus statt.

Todes-Anzeige.
Am Mittwochnachmittag 4 1/2 Uhr verstarb am Schlaganfall und Lungenerkrankung im Krankenhaus am Urban meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tante, Schwöster und Schwägerin **Marie Starke** geb. Pater im 56. Lebensjahre. 56902
Um stille Beileid bitten **Wilhelm Starke** nebst Kindern, Voedstr. 42.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, auf dem Begräbnisplatz der Freiheitlichen Gemeinde, Doppel-Allee 15/17, statt.

Statt jeder besonderen Anzeige!
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters **Paul Mahler** sage ich auf diesem Wege allen meinen herzlichsten Dank. 56912
Frau Louise Mahler nebst Kindern.

Dankfagung.
Die überaus vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen schönen Kranzpenden beim Hinscheiden meiner lieben, unvergesslichen Frau **Minna Art** haben mich tief gerührt und danke ich allen von ganzem Herzen.
Berlin, 14. August 1907. 56892
August Art, Restaurateur, Brunnenstr. 30.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Kranzpenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes **August Körper** sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen des M. B. N. Arbeiter sowie den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins von Adlershof und den Mitgliedern des Transportarbeiterverbandes meinen herzlichsten Dank. 56892 **Witwe Körper.**

Hühner, Enten, Tauben.
Junghühner empfiehlt reell und billig **H. Wegner**, Berlin, Mariannenstr. 34.*

Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. - Fernsprecher: Amt 4 No. 2789.
Sonnabend, den 17. August 1907:
Großes Sommer-Fest
in der Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Konzert: Spezialitätenvorstellung: Auftreten des Berliner Ulk-Trio: Kasperle-Theater
Großes Preisgelehn: Kinder-Fackelzug: Brillant-Feuwerk: Lebende Photographien.
In beiden **Sommernachtsball.** Herren, die daran teilnehmen wollen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang des Konzertes 4 1/2 Uhr.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. - Alle Mitglieder nebst Familie sowie Freunde und Gönner sind hierdurch nochmals ergebenst eingeladen.
Entree 30 Pf. Abendkasse findet nicht statt. **Das Komitee.**
Verantwortlicher Redakteur: Hans Behr, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinner & Co., Berlin SW.